ICH WAR DABEI UND HABE MITGESCHRIEBEN

105 Notizen zum Untergang einer Epoche

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	Vorspann	2
II.	Die Ökonomie	4
	und was sie mit uns macht	24
III.	Politik im Zwergenland und anderswo	33
	am Rande des Abgrunds	44
	mit unbewältigter Vergangenheit	
	und ohne Zukunft	66
IV.	Die gewalttätige vierte Gewalt	75
V.	Der Mob	90
	und wir ganz normalen Leute	94
VI.	Kotzkübel	117
VII.	Open End	123
1	Liste aller Texte	127

I. Vorspann

Viele von uns fühlen mehr oder weniger deutlich, dass etwas Großes zu Ende geht. Man weiß aber nicht genau, was das ist, das da endet. Ist es das Zeitalter der Menschheit? Vielleicht bloß der Kapitalismus? Oder womöglich gar nur ein bestimmtes Stadium der Entwicklung dieses Gesellschaftssystems?

Was danach kommt, wissen wir noch weniger. Pessimisten befürchten den Weltuntergang. Optimisten schwärmen vom Aufbau eines durch und durch demokratisch und ökologisch gesinnten Sozialismus. Und die, die sich selbst für Realisten halten (von den Optimisten aber als Pessimisten angesehen werden) vermuten den Übergang des Kapitalismus in ein neues Entwicklungsstadium. Das soll ihm dann erlauben, die von ihm selbst verursachten und nun weltweit auf uns zukommenden Klima-, Umwelt-, Gesundheits-, und Wirtschaftskatastrophen noch eine Weile vor sich herzuschieben.

Angesichts dieser umfassenden Unsicherheit betreffend das Woher und Wohin unseres Weges kann es nicht schaden, größere Sicherheit zumindest beim Begreifen unserer Gegenwart zu gewinnen. Ich nutze daher einen Teil der mir seit dem Pensionsantritt vor etwa acht Jahren reichlich zur Verfügung stehenden Zeit, um festzuhalten, was hier vor unseren Augen geschieht und wie wir es anstellen, uns als Individuen und Gruppen aktiv in dieses Geschehen einzuklinken. Denn ich will die von uns erlebte End- oder Wendezeit verstehen. Und fürs Verstehen öffnet sich meinereiner stets erst dann, wenn er notiert, was er wahrnimmt und was dieses Wahrnehmen in ihm auslöst.

Einige der hier in thematischer Gliederung versammelten und durch kurze Zwischenbemerkungen verknüpften Aufzeichnungen erschien bereits in der "Zukunft", dem theoretischen Organ der SPÖ, oder in "akin", einem links von der Sozialdemokratie angesiedelten Diskussions-, Mitteilungs- und Nachrichtenblatt. Ein Teil der übrigen Notizen kann auch an anderer Stelle der vorliegenden Homepage gelesen werden, und zwar in der Rubrik "Randnotizen", wo sie in der Reihenfolge ihrer Entstehung geordnet sind.

Teils handelt es sich bei den vorliegenden Texten um kurze Bemerkungen, Sprachspielereien, Montagen von gefundenem Wortmaterial, Gedichte und Dramolette, teils um kleine Glossen oder etwas längere Kommentare. Nur in ganz wenigen Fällen liegen ausführliche Artikel vor, die sich um eine etwas umfassendere Auseinandersetzung mit dem jeweils gestellten Thema bemühen. Einige der längeren Artikel finden sich auf dieser Homepage auch in der Rubrik "Soziologische Texte".

All diese Notizen unterscheiden sich von einander nicht nur im Hinblick auf Länge, literarische Gattung und Vorhandensein eines analytischen Anspruchs. Es gibt auch sehr deutliche Differenzen im Tonfall. Manchmal spreche ich als nüchterner, häufiger wohl als polemisch argumentierender Sozialwissenschaftler, dann wieder schlage ich einen ethisch reflektierenden oder gar beschwörenden Ton an. Hin und wieder gehe ich spielerisch, sehr oft aber sarkastisch gestimmt zu Werke - je nachdem welche Reaktionen die jeweils zu erörternden Ereignisse in mir auslösen. Ich glaube, dass nur diese Vielfalt der Zugangsweisen dem gemeinsamen Thema meiner Aufzeichnungen, jenem Großen, dessen Zu-Ende-Gehen ich verstehen möchte, gerecht werden kann. Denn wir haben es dabei,

gleichgültig wie man es benennt, keinesfalls bloß mit einer Wirtschaftsordnung zu tun. Was hier vorliegt ist eine gesellschaftliche Totalität, die alles mit allem verknüpft und jeden von uns in sämtlichen Fasern seiner Persönlichkeit ergreift, um ihn bis in seine geheimste Winkel hinein zu durchdringen. Die formale und tonale Unterschiedlichkeit der einzelnen Notizen zeigt, wie wenig sich auch der hier am Werk befindliche Protokollant dieser Macht des Ganzen entziehen kann - und will. Denn das Verstehen dieses Ganzen wird wohl nur möglich sein, wenn man auf alle Tonlagen hört, die es in einem selbst zum Klingen bringt.

Eine Notiz, so genau sie auch im besten Fall den von ihr anvisierten Punkt treffen mag, erfasst stets nur einen bestimmten Aspekt jener Totalität. Das Ganze gerät erst in den Blick durch die Verknüpfung von vielen möglichst unterschiedlich gestalteten Bausteinen. Die fürs Erstellen des vorliegenden Textes angemessene Methode war daher die Collage. Bei ihrer Anwendung war davon auszugehen, dass ich als aktiver Teil dieser Totalität immer schon viel mehr von ihr erfasst haben muss, als mir explizit bewusst ist und als ich in den einzelnen Aufzeichnungen sagen kann. Ich hoffte, dieses implizite 'Wissen' beim Auswählen, Anordnen und Kommentieren der einzelnen Textbausteine mobilisieren zu können, um auf diesem Weg eine neue Qualität des Zugangs zu dem Ganzen zu erzielen. Selbstverständlich verbarg sich hinter dieser Hoffnung nicht der Plan, mit den vorliegenden 105 Notizen alle relevanten Gesichtspunkte jener gesellschaftlichen Totalität anzusprechen oder gar darzustellen. Es ging also beim Verknüpfen meiner Aufzeichnungen nicht darum, diese Totalität als solche vorzuführen. Die dahinter stehende Absicht bestand bloß darin, mir selbst und allen potentiellen Leser*innen¹ den Blick zu öffnen für das Ganze.

Um ein wenig besser begreifen zu können, woran wir da ein Leben lang mitwirken und was bei diesem tagtäglich gemeinsam vollzogenen Wirken mit uns passiert.

_

¹ Warnhinweis für identitätspolitisch hochsensible Leser*innen: Der folgende Text kann Ihr emotionales Gleichgewicht ernsthaft gefährden, da ich die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in ihm nicht durchgängig praktiziere. Um meinem Unbehagen über das Umsichgreifen identitätspolitischer Beckmesserei Ausdruck zu verleihen, habe ich das politisch korrekte Gendern auf einige wenige ausgewählte Fälle beschränkt.

II. Die Ökonomie ...

		Seite
(1)	Zur ökonomischen Dimension der COVID-19-Pandemie	5
	Sparwut macht Wutsparer	5
	Gemeinsames Feindbild Keynes	6
	Hayek versus Friedman	7
	Hayek und der Corona-Schock	8
	Die Wiederauferstehung von Keynes	9
	Whatever it takes	10
	Marxistische versus bürgerliche Ökonomie	
	Marxistische Krisentheorie	12
	Der Corona-Schock aus marxistischer Perspektive	13
	Deficitspending und Mehrwert	14
	Wer ist Utopist? Und was tun die Realisten?	
(2)	Wer oder was ist schuld am Wachstumszwang	17
(3)	Die neue Konvergenz	18

Ich beginne die Inspektion des uns umfassenden gesellschaftlichen Ganzen an dessen ökonomischer Basis. Dort, wo wir die Suppe kochen, die wir dann auch auslöffeln müssen. Der erste der drei Texte ist der bei weitem längste des gesamten Buches. Er thematisiert am Beispiel der aktuellen Corona-Krise die unvermeidliche Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie als deren zentrales Problem. Mit dem Wachstumszwang und dem sich offensichtlich gerade wieder ändernden Verhältnis zwischen Markt und Staat behandeln auch die beiden anschließenden Notizen wichtige Aspekte der aktuellen Entwicklung unseres Wirtschaftssystems.

Dieser Aufsatz erschien im Frühjahr 2020 in der "Zukunft" und in "akin".

(1) Zur ökonomischen Dimension der COVID-19-Pandemie

Wirtschaftsexperten aller Lager sind ausnahmsweise völlig einig: Im Gefolge der COVID-19-Pandemie schlittern wir derzeit in eine schwere Weltwirtschaftskrise hinein. Bei ihren Bemühungen um ein Verstehen des dramatischen Geschehens weichen die konkurrierenden ökonomischen Schulen aber recht deutlich voneinander ab. Und jene Differenzen sind Spiegelbilder ihrer jeweils unterschiedlichen Sicht auf die grundlegenden Funktionsprinzipien unseres Wirtschaftssystems. Ich will diese Gegensätze hier etwas genauer betrachten und mich dabei auf den Neoliberalismus, die an J. M. Keynes anknüpfende Ökonomie sowie den Marxismus beschränken. Es sind das mir besonders wichtig erscheinende Ansätze, wobei ich nicht verheimliche, selbst der letztgenannten Position zuzuneigen.

Sparwut macht Wutsparer

Die aktuelle Grundstimmung vieler Repräsentanten der ersten dieser drei Schulen erinnert an Beethovens berühmtes Klavier-Rondo mit dem Titel "Die Wut über den verlorenen Groschen". Nachdem eine den neoliberalen Lehren folgende Politik jahrzehntelang alles dafür getan hatte, um Sparern und Anlegern konstant hohe Kapitaleinkünfte bei stabilem Preisniveau zu sichern, kam es vor einigen Jahren zu einer wirtschafts- und geldpolitischen Kurskorrektur, welche die Realzinsen der Sparguthaben ins Minus drückte. Da kann man schon wütend werden, und zwar nicht nur als neoliberaler Ökonom sondern auch als Sparer. Solch wütende Sparer kaufen sich hierzulande sehr gern die Bücher von Rahim Taghizadegan, weil schon deren Titel vielversprechend sind. Und nach der Lektüre von "Geld her oder es kracht!" und "Vom Systemtrottel zum Wutbürger" glauben sie endlich zu verstehen, warum es so kommen musste, wie es kam. Denn ihr Autor wird es wohl wissen, ist er doch Schüler eines Schülers von Friedrich von Hayek (1899-1992), dem Vordenker des Neoliberalismus.

Für die heimische Politik ist die von Taghizadegan vertretene Position von besonderer Bedeutung, da sie nicht nur den einfachen Wutsparer von der Straße anspricht. Dank entsprechender Nominierung durch unsere große Wutsparerpartei (FPÖ) sind derzeit sowohl

der Gouverneur, als auch die Vizepräsidentin des Generalrats der Nationalbank Anhänger der Ideen Hayeks. Nebenbei bemerkt, trat bei derselben Wahl, die Österreich zwei von Hayek inspirierte Währungshüter bescherte, auch eine kleine Wutsparerpartei an. Es war dies die Liste "Meine Stimme G!LT" des Kabarettisten Roland Düringer, seinerseits Koautor eines der Bücher von Rahim Taghizadegan. Es trägt den Titel "Das Ende der Wut", was aber keine Anspielung auf das Happy End der Karrieren von FPÖ-nahen Wirtschaftsexperten sein will.

Wenn ich Hayek soeben als Vordenker des Neoliberalismus bezeichnete, muss ich nun präzisieren, dass er bloß einer von zwei Vätern dieser Schule der Wirtschaftspolitik war. Der andere hieß Milton Friedman (1912-2006) und gilt als geistiges Oberhaupt des sogenannten Monetarismus. Seine Studenten an der University of Chicago, die berüchtigten "Chicago boys", wurden in den neunzehnsiebziger Jahren zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Beratern des chilenischen Diktators Pinochet, und aktuell reicht Friedmans Einfluss in den USA bis zur Szene der Anarchokapitalisten (dem US-Pendant unserer Reichsbürger). Einem ihrer Wortführer, dem Autor, Blogger und Podcaster Thomas Woods verlieh die neue Vizepräsidentin der Nationalbank letztes Jahr in deren Räumlichkeiten den "Hayek Lifetime Achievement Award 2019". Sie verwahrte sich schon im Vorfeld dieses Events energisch gegen den Vorwurf, dass Woods, ein Mitbegründer der rassistisch-nationalistischen "League of the South", rechtsextrem sei. Vielleicht sieht sie das ganz richtig. Woods ist einfach ein amerikanischer Wutsparer, und die sind dort eben noch einen Tick wütender als bei uns. Was man insofern verstehen kann, als in den USA die Altersvorsorge sehr vieler Menschen von der Entwicklung ihrer Sparguthaben bei diversen Pensionsfonds abhängt.

Gemeinsames Feindbild Keynes

Die wichtigste theoretische Gemeinsamkeit zwischen Hayek und Friedman liegt in ihrer Ablehnung der Theorie von John Maynard Keynes (1883-1946), welcher seinerseits die Lehren aus dem vollständigen Versagen des Markts in der großen Depression von 1929 gezogen hatte. Die anderen bürgerlichen Ökonomen der damaligen Zeit sahen im Markt ein kontinuierlich zum **Gleichgewicht** strebendes System, bei dem die Preise für jedes Angebot so lange sinken, bis sich genügend Nachfrage findet. Angesichts des starken Rückgangs der Wirtschaftsaktivität im Jahr 1929 hoffte man deshalb zunächst, dass der parallele Sinkflug aller Preise, insbesondere der für die Ware Arbeitskraft bezahlten Löhne, bald zum Wiederanspringen von Produktion und Nachfrage führen müsse. Als nichts dergleichen geschah, und die Arbeitslosigkeit entsprechend hoch blieb, merkte man dann, dass irgendwas nicht stimmte mit dem Gleichgewichtsmodell.

Erst Keynes erkannte aber schließlich, dass das Sinken der Arbeitskosten die Gewinnerwartungen der Unternehmer nicht ausreichend beleben konnte, weil die Preise **noch stärker** gesunken waren als die Löhne. Es gelte daher, das gesunkene Preisniveau durch Stimulierung der Nachfrage wieder zu erhöhen. Er empfahl zu diesem Zweck eine Senkung der Zinssätze und eine Abwertung der Währungen gegenüber dem Gold bzw. alternativ eine Beseitigung der rigiden Goldparitäten. Diese Schritte allein seien aber nicht ausreichend für eine wirkungsvolle Erhöhung der Nachfrage. Solange nämlich die Gewinner-

wartungen zu niedrig seien, könnten selbst niedrigere Zinsen die Unternehmen in einer Krise nicht mehr zum Investieren bewegen. Der erste Anstoß zur Bewältigung der Krise müsse daher durch Ausweitung der kreditfinanzierten Ausgaben der öffentlichen Hände gegeben werden.

Nach der Umsetzung von Keynes' Vorschlägen setzte unerwartet rasch ein im Gefolge von Rüstungskonjunktur, Kriegszerstörung und Wiederaufbau nachhaltig werdender Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft ein, der erst in den neunzehnsiebziger Jahren zu Ende ging. Damals verloren die kreditfinanzierten öffentlichen Ausgaben allmählich an Stimulationskraft, während sich die (ursprünglich erwünschten!) inflationären Effekte der keynesianischen Geldpolitik so unangenehmer bemerkbar machten, dass bald das Schlagwort von der "Stagflation" die Runde machte. Heilung dieses Übels versprachen nun die neoliberalen Ökonomen, die wieder voll auf die zum Gleichgewicht tendierenden Selbstheilungskräfte des Marktes setzten. Staatseingriffe ins Investitionsgeschehen würden sich letztlich immer nur störend auswirken. Und auch die Geldpolitik habe nach Überzeugung der jetzt immer einflussreicheren Monetaristen bloß der von den Güter- und Dienstleistungsmärkten vorgegebenen Dynamik zu folgen, anstatt eigenständige Wachstums- oder Dämpfungsimpulse geben zu wollen.

Hayek versus Friedman

Mindestens ebenso wichtig wie die erwähnte Gemeinsamkeit sind die Gegensätze zwischen den beiden Vordenkern des Neoliberalismus. Deren genauere Betrachtung zeigt, dass die Verleihung des "Hayek Lifetime Achievement Awards" an einen Anarchokapitalisten, kein Ausrutscher war, sondern als programmatisches Signal unserer neuen Nationalbankspitze verstanden werden muss. Ist doch das für sie richtungsweisende Denken Hayeks durch noch radikalere Marktgläubigkeit und Staatsskepsis geprägt als Friedmans Gedankenwelt. Hayek kritisierte nämlich die monetaristische Theorie seines amerikanischen Gegenspielers im Hinblick auf die ihr zugrunde liegende Methode als einen versteckten Keynesianismus, womit er folgendes meinte:

Nachdem die zur Zeit der großen Depression von 1929 tonangebenden Ökonomen sich auf die Analyse einzelner Märkte beschränkt und dabei den Blick auf das volkswirtschaftliche Ganze verloren hatten, fasste Keynes als erster wieder gesamtwirtschaftliche Phänomene wie Konjunktur, Gesamtnachfrage und Gesamtangebot ins Auge. Friedman ersetzte dann bloß Keynes Hypothesen über die zwischen den verschiedenen makroökonomischen Aggregaten bestehenden Zusammenhänge durch andere Vermutungen. Er übernahm dabei aber die gesamtwirtschaftliche Betrachtungsperspektive seines großen Widersachers. Hayek dagegen wies die makroökonomische Betrachtungsweise zurück, weil sich die aus seiner Sicht allzu große Komplexität des gesamtwirtschaftlichen Beziehungsgefüges der an Gesetzmäßigkeiten und Prognosen orientierten wissenschaftlichen Analyse verschließe.

Auch Friedmans makroökonomische Hypothesen zum Geldsystem und die daraus folgenden Ratschläge für die Geldpolitik lehnte Hayek mit der Begründung ab, dass sie der tatsächlichen Komplexität der Verhältnisse nicht angemessen seien. Hayek selbst wollte die seiner Meinung nach zu bedenkenloser Verschuldung missbrauchte Monopolherrschaft

des Staates über das Geld brechen und entwarf die Utopie eines Geldsystems mit einem freien Wettbewerb privat angebotener Währungen. Private Geldproduzenten sollten so viel Geld emittieren wie sie nur wollten. Solange sie im Wettbewerb mit einander stünden und solange die Bürger die von ihnen bevorzugte Währung frei wählen dürften, sei Währungsstabilität gesichert. Denn Geld sei die einzige Sache, die durch Konkurrenz nicht billiger werde, weil seine Attraktivität gerade darauf beruhe, einen stabilen Preis zu besitzen.

Hayek wurde mit dieser geldpolitischen Utopie zum Ahnvater aller aktuellen Bemühungen um die Etablierung eines Systems der **Kryptowährungen**. Und die brutalen Implikationen seiner Wettbewerbsideologie sind denn auch eines der Hauptargumente gegen alle einschlägigen Bemühungen. Damit sich nämlich einige wenige der (derzeit) über tausendfünfhundert (!) Kryptowährungen im Wettbewerb durchsetzen können, müssen unzählige Sparer, die dummerweise auf die falsche Kryptowährung gesetzt haben, einen mehr oder weniger großen Teil des Werts ihrer Guthaben in den Kamin schreiben. Diesen Loosern bleibt dann nur ein einziger Trost: Sie sind unverzichtbare und zentrale Akteure der auf dem Konkurrenzprinzip beruhenden Ökonomie. Denn ohne ihr Opfer kann der Wettbewerb nicht funktionieren.

Hayek und der Corona-Schock

Der eingangs erwähnte Hayek-Adept Rahim Taghizadegan durfte jüngst im Rahmen eines ausführlichen Interviews in der Ö1-Wirtschaftssendung "Saldo" seine Sicht auf die gerade Fahrt aufnehmende Krise ausbreiten. Für ihn ist sie nur eines jener großen, im Kapitalismus periodisch zu feiernden Opferfeste: Geschürt durch unverantwortliches Schuldenmachen der öffentlichen Hände habe sich in den letzten Jahren eine "Blasenwirtschaft" etabliert, die auch ohne das Virus demnächst irgendwann geplatzt wäre. Nach der Krise werde nur übrig bleiben, was "wesentlich" ist. Das gelte in Österreich etwa für den Tourismussektor, wo es vermutlich vor allem im Bereich des Massentourismus zu entsprechenden Bereinigungen kommen werde.

Die Gegensteuerungsmöglichkeiten von Staaten, Zentralbanken und supranationalen Organisationen beurteilt Taghizadegan äußerst skeptisch. Zum einen ist für ihn in guter alter Hayek-Manier die Komplexität des Krisengeschehens so hoch, dass es durch einfache geldpolitische Maßnahmen nicht mehr steuerbar ist. Und zum andere hätten die Zentralbanken wegen ihrer bereits seit Jahren praktizierten Nullzinspolitik bereits ihr gesamtes Pulver verschossen. Auch der unter dem Motto des "Koste es, was es wolle" forcierten Staatsverschuldung kann er erwartungsgemäß nichts abgewinnen. Er sieht in ihr nur die verhängnisvolle Dynamisierung einer bereit seit Jahren in Gang befindlichen Entwicklung, welche er als "Monetarisierung der Staatsschuld" bezeichnet.

Während der klassische Keynesianismus noch davon ausging, dass die Möglichkeit zur Staatsverschuldung begrenzt sei, weil künftige Steuerzahler die jetzt aufgenommenen Schulden einst zurückzahlen müssten, kaufen nun mächtige, und daher unsinkbare Zentralbanken wie die der EU und jene der USA die Schuldtitel der einzelnen Staaten mit selbst geschöpftem Geld auf. Das Geld verliere dadurch seinen Bezug zur Realwirtschaft und werde zu einer Art **Punktesystem**, das denen viel Macht gibt, welche die (Geld-)

Punkte zuteilen, und denen die größten Vorteile bringt, welche den besten Zugang zu jenen (Geld-) Punkteverteilern haben. Während diese Monetarisierung der Staatsschuld zwar dabei helfe, die bei Überschuldung drohende Gefahr des Staatsbankrotts zu vermeiden, bestehe nun das Risiko der Entstehung von völlig unkontrollierbaren Schwankungen des Geldwerts, wobei es abwechselnd zu deflationären Schocks und Inflationsschüben kommen könne. Dies würde ein vorausschauendes Wirtschaften verunmöglichen und Panikreaktionen auslösen, auf welche die Geldpolitik dann mit Kapitalverkehrskontrollen reagieren müsse, die letztlich nur zu einer weiteren Verschärfung der Krise beitragen würden.

Die Wiederauferstehung von Keynes

Die von den Neoliberalen beklagte Monetarisierung der Staatsschulden ist die vorläufig letzte Konsequenz einer Rückbesinnung der Regierungen auf die keynesianischen Rezepte für die Geld- und Fiskalpolitik. Anlass dieser Wiederauferstehung des Keynesianismus in vielerlei Variationen, etwa als Post-, Neo-, Neu-, oder Linkskeynesianismus, sind zwei mit einander zusammenhängende Entwicklungen, für welche die Keynesianer den seit den neunzehnsiebziger Jahren vorherrschenden Neoliberalismus verantwortlich machen: Zum einen die seit längerem andauernde strukturelle Wachstumsschwäche der Weltwirtschaft und zum anderen die Finanzkrise des Jahres 2008. Beides sei letztlich verursacht durch den bedingungslosen Glauben der neoliberalen Wirtschaftslenker an die Selbststeuerungsfähigkeit eines von allen Schranken befreiten Marktes. Denn im Lichte dieser Überzeugung habe man zwei falsche Weichenstellungen vorgenommen, die für alle nun mit zunehmender Schärfe auftretenden Probleme verantwortlich seien.

Die erste dieser Weichenstellungen umfasse verschiedenste handels- und geldpolitische Maßnahmen zur Deregulierung der Märkte für Güter, Dienstleistungen und Kapital. Durch sie seien die Spielregeln der Kapitalakkumulation sosehr zugunsten des Finanzkapitals und der Sparer verändert worden, dass nun die Renditen des hinter der Produktion von Gütern und Dienstleistungen stehenden Realkapitals auf der Strecke blieben. Das habe in der Folge einerseits zu der erwähnten strukturellen Wachstumsschwäche der Realwirtschaft geführt und andererseits einen so großen Überfluss an Anlagemöglichkeiten suchendem Finanzkapital erzeugt, dass immer wieder spekulative Preisblasen entstünden, die dann schlimmstenfalls weltweite Finanzkrisen wie jene des Jahres 2008 auslösen könnten. Die zweite, komplementäre Weichenstellung betraf die Rolle des Staates im Wirtschaftskreislauf. Um immer mehr Verantwortung für gesellschaftliche Erfordernisse auf die von ihm entfesselten Märkte verlagern zu können, habe der Neoliberalismus die Funktionen des Staates durch systematische Reduktion der Steuerquote bei gleichzeitiger Etablierung strenger Verschuldungsgrenzen auf ein Minimum zurückgeschraubt.

Theoretische Basis dieser Kritik am Neoliberalismus ist weniger ein prinzipieller Zweifel am automatischen Streben des Marktes zum Gleichgewicht, als vielmehr die Einsicht, dass sich dieses Gleichgewicht auf ganz unterschiedlichen Niveaus der Beschäftigung, des Massenwohlstands, der sozialen Ungleichheit, des Ressourcenverbrauchs bzw. der Umweltzerstörung herausbilden kann. Und die Schlussfolgerung der Keynesianer aus jener Einsicht ist eine Neudefinition der Funktion des Staates im Wirtschaftskreislauf. Sie

sehen ihn nicht als ungeliebtes Residuum, sondern als einen gleichberechtigten Partner der Unternehmen und Haushalte, der im Zusammenspiel mit diesen beiden anderen Partnern eine sehr dynamische Rolle spielen müsse. Er habe nämlich durch investive, fördernde und regulative Eingriffe in die wichtigsten Märkte dafür zu sorgen, dass sich deren Gleichgewicht auf einem in ökologischer, sowie sozial- und gesellschaftspolitischer Hinsicht akzeptablen Niveau einstelle.

Diese neue Sicht der Rolle des Staates im Wirtschaftskreislauf impliziert keinen Freibrief für eine ineffektive und unproduktive Investitions- und Fördertätigkeit der öffentlichen Hände. Sie eröffnet aber einen alternativen Zugang zum Problem der Staatsverschuldung. Während die neoliberale Fiskalpolitik nach dem Vorbild einer schwäbischen Hausfrau agiere, und zuerst spare, damit sie dann später im Falle einer Wirtschaftskrise investieren könne, müsse der Staat heutzutage in Vorlage gehen und sich angesichts der chronisch schwächelnden privaten Investitionstätigkeit permanent verschulden. Denn aus geschickt gesetzten öffentlichen Impulsen resultiere wegen des Auftretens sogenannter Multiplikatoreffekte ein Vielfaches an privater Produktion, Investition und Konsumtion, welches dann in weiterer Folge zu erhöhten Staatseinnahmen führe. Die erwähnten Multiplikatoreffekte sind einer der beiden Gründe dafür, warum die Furcht der neoliberalen Ökonomen vor dem Verlust der Beziehung des Geldes auf die Realwirtschaft unbegründet sei. Der andere Grund liege im niedrigen Niveau der Zinsen, welches den vom Staat zu leistenden Zinsendienst minimiere. Dieses niedrige Zinsniveau sei gleichsam der Preis, den die Haushalte als Sparer neben ihrer Steuerleistung für die heutzutage unerlässliche aktive Rolle des Staates im Wirtschaftskreislauf zu zahlen hätten.

Whatever it takes

Die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der meisten Staaten bemühte sich in den letzten Jahren um einen **Kompromiss** zwischen neoliberalen und keynesianischen Prinzipien, wobei bürgerliche, liberale und rechtspopulistische Parteien eher den neoliberalen Positionen zuneigten, während sich sozialdemokratische und grüne Parteien stärker an keynesianischen Grundsätzen orientierten. Der Corona-Schock scheint etwas Bewegung in dieses relativ starre Positionsgefüge zu bringen.

Einerseits entdecken nun - so wie in allen größeren Rezessionen seit 1945 - die Politiker des gesamten Mitte-Rechtslagers vorübergehend die Vorzüge des Keynesianismus. Ganz leicht kommt ihnen jetzt "Whatever it takes" über die Lippen, man bekreuzigt sich nicht mehr, wenn das schlimme Wort "Verstaatlichung" fällt, und jüngste Äußerungen des österreichischen Bundeskanzlers lassen die Hoffnung keimen, dass sogar er nun verstanden hat, wie wichtig eine Sicherung der Kaufkraft unterer Einkommensschichten für eine dynamische Wirtschaft ist. Nach wie vor sehr schwer tut er sich bloß mit der gemeinsamen Verschuldung der Euro-Staaten, weil ihm bei diesem Thema die Wutsparer und der wiedererstarkende Nationalismus im Nacken sitzen. Da riskiert er lieber einen Angriff der Währungsspekulanten auf die schwächsten Glieder der Euro-Kette. Denn die müssten sich beim Fehlen solidarischer Unterstützung durch die anderen EU-Staaten in einem Ausmaß verschulden, das die Investoren auf den Kapitalmärkten wohl nicht mehr akzeptieren würden.

Andererseits treten in der aktuellen Krise nun auch die zwischen den Keynesianern selbst bestehenden Differenzen deutlicher zu Tage als zuvor. Den eher technokratisch orientierten Wirtschaftsexperten dieses Lagers geht es gemeinsam mit dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Mainstream primär um eine rasche und umfassende Rückkehr der Wirtschaft auf einen möglichst stabilen Wachstumspfad, weil ihnen nur auf diesem Weg ein weiterer Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften und ein noch stärkeres Auseinanderdriften unserer Gesellschaft vermeidbar erscheint. Die systemkritischen Keynesianer, hierzulande etwa vertreten durch Stefan Schulmeister und Barbara Blaha, sehen demgegenüber die Chance, die im Kampf gegen COVID-19 kurzfristig sehr stark gewordene Position des Staates für eine Systemtransformation zu nutzen. Es gelte daher beim Wiederankurbeln der Wirtschaft eben nicht auf die für die Umwelt und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften zerstörerischen Wachstumsmuster zurückzufallen, sondern einen Green New Deal zu starten. Während der klassische, an den Lehren von Keynes orientierte New Deal der Regierung Roosevelt seinerzeit die USA aus der großen Depression der dreißiger Jahre geführt habe, sei es Aufgabe jenes nun anstehenden Green New Deal, sich vom Wachstumsparadigma zu verabschieden und die Etablierung einer ökologischen und sozialen Kreislaufwirtschaft in die Wege zu leiten.

Marxistische versus bürgerliche Ökonomie

Aus marxistischer Perspektive befassen sich die neoliberalen und keynesianischen Wirtschaftsexperten als zeitgenössische Vertreter der sogenannten 'bürgerlichen' (sprich: nichtmarxistischen) Ökonomie nur mit der **Oberfläche** des Markts. Sie verstehen daher nicht jenen darunter ablaufenden **Tiefenprozess**, der erst die eigentliche Erklärung des sichtbaren Geschehens liefert. Die Oberflächenbetrachtung zeigt die Wirtschaft bloß als ein unendlich dicht geknüpftes Netz von **Tauschvorgängen**, bei denen der **Preis**, zu dem man eine Ware tauscht, Resultat subjektiver Bewertungsvorgänge ist, die aus den Bedürfnissen der Nachfrager und der jeweils gegebenen Relation von Angebot und Nachfrage (Stichwort: Knappheit) erklärbar ist.

Marxistische Ökonomen bemängeln an dieser Sicht, dass sie nur begreift, warum und wie stark der Preis einer Ware um ein bestimmtes Mittel schwankt, ohne eine Erklärung für die Höhe jenes Mittels zu liefern. Besagte Erklärung erschließt sich erst, wenn man den Bezug des Warentausches auf die ihm zugrunde liegende Produktion der Waren betrachtet. Denn diese Betrachtung zeigt, dass der Tausch eine Doppelfunktion für die arbeitsteilige Organisation jener Produktion erfüllt: Er führt nämlich zunächst die Resultate der arbeitsteilig zersplitterten Tätigkeiten auf dem Markt zusammen, um sie dort dann der individuellen Konsumtion zuzuleiten. Bei der Verknüpfung beider Funktionen achten die Produzenten darauf, dass die Menge an gesellschaftlicher Arbeit, die jeder von ihnen für seinen Konsum mobilisieren kann, langfristig genau der Menge an gesellschaftlicher Arbeit entspricht, die er zuvor in die kollektive Produktion eingebracht hat. Damit diese Gleichheit von hergegebener und zurückerhaltener Arbeit realisiert werden kann, ist es erforderlich, dass alle gegeneinander getauschten Waren im längerfristigen Mittel jeweils gleich große Mengen an durchschnittlich intensiver und qualifizierter menschlicher Arbeit repräsentieren. Man nennt die in jeder Ware enthaltene Menge an menschlicher Durch-

schnittsarbeit ihren **Arbeitswert** und sieht in letzterem die in der bürgerlichen Ökonomie fehlende Erklärung für die Höhe jenes Mittels, um das der Preis schwankt.

Bis zu diesem Punkt geht der Marxismus konform mit der durch Adam Smith und David Ricardo repräsentierten Vorläuferin der zeitgenössischen Volkswirtschaftslehre, welche man als die klassische Ökonomie bezeichnet. Durch das von den genannten Klassikern entwickelte Konzept des Arbeitswerts lässt sich aber bloß die Preisbildung in der sogenannten einfachen Warenproduktion beschreiben, bei der alle Arbeitenden zugleich auch Eigentümer ihrer Arbeitsmittel sind. Im Kapitalismus ist dies bekanntermaßen nicht mehr der Fall. Hier sind die Arbeitenden von den Arbeitsmitteln getrennt, weil sie nun deren Eigentümer als Lohnabhängige gegenüberstehen, welche vom beständigen Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Während der Lohn als Preis für die verkaufte Arbeitskraft der klassischen Ökonomie kein Problem bereitete, scheiterte sie an der Erklärung des Profits des Eigentümers der Arbeitsmittel. Sie begriff nämlich nicht, wie es möglich ist, dass dieser, ohne das Grundprinzip des Tausches gleich großer Arbeitswerte zu verletzten, mehr Kapital aus der Produktion herauszieht, als er am Beginn des Produktionsprozesses beim Kauf von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln investierte.

Erst Marx konnte dieses Rätsel lösen, weil er erkannte, dass die Arbeitskraft mehr Wert schafft, als sie zu ihrer eigenen Reproduktion benötigt. Die auf der Tiefenebene der Produktion stattfindende **Aneignung dieses Mehrwerts** durch die Kapitalisten ist die Erklärung ihrer an der Marktoberfläche erscheinenden Profite. Dieser von Marx als **Ausbeutung** bezeichnete Vorgang ist ein höchst gewalttätiger und widersprüchlicher Prozess, dessen Entfaltung nicht nur allen an der gesellschaftlichen Oberfläche des Kapitalismus erscheinenden Antagonismen zugrunde liegt, sondern dieses Wirtschaftssystem auch von Krise zu Krise taumeln lässt und schließlich dafür verantwortlich ist, dass jene Krisen tendenziell immer umfassender und existenzbedrohender für die gesamte Menschheit werden.

Marxistische Krisentheorie

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, hier darzustellen, wie die marxistische Ökonomie aus der Aufdeckung des zwischen Kapital und Arbeit bestehenden Ausbeutungsverhältnisses ihre Hauptthesen zur Entwicklung des Kapitalismus ableitet.² Ich möchte nur darauf hinweisen, dass aus der eben skizzierten Sicht auf den unter der Marktoberfläche ablaufenden Prozess der privaten Aneignung des kollektiv produzierten Mehrwerts eine **grundsätzliche Differenz** zum neoliberalen bzw. keynesianischen Blick auf die Krisen des Kapitalismus folgt. Wie bereits erwähnt, ist die kapitalistische Marktwirtschaft für die beiden letztgenannten Theorien ein Gleichgewichtssystem, wobei neoliberale Ökonomen davon ausgehen, dass sich vorübergehende Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage von selbst wieder einrenken, während die Keynesianer längerfristiges Gleichgewicht zu akzeptablen sozialen und ökologischen Randbedingungen nur bei entsprechender Staatsintervention für möglich halten. Die marxistische Ökonomie sieht

_

² Eine ausführliche Darstellung meiner Sicht auf die marxistische Krisentheorie findet sich in der 2018 im PapyRossa Verlag erschienenen Publikation "Kritik des Arbeitswerts".

demgegenüber den Kapitalismus in zweierlei Hinsichten als ein prinzipiell zum Ungleichgewicht tendierendes System an.

Einerseits erkennt sie, dass das konkurrenzbedingte Bestreben jedes Kapitaleigentümers, so viel Mehrwert wie nur möglich zu akkumulieren, mit Notwendigkeit immer wieder zu gesamtgesellschaftlicher Überakkumulation von Kapital führt. In Verbindung mit komplementärem Zurückbleiben der zahlungskräftigen Konsumgüternachfrage dämpft dies die durchschnittliche Profitrate und damit die von ihr abhängige Nachfrage der Unternehmen nach weiteren Investitionsgütern so stark, dass eine Wirtschaftskrise folgt. Letztere bewirkt dann (unter anderem) durch die in ihrem Verlauf eintretende Kapitalvernichtung eine vorübergehende Erholung der Profite, worauf ein neuer Krisenzyklus beginnt.

Andererseits lässt die Analyse der Kapitalakkumulation erkennen, dass die durchschnittliche Profitrate nicht nur die den Wirtschaftszyklus hervorrufenden Schwankungen zeigt. Sie unterliegt nämlich zusätzlich einer langfristig bzw. überzyklisch fallenden Tendenz. Es handelt sich dabei nicht um eine simple Mechanik, die den Kapitalismus mit quasinaturgesetzlicher Notwendigkeit zerstört. Denn es gibt eben bloß eine entsprechende Tendenz. Diese führt dazu, dass in bestimmten Phasen der Entwicklung des Akkumulationsprozesses einerseits die Schärfe der Krisen zunimmt, währende andererseits die Kraft der Konjunkturaufschwünge nachlässt. Will der Kapitalismus jene kritischen Phasen überleben, muss er jeweils ein neues Akkumulationsmuster entwickeln. Das ist mit so tiefgreifenden Wandlungen seines gesamten soziokulturellen und politischen Überbaues verbunden, dass die Marxisten vom Übergang zu einem neuen Akkumulationsregime sprechen.

Ein derartiger Übergang fand zuletzt ab der Mitte der neunzehnsiebziger Jahre statt, als die lange Nachkriegsprosperität zu Ende ging und die Profitraten in den wichtigsten kapitalistischen Metropolen deutlich sanken. Die damalige Antwort des Kapitals lässt sich als Doppelstrategie beschreiben. Zum einen forcierte man nun energisch die bereits davor angelaufene Globalisierung der Kapitalverwertung. Dieses Vorgehen schleuste Massen von unorganisierten Arbeitskräften in den Ausbeutungsprozess ein, was sowohl den Umfang der Aneignung von Mehrwert als auch die von der Schärfe der Ausbeutung bestimmte Rate des Mehrwerts steigen ließ. Zum anderen förderte man auf politischer Ebene die Etablierung neoliberal agierender Regierungen. Deren Maßnahmen zur Deregulierung des Kapitalverkehrs und des Finanzsektors schufen den institutionellen Rahmen für eine noch konsequentere Internationalisierung der Produktion. Und der von ihnen in die Wege geleitete Rückbau des Sozialstaates übte zusätzlichen Druck auf die ohnehin bereits von der Globalisierung in die Enge getriebenen Arbeitskräfte der Metropolen des Kapitals aus.

Der Corona-Schock aus marxistischer Perspektive

Letztlich führte die skizzierte Entwicklung zwar zu einer die weitere wirtschaftliche Dynamik bremsenden Vorherrschaft des Finanzkapitals über das Realkapital. Die meisten Kritiker dieser aktuell bestehenden "Spielanordnung" übersehen jedoch, dass die skizzierte Doppelstrategie dem Gesamtkapital in den ersten Jahren des neuen Akkumulationsregimes zu einer sehr deutlichen Ex- und Intensivierung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verhalf. Die Mehrwertbilanz verbesserte sich so stark, dass man den Fall der durchschnittlichen Profitrate vorübergehend stoppen konnte. Entscheidend ist hier das

Wort "vorübergehend". Denn alle Versuche, den grundlegenden Widerspruch zwischen kollektiver Erzeugung und privater Aneignung des Mehrwerts **innerhalb** der Systemgrenzen des Kapitalismus aufzulösen, führten bisher nur dazu, dass jener Widerspruch auf höherer Ebene mit noch größerer Schärfe und noch umfassenderen Konsequenzen neuerlich aufbrach. Und in genau dieser Situation befinden wir uns nun schon seit der jüngsten Finanzkrise. Spätestens seit deren Ausbruch ist das ab den neunzehnsiebziger Jahren etablierte Akkumulationsregime selbst wieder an seine Grenzen geraten. Hat es doch durch die Schaffung globaler Finanzmärkte sowie durch seine menschen- und naturverachtende Art der Internationalisierung der Produktion bewirkt,

- dass aus begrenzten Problemen einzelner nationaler Kapitale weltumspannende Probleme der Kapitalverwertung wurden,
- dass vorübergehende Finanzrisiken einzelner Staaten zu ständig drohenden Weltfinanzrisiken mutierten,
- dass sich lokal begrenzte Umweltschäden zur Weltklimakatastrophe ausweiteten
- und dass Epidemien sehr rasch zu Pandemien werden.

Trotz Inkaufnahme dieser Potenzierung aller inneren Widersprüche des Kapitalismus mehren sich seit einigen Jahren die Anzeichen für ein neuerliches Sinken der durchschnittlichen Profitrate des universellen Ausbeutungssystems. Wichtigste Symptome sind die stark gedämpfte Wachstumsrate des Welt-BIP und die beständig lauernde Deflationsgefahr, welche bisher auch durch hektische geldpolitische Stimulationsversuche nicht zu bändigen war. Das zeigt, dass wir wieder an einer der für das Kapital so gefährlichen Sollbruchstellen seines Akkumulationsprozesses angelangt sind.

Aus dieser historisch etwas weiter gefassten ökonomischen Perspektive erscheint das aktuelle Corona-Debakel bei aller Zufälligkeit seines Anlasses bloß als Beginn der nächsten Etappe jener umfassenden Existenzkrise des Kapitalismus, zu welcher der Finanzcrash des Jahres 2008 den Auftakt gab. In ihr wird sich entscheiden, ob die Produzenten des Mehrwerts eine Systemtransformation schaffen, oder ob es dem Kapital ein weiteres Mal gelingt, sein Prinzip der privaten Aneignung jenes Mehrwerts durch Etablierung eines neuen Akkumulationsregimes zu retten. Sollte letzteres der Fall sein, deuten sich bereits jetzt einige seiner potentiellen Konturen an. Und die sind zum Teil sehr bedrohlich. Denn dieses neue Akkumulationsregime könnte wohl den von den Keynesianern gewünschten ökonomisch aktiven und starken Staat beinhalten. Der würde sich aber möglicherweise auf eine autoritär gewandelte Form der Demokratie stützen, in der man das aktuell praktizierte Prinzip der Gewaltenteilung zugunsten einer Vorrangstellung der Exekutive aufgegeben und die Bürgerrechte erheblich eingeschränkt hat.

Deficitspending und Mehrwert

Ein abschließender vergleichender Blick auf alle drei hier einander gegenüber gestellten ökonomischen Theorien zeigt zum Teil unerwartete Nähe- und Distanzrelationen. Zunächst aber zu einem wenig überraschender Aspekt. Ich meine damit die enge Beziehung zwischen dem marxistischen Konzept einer Systemtransformation und dem Transformationsgedanken der systemkritischen Keynesianer. Hier gibt es relativ große Übereinstimmung hinsichtlich der Richtung der erforderlichen sozial-ökologischen Umgestaltung un-

serer Wirtschaft. Trennend ist bloß die bei der Analyse der Produktion und Aneignung des Mehrwerts entstandene Überzeugung der Marxisten, dass die angestrebte Transformation der Wirtschaft eine Vergesellschaftung von wesentlichen Bereichen des Produktionsapparats erfordert. Denn das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist nicht bloß verantwortlich für den allumfassenden und heutzutage zumeist eher zerstörerischen als schöpferischen Konkurrenzkampf. Es ist auch institutionelle Basis für die Profitorientierung der Produktion. Diese aber unterläuft alle an gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen orientierten Steuerungsbemühungen und liegt dem in einer kapitalistischen Wirtschaft unaufhebbaren Wachstumszwang zugrunde.

Zwei weitere Gemeinsamkeiten zwischen Marxisten und Keynesianern schließen auch die technokratisch orientierten Vertreter des letztgenannten Ansatzes ein. Die erste der beiden betrifft die Stärkung des vom Neoliberalismus nachhaltig beschädigten Sozialstaats. Bei der zweiten geht es um die Eindämmung der weit aufgerissenen sozialen Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern einer vom entfesselten Finanzkapital gesteuerten Wirtschaftsdynamik. Was nämlich den systemimmanent denkenden Keynesianern als Voraussetzung für eine umfassend funktionierende (und daher systemstabilisierende) Daseinsvorsorge sowie für die Stützung der Massenkaufkraft erscheint, gehört für alle an einer Systemtransformation orientierten Ökonomen zu den Zwischenzielen des von ihnen anvisierten Transformationspfads.

Bei der Einschätzung der von den Keynesianern forcierten Politik des Deficitspendings zeigt sich dann aber eine auf den ersten Blick überraschende Nähe zwischen marxistischen und neoliberalen Ökonomen. Denn die Marxisten unterscheiden gemeinsam mit letzteren klar zwischen dem Defizit, das bei der Bekämpfung einer akuten zyklischen Krise in Kauf zu nehmen ist, und jenem Defizit, das als Heilmittel gegen die chronische Wachstumsschwäche einer vom tendenziellen Fall der Profitrate betroffenen Wirtschaft fungieren soll. Genau wie ihre Zurückweisung des Privateigentums an den Produktionsmitteln resultiert die mit den neoliberalen Ökonomen geteilte Skepsis bezüglich der Erfolgschancen dieser zweiten Form des Deficitspendings aus ihrer Analyse der unter der Marktoberfläche angesiedelten Tiefenebene der Arbeitswerte.

Dauerhaft schwächelnde Renditen sind aus dieser Perspektive nur einem **chronischen** Mehrwertmangel geschuldet. Und kontinuierlich praktiziertes Deficitspending versucht besagten Mehrwertmangel auszugleichen durch permanente Vorgriffe auf erst zu schaffenden Mehrwert. Die von den Zentralbanken im Wechselspiel mit den sich verschuldenden Staaten praktizierte Geldschöpfung holt diesen potentiellen künftigen Mehrwert dann als Geld in die Gegenwart herein. Auch im Fall der mächtigsten Zentralbanken lebt daher die mit dem Deficitspending einhergehende Geldschöpfung letztlich vom Vertrauen aller Marktteilnehmer darauf, dass künftig die Arbeitskräfte den ihr entsprechenden Mehrwert tatsächlich erzeugen werden. Bricht dieses Vertrauen ein, ist es um den Wert des geschöpften Geldes geschehen.

Wer ist Utopist? Und was tun die Realisten?

Wie diese Überlegung zeigt, hängt der Erfolg der von den Keynesianern angepeilten Politik des kontinuierlichen Deficitspendings an einem seidenen Faden. Er ist in höchster Ge-

fahr abzureißen, wenn die erhofften Multiplikatoreffekte nicht in einem Ausmaß eintreten, das die Produktion einer ausreichenden Menge an zusätzlichem Mehrwert sicherstellt. Letzteres aber ist, wie selbst die systemimmanent orientierten Keynesianer zugestehen, nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen **Rahmenbedingungen** möglich. Ich meine damit die Existenz eines die gesamte Gesellschaft umfassenden und vorhandene Klassengegensätze entschärfenden Gemeinschaftsprojekts. Dieses hätte bei den Kapitaleigentümern für die erforderliche Investitionsbereitschaft zu sorgen und bei den Lohnabhängigen und Konsumenten entsprechende Leistungs- und Konsumbereitschaft zu stimulieren. Darüber hinaus müsste dieses Projekt sowohl die Investitionsphantasien als auch die Konsumwünsche in ganz neue Richtungen lenken. Denn die in seinem Kontext zu leistende und zu konsumierende Mehrarbeit sollte ja nur Produkte und Dienstleistungen hervorbringen, die äußerst sorgsam mit den knappen materiellen Ressourcen unseres Planeten umgehen und eine entscheidende Verbesserung der Treibhausgasbilanz der Weltwirtschaft bewirken.

Auf dem Reißbrett gibt es dieses von den technokratischen Keynesianern implizit vorausgesetzte (!) Gemeinschaftsprojekt bereits. Es handelt sich dabei um den berühmten grünen New Deal. Das Problem dabei: Der genannte Deal existiert in unzähligen Varianten. Die systemkritischen Keynesianer haben einen, die EU-Kommission hat einen und selbstverständlich hat auch der Verband der Automobilindustrie einen. Wahrscheinlich gibt es so viele Varianten dieses grünen Deals wie es Interessenverbände gibt. Die Hoffnung, hier eine gehaltvolle und gesamtgesellschaftlich motivierende Schnittmenge zu finden und dann auch noch in die Praxis umzusetzen, ist angesichts der tiefen Spaltung unserer Gesellschaft nicht weniger utopisch als die marxistische Forderung einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die einzigen Realisten sind derzeit vermutlich die neoliberalen Wutsparer. Sie pochen darauf, dass der ganz real und nicht bloß in den Hirnen von Träumern existierende Markt letztlich alles wieder einrenken wird und besorgen sich für den Fall, dass er dies doch nicht tut, einen Waffenschein - natürlich nur zur Selbstverteidigung.

Kommentar zu einem Artikel in der ZEIT vom 19.9.2019. Mit dem Wachstumszwang des Kapitalismus behandelt dieser Kommentar ein Thema, über das ich zuletzt viel recherchiert und nachgedacht habe. Wer sich für den dabei entstandenen Text mit dem Titel "Was kommt nach dem Wachstum?" interessiert, kann ihn im Links-Netz lesen.³

(2) Wer oder was ist schuld am Wachstumszwang

Es hat sich inzwischen allgemein herumgesprochen, dass der Kapitalismus irgendwie Schuld trägt an dem schnurstracks in die Klimakrise führenden Wachstumszwang. Unterschiedlich sind bloß die Ansichten darüber, was damit genau gemeint ist. Die meisten Leute scheinen zu denken, dass die Gier der Manager, Banker und Anleger Verantwor-

_

³ Link zum Artikel im Links-Netz: http://wp.links-netz.de/?p=490

tung trage für die permanente Steigerung des Produktions- und Dienstleistungsvolumens. Eine Minderheit von besonders gescheiten Querdenkern ist aber (wie immer) der Überzeugung, dass genau das Gegenteil der Mehrheitsmeinung zutreffe. So formuliert etwa der bekannte Deutsche Großsoziologe Hartmut Rosa: "Es ist nicht die Gier nach mehr, sondern die Angst vor dem Immer-weniger, die das Steigerungsspiel aufrecht erhält". Und in der jüngsten Ausgabe der ZEIT findet sich eine besonders gefinkelte Lösungsvariante dieses unterhaltsamen Wer-ist-schuld-Spiels:

Marc Brost und Bernd Ulrich kommen hier in einem mit "Mehr oder Weniger" betitelten Artikel zu dem Schluss, dass der Wachstumszwang letztlich nur Resultat unseres misanthropischen Menschenbilds ist. Denn wir alle haben Angst vor unserer eigenen Reaktion auf das Fehlen ständigen Überflusses: "Wenn wir (die Mehrheit) nicht mehr in Saus und Braus leben, sondern nur in Hülle und Fülle", flüstert uns diese Angst zu, "dann, ja dann kommen wir nicht mehr gewaltlos aneinander vorbei, dann reiben uns Neid und Knappheit auf, dann stirbt die Solidarität, weil sich das egoistische Individuum derlei Altruismus angeblich nur mehr im stetigen Mehr abzuringen vermag". Nach Ansicht der beiden Autoren hält diese Vorstellung, die Solidarität könnte ohne permanente Fütterung durch immer mehr Konsumgüter in den gefürchteten Kampf aller gegen alle münden, "die Gesellschaft in latenter Panik. Wenn das Wachstum ausbleibt, sind wir alle verloren." Das Wachstum ist also gar nicht so unvermeidlich, wie wir in panischer Angst vor dem in uns steckenden Egoisten meinen. Und erst dann, wenn wir diese Angst überwinden, wird das Wachstumsproblem beherrschbar. Denn "am Ende kann über Wachstum nur rational diskutiert werden, wenn auch über das ihm zugrunde liegende negative Menschenbild gesprochen wird. Können wir wirklich nur im Überfluss solidarisch sein?"

Tatsächlich aber sind weder die Gier, noch die Angst vor dem Abstieg oder vor unserem inneren Egoisten verantwortlich für den mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung etablierten Wachstumszwang. Zwar erzeugt der Kapitalismus tatsächlich Gier, Abstiegsangst und in seinen jüngsten Entwicklungsphasen auch immer mehr Egoismus und Gewaltbereitschaft. All dies sind aber bloß sozialpsychologische Effekte eines Wirtschaftssystems, das nicht nur Waren produziert sondern auch die Charaktere seiner Produzenten systemkonform zurichtet. Die eigentlichen Ursachen für Fehlentwicklungen wie den Wachstumszwang sind daher nicht auf der Ebene der von diesem System produzierten Charaktermasken zu suchen, sondern in seinen Spielregeln, d.h. in den Regeln, nach denen es die Produktion organisiert.

Die wichtigste dieser Regeln ist die Institutionalisierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Sie ist gleichbedeutend damit, dass man die große Masse der arbeitenden Menschen von diesen Produktionsmitteln trennt. Die Arbeitskräfte können daher nicht gemeinsam über die Verwendung des von ihnen produzierten Mehrwerts entscheiden, oder gar beschließen, ihre Arbeit so stark zu verkürzen bzw. zu entschleunigen, dass ein verringertes Mehrprodukt entsteht. Denn alle Entscheidungen über Produktion und Verwendung des Mehrwerts liegen bei den privaten Eigentümern der Produktionsmittel, die aufgrund dieses Eigentums auch über sämtliche damit erzeugten Werte einschließlich des Mehrwerts verfügen. Jene Eigentümer sind aber ihrerseits nicht frei in ihrer Entscheidung. Wollen sie nicht im Konkurrenzkampf untergehen, also mit anderen Worten aus der privi-

legierten Eigentümerklasse ausscheiden, dann müssen sie möglichst viel Mehrwert akkumulieren, um anschließend einen neuen Produktionszyklus auf erweiterter Stufenleiter starten zu können - mit noch produktiveren Maschinen, noch größerem Ausstoß an Produkten und entsprechend größerem Verbrauch von Rohstoffen und sonstigen Umweltressourcen.

Es gibt also eigentlich keine bestimmte Gruppe von 'Schuldigen' innerhalb dieses Spiels. Schuld sind nur wir alle, die wir akzeptieren, dass unser kollektives Produzieren, auf Basis solcher Spielregeln organisiert ist.

Der folgende Aufsatz entstand schon im Mai 2019, also vor den beiden vorangehenden Texten. Ich präsentiere ihn hier aber als letzte der drei ökonomischen Reflexionen, weil er einerseits den Blick für die Zukunft öffnet und andererseits eine Brücke von der Ökonomie zu der erst in Kapitel III anvisierten Ebene der Politik schlägt.

(3) Die neue Konvergenz

Zur Zeit des kalten Krieges, als es noch so etwas wie eine Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus gab, wurde von vielen Ökonomen die sogenannte "Konvergenztheorie" vertreten. Sie ging davon aus⁴, dass die Wirtschaftssysteme aller industrialisierten Länder mit denselben technischen und ökonomischen Sachzwängen konfrontiert seien und daher ähnliche Lösungswege einschlagen müssten. Unter diesen Bedingungen erwartete man, dass die Wirtschaftssysteme jener Länder immer ähnlicher werden. Für privatwirtschaftliche Marktökonomien bedeutete das einen wachsenden staatlichen Einfluss auf den Wirtschaftsprozess und einen Funktionsverlust des Privateigentums bei sich ausweitender Managerherrschaft, während man für die staatssozialistischen Zentralplanökonomien eine Entideologisierung der Wirtschaftslenkung, eine Dezentralisierung der Planungsrechte und ebenfalls einen Machtzuwachs der Manager prognostizierte. Diese Konvergenztheorie trat in drei unterschiedlichen Spielarten auf. Die erste der drei Positionen ging im Gefolge von Schumpeter davon aus, dass die privatwirtschaftliche Marktökonomie den "Marsch in den Sozialismus" antreten müsse. Ihr Gegenstandpunkt nahm an, dass sich die Zentralplanökonomien den Marktwirtschaften annähern würden. Und eine dritte mit dem Namen Galbraith verknüpfte Schule vertrat die Hypothese, dass beide Wirtschaftsordnungen sich gleichzeitig auf ein einheitliches, gemischtes System hinbewegten, das die optimale Mischung der ursprünglichen Wirtschaftsordnungen darstellen werde.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion und ihren Vasallenstaaten wurde es mit einem Schlag sehr still um die Konvergenztheorie, denn unter dem Eindruck des triumphalen Sieges der kapitalistischen Ökonomie machte sich die Illusion von einem "Ende der Geschichte" breit, welche davon ausging, dass sich nun bürgerliche Demokra-

4 Vgl. die Ausführungen zum Stichwort 'Konvergenztheorie' im Gabler Wirtschaftslexikon

⁵ Titel eines vielzitierten Buches, das der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama im Jahr 1992 publizierte

tie und kapitalistische Marktwirtschaft als umfassende **Ordnungsprinzipien** endgültig und weltumspannend durchsetzen würden. Schon recht bald wurde aber klar, dass das Ende der Geschichte noch nicht gekommen sein konnte, weil zwar der Kapitalismus weiter expandierte, jedoch kein Siegeszug der Demokratie westlicher Prägung einsetzte. Denn es traten nun sukzessive immer neue äußere und innere Gefährdungen des für einen kurzen historischen Moment unbezwingbar erscheinenden Zweigespanns von Markt und Demokratie auf den Plan. Die diesbezüglichen Probleme haben sich mittlerweile so sehr verschärft, dass man befürchten muss, die Geschichte könnte auf ein ganz anderes Ende zusteuern, als man noch vor gut 25 Jahren annahm.

Die ersten Schwachstellen der neuen Weltordnung zeigten sich in den westlichen Metropolen des Kapitals, von denen aus es seinen weltweiten Siegeszug gestartet hatte. Im Gefolge der mit dieser sogenannten "Globalisierung" verbundenen Neustrukturierung der internationalen Arbeitsteilung kam es hier zur Verlangsamung des Akkumulationsprozesses, verknüpft mit steigender Arbeitslosigkeit und Tendenzen zur Deindustrialisierung. Der äußerst brutale Umgang des Neoliberalismus mit diesen Problemen (Stichworte: Rückbau von Sozialstaat und Arbeitnehmerrechten, Zulassen des Auseinanderdriftens von Einkommens- und Lebenslagen) beschleunigte das Zerbröseln jener kollektiven Wohlstandsperspektive, welche für ein demokratisches Miteinander breiter Bevölkerungsschichten vorausgesetzt ist. Zugleich mit dieser Perspektive zerbrach auch die Legitimationsgrundlage der großen Massenparteien, insbesondere der Sozialdemokratie, und es entstand ein politisches Vakuum, in das nun neue rechtspopulistische Bewegungen vorstießen. Letztere huldigen einem plebiszitären Autoritarismus und haben mit repräsentativer Demokratie, Gewaltenteilung und Pressefreiheit nichts am Hut. Sie werden so zu einer immer ernsteren inneren Gefahr für die bürgerliche Demokratie.

Eine ihrer größten **äußeren** Gefährdungen resultiert ebenfalls aus einem politischen Vakuum. Es handelt sich dabei um jene ideologische Leerstelle, die das Hinscheiden des realen Sozialismus außerhalb der alten Metropolen des Kapitals hinterließ. Betroffen davon sind neben dem extremer Ausbeutung unterliegenden Proletariat der jungen Industriestaaten auch die Abgehängten und Verelendeten in den Hinterhöfen der alten und neuen Großmächte. Nach dem **Verlust einer realen gesellschaftlichen Utopie** wendeten sich diese Teile der Weltbevölkerung nun verstärkt religiösen Tröstungen und in vielen Fällen auch fundamentalistischen Heilslehren (Stichwort: Islamismus) zu. Letztere sind genau wie der in den alten Metropolen des Kapitals auflebende Rechtspopulismus antidemokratisch und autoritär orientiert und repräsentieren daher eine weitere strukturelle Bedrohung für Fortbestand und Ausbreitung des Modells der bürgerlichen Demokratie.

Es blieb nicht bei einem einfachen Nebeneinander dieser zwei Bedrohungen eines demokratisch verfassten Kapitalismus. Mit der von der Globalisierung ausgelösten weltweiten Migrationsbewegung⁶ setzte nämlich eine Entwicklung ein, in deren Kontext sich beide im Bereich der alten Metropolen des Kapitals wechselseitig aufschaukeln. Denn einer-

19

⁶ Vgl. die Protokollnotiz Nr. 14 ("Bevölkerungsaustausch - eine verlogene Wahrheit"), in der ich die ursächlichen Zusammenhänge zwischen der jüngeren Entwicklung des Kapitalismus und den weltweiten Migrationsbewegungen etwas detaillierter betrachte.

seits ist die massenhafte Zuwanderung armer Menschen in die Zentren der westlichen Demokratie wichtigster Treibsatz für den Durchmarsch des Rechtspopulismus. Andererseits führen dessen Erfolge zu einer massiven Verschlechterung der Randbedingungen für ein Gelingen der ökonomischen und sozialen Integration der Neuankömmlinge. Die Folge davon ist deren umso stärkere Hinwendung zu integrationsbehindernden Traditionen, religiösen Tröstungen und Fundamentalismen, was nun wieder dem Rechtspopulismus neue Nahrung gibt, usw., usw.

Abgesehen vom Entstehen dieser Bedrohungen für das Modell der bürgerlichen Demokratie ging die Geschichte in den letzten Jahren auch auf ökonomischer Ebene weiter. Die schier unglaublichen Erfolge des **chinesischen Weges** eines autoritär gesteuerten Turbokapitalismus weisen nämlich mit Nachdruck darauf hin, dass die Möglichkeit einer Synthese zwischen privatwirtschaftlicher Marktökonomie und zentraler Planung keineswegs gestorben ist. Dynamik und Expansionskraft der chinesischen Wirtschaftsentwickelung zwingen den westlichen Kapitalismus ganz einfach zu entsprechenden Reaktionen. Die vom Geist des Rechtspopulismus getragenen plump nationalistischen Reflexe der Trump-Administration (Stichwort: neue Zollschranken) werden da langfristig bei weitem nicht ausreichen. Umso mehr als das planwirtschaftliche Moment nicht nur durch die Vorbildwirkung des chinesischen Weges wieder ins Spiel kommt. Denn in den letzten Jahren verschärften sich die inneren Widersprüche und Probleme der kapitalistischen Ökonomie so sehr, dass nun von ihnen ein zusätzlicher Druck auf strukturelle Reformen ausgeht, welche gemeinsam mit der chinesischen Herausforderung dem voreilig abgehakten Thema der **Konvergenz** neue Aktualität verleihen.

Stichwortartig und beispielhaft (ohne Anspruch auf Vollständigkeit!) seien hier die folgenden fünf Problemfelder genannt, in denen kein Weg an verstärkter **Lenkung** der Marktteilnehmer sowie vermehrter **direkter Intervention** der Staaten vorbeiführt:

- die von der drohenden Klimakatastrophe erzwungene Energiewende,
- der angesichts drohender ökologischer Katastrophen sowie begrenzter Boden- und Rohstoffreserven erforderliche Übergang zu nachhaltigen Wirtschaftskreisläufen
- die zur Vermeidung weiterer Finanzkrisen noch immer ausstehenden Regulierungen des weltweiten Finanzsektors
- der nach jahrzehntelanger Vernachlässigung bzw. privatisierungsbedingter Zerstörung in vielen Staaten erforderliche Wiederaufbau der öffentlichen Infrastruktur
- die im Gefolge verschärfter internationaler Konkurrenz notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Position des jeweiligen nationalen Kapitals

Auf all jenen Gebieten werden öffentliche Diskussionen geführt und auch bereits erste Schritte gesetzt. Natürlich vollzieht sich dieses Wendemanöver des Riesentankers 'Marktwirtschaft' sehr langsam (- im Hinblick auf die erforderliche Klimawende sogar viel zu langsam). Aber die drei nachstehenden Beispiele einschlägiger Kommentare in den Medien illustrieren, wohin der Zeitgeist weht:

• Die ZEIT publizierte schon im Vorjahr einen Artikel mit der Forderung, der deutsche Staat möge dem Beispiel Norwegens folgend seine Budgetüberschüsse zur Gründung eines Staatsfonds verwenden und im Sinne "eine(r) radikale(n) Abkehr von der unpo-

- pulären Privatisierungspolitik der vergangenen Jahre ... Vermögen erwerben und so dafür sorgen, dass die Gesellschaft wieder stärker von der Wertschöpfung profitiert."⁷
- In Österreich bemühte sich kürzlich sogar ein bürgerliches Blatt wie der KURIER um eine relativ ausgewogene Darstellung der Vor- und Nachteile der Verstaatlichung bzw. Privatisierung von Wirtschaftsleistungen. Man gesteht darin einerseits ganz offen ein, dass "sich die Privatisierung von Schienen-, Strom- oder Gasnetzen oft als schlechte Idee" erwies, während man andererseits zugibt, dass "in manchen Fällen ... der Staat gefragt" ist. ⁸
- Und in einem profil-Interview antwortet selbst eine Kandidatin für die nächste Präsidentschaft in der Industriellenvereinigung auf die Frage nach ihrer Sicht der aktuellen Steuerreform: "Steuern im Sinne von 'lenken' scheint zu kurz zu kommen."

In diesem sich allmählich drehenden Meinungsklima wird dann auch die sozialdemokratische Linke wieder mutig und erhebt lange nicht mehr gehörte Forderungen. So möchte etwa der deutsche Juso-Chef Kevin Kühnert Großunternehmen wie BMW kollektivieren, und Julia Herr, die Vorsitzende unserer heimischen Jusos, fordert ein Rückkaufsrecht des Staates für privatisierte Unternehmen, das sie wie folgt begründet: "Demokratische Parlamente müssen die Möglichkeit bekommen, Fehlentscheidungen ihrer Vorgänger zurückzunehmen." Beides ist natürlich im Prinzip äußerst erfreulich und lobenswert. Angesichts der zuvor skizzierten Trends im demokratiepolitischen Umfeld beschleicht mich jedoch die Sorge, dass derartige Forderungen aktuell womöglich nicht die von der Linken ersehnte Dynamik entfalten könnten. Denn die Vergesellschaftung, die wir meinen, erfordert ja ein Mehr an Mitsprache und Demokratie. Derzeit sind aber sehr viele demokratiepolitische Weichen in genau die entgegengesetzte Richtung gestellt.

Es besteht daher die leider sehr realitätsnahe Möglichkeit, dass wir auf eine Konvergenz zusteuern, die uns das schiere Gegenteil der einstigen optimistischen Vision eines John Kenneth Galbraith beschert - also keine Synthese aus dem Besten, was Kapitalismus und realer Sozialismus zu bieten haben, sondern eine Mischung aus den **übelsten** Merkmalen dieser beiden Gesellschaftssysteme, als da sind: die mörderische Konkurrenz auf den Märkten und die totale Kontrolle des Einzelnen durch eine zentrale Bürokratie. Unter den von der modernen Informationstechnologie geschaffenen Randbedingungen droht dann letztlich auch noch die Gefahr, dass sich Staat und Markt auf infame Weise gegen diesen Einzelnen **verbünden**. Denn der immer größer werdende Bestand an Daten zu unseren Einstellungs- und Verhaltensmustern gestattet den Konzernen und politischen Parteien unser Kauf- und Wahlverhalten zu manipulieren, während er dem Staat die Möglichkeit gibt, uns ganz ohne Rückgriff auf eine altmodische Stasi zu überwachen und im Bedarfsfall zu sanktionieren - so wie es China mit der gerade stattfindenden Implementierung seines "Sozialkredit-Systems" vorzeigt.

Wenn in einer unter solchen Vorzeichen stehenden Situation Bernhard Redl in akin, Nr. 9, 2019 einen von Leopold Kohr inspirierten "soliden Internationalismus von

⁷ ZEIT, Nr. 3/2018

⁸ Kurier, 6.5.2019

⁹ profil, Nr. 19/2019

¹⁰ Die Presse, 8.5.2019

unten in einer Welt kleinräumiger Verwaltungseinheiten" einmahnt, weil der dafür sorgen könnte, dass sich "die Regierungen vor dem Volk fürchten müssen", dann legt er damit seinen Finger genau in die demokratiepolitische Wunde der neuen Konvergenz. Ergänzend möchte ich hier darauf hinweisen, dass die rund 10 Milliarden Menschen des Jahres 2100 sicherlich nicht mit einer bloßen **Summe** derartiger Mikrokollektive überleben können. Da wird es auch Strukturen geben müssen, welche großräumige und langfristige Planungen ermöglichen und das Agieren der unteren Verwaltungseinheiten sowie der in ihrem Kontext kooperierenden Individuen vernetzen und steuern.

Im besten Fall bekommen wir beides: Großräumige und langfristige Planung im Wechselspiel mit einer kleinstrukturierten Basisdemokratie, vor der sich die Repräsentanten der übergeordneten Strukturen fürchten. Im wahrscheinlichsten Fall werden wir in einem neuen universalen Autoritarismus landen. Und in dem leider kaum weniger wahrscheinlichen schlechtesten Fall wird es schon vor der Etablierung dieses autoritären Weltsystems ganz laut krachen, weil der Konkurrenzkampf der um die Weltherrschaft pokernden Großund Mittelmächte außer Kontrolle gerät. Und die Gefahr eines solchen ganz großen Krachs bringt mich zum Schluss noch zu dem von Bernhard Redl geforderten "soliden Internationalismus von unten", dessen vorrangige Aufgabe ja die Verhinderung jenes großen Krachs wäre. Auch für diesen Internationalismus stehen die Chancen leider schlecht. Objektiv betrachtet sogar noch schlechter als vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs und selbst damals hat ja der Internationalismus versagt. Diese Einschätzung bezieht sich nicht auf den von den Rechtspopulisten allerorts geschürten Nationalismus. Denn Nationalismus gab es auch schon vor dem ersten Weltkrieg. Mein Pessimismus beruht vielmehr auf den drei folgenden Überlegungen.

Erstens hat die nachfordistische Ökonomie¹¹ in unseren Breiten die Lohnabhängigen so gründlich individualisiert, dass äußerst ungünstige Voraussetzungen für jede Form der Solidarisierung bestehen. Zweitens hat die vom Globalisierungsprozess hervorgebrachte internationale Arbeitsteilung vordergründig große Interessengegensätze zwischen den Lohnabhängigen der verschiedenen Erdteile etabliert. Ist doch die Leistbarkeit der Konsumgüter in den alten Metropolen des Kapitals mit der verschärften Ausbeutung des Proletariats in den neuen Akkumulationszentren an der Peripherie des Weltmarkts erkauft. Und drittens ist das System 'Welt' heutzutage viel größer und komplexer als noch vor hundert bis hundertfünfzig Jahren. Internationalismus müsste daher sachlich und räumlich eine entsprechend weitere Perspektive aufweisen. Was in unseren Breiten als Internationalismus daher kommt, ist aber zumeist bloß ein (stets "glühendes") Europäertum¹², aus dem beim Ausbruch großer geopolitischer Konflikte sehr schnell ein gegen andere Weltregionen gerichteter Europa-Chauvinismus werden könnte.

_

¹¹ Im Gefolge der großen Wirtschaftskrise der neunzehndreißiger Jahre setzte eine Phase beschleunigter Kapitalakkumulation ein. Sie fußte auf einer Form der Arbeitsorganisation, die in pionierhafter Weise zuerst im Konzern des US-amerikanischen Industriellen Henry Ford praktiziert wurde. Man spricht daher bei dieser Entwicklungsphase des Kapitalismus von der 'fordistischen Ökonomie'. Letztere geriet dann ihrerseits Mitte der neunzehnsiebziger Jahre in eine tiefe Krise und machte der auf struktureller Überakkumulation fußenden 'nachfordistischen Ökonomie' Platz.

¹² Vgl. die Protokollnotiz Nr. 44 ("Recht gschicht eana")

Jetzt fällt mir beim besten Willen keine optimistische Schlusswendung ein. Aber vielleicht ist es manchmal ganz gut, sich hemmungslos der Schwarzmalerei hinzugeben, weil man dann schon die kleinsten positiven Überraschungen, die der (leider/gottseidank - Unzutreffendes bitte streichen) noch nicht abgeschlossene Lauf der Geschichte für uns bereit hält, als große Lichtblicke erlebt.

... und was sie mit uns macht

		Seite
(4)	Sterbebegleitung	25
(5)	Täter und Opfer in einer Person	26
(6)	It's the economy, stupid	27
(7)	Vom Zwang zum Überschreiten aller Grenzen	28
(8)	Bestes Return on Investment	28
(9)	Kapital und Wertschätzung	28
(10)	Vorauseilende Integration durch Spracherwerb	29
(11)	Markt stimuliert Intelligenz	29
(12)	Zukunft mit Ausschlussmengen	30
(13)	Wortsuche	30
(14)	Bevölkerungsaustausch - eine verlogene Wahrheit	31

Das 'UNS' in dem "... und was sie mit uns macht" bezieht sich auf ein 'WIR', das nicht nur uns Menschen umfasst. Wir hatten es schon gewusst, dann wieder vergessen und nun wird es uns wieder klar: Das 'WIR', dem wir alle angehören, schließt sämtliches Leben auf diesem Planeten ein.

Zu einem Filmbericht im Weltjournal von ORF 2 am 24.6.2015 über so genannte "Umweltbanken", die es in den USA bereits seit den 1990ern gibt. Aus dem Ankündigungstext der Sendung: "Das Kapital kommt von Unternehmen, die für Umweltschäden, die sie verursacht haben, zahlen: über Öko-Gutscheine, die wie Aktien gehandelt werden und durch Kauf und Verkauf neuen Reichtum generieren … Das Ergebnis der Filmemacher ist beunruhigend: Wenn man mit der Natur spekulieren kann, dann lässt sich auch aus der Zerstörung der Umwelt Profit schlagen."

(4) Sterbebegleitung

Dialog

für zwei Banker

ERSTER BANKER: In der Zeitung steht, dass jedes Jahr tausende Arten verschwinden, weil man ihre Lebensräume zerstört.

ZWEITER BANKER: Aber so geht das doch nicht!

ERSTER BANKER: Was geht so nicht?

ZWEITER BANKER: Dass die Welt untergeht und wir verdienen nicht daran.

ERSTER BANKER: Na dann tun wir doch was!

ZWEITER BANKER: Ja, tun wir was!

ERSTER BANKER: Aber was sollen wir tun?

ZWEITER BANKER: Gründen wir ein paar Spezialbanken.

ERSTER BANKER: Banken, die das Artensterben verhindern?

ZWEITER BANKER: Nein, Banken die das Artensterben begleiten.

ERSTER BANKER: Wie jetzt - 'begleiten'?

ZWEITER BANKER: Die kaufen die Lebensräume von bedrohten Arten und verkaufen sie an den Meistbietenden.

ERSTER BANKER: Warum sollte dafür jemand Geld ausgeben?

ZWEITER BANKER Weil er sich damit das Recht erkauft, andere Lebensräume zu zerstören.

ERSTER BANKER: Klingt nicht wirklich gut.

ZWEITER BANKER: Ist ja auch bloß die erste Hälfte des Geschäftsmodells.

ERSTER BANKER: Und wie geht die zweite?

ZWEITER BANKER Mit den Gewinnen kaufen Umweltbanken die Lebensräume von anderen bedrohten Arten, um sie zu schützen.

ERSTER BANKER: Also das klingt jetzt wirklich gut! Aber sag, was machen sie danach mit diesen Lebensräumen.

ZWEITER BANKER: Die verkaufen sie wieder an den Meistbietenden.

ERSTER BANKER: Der dann wieder andere Lebensräume zerstören darf, sodass immer neue Arbeitsfelder für das Wirken der Umweltbanken entstehen?

ZWEITER BANKER: Natürlich.

ERSTER BANKER: Genial!

ZWEITER BANKER: Und richtig nachhaltig. Funktioniert bis ans Ende der Welt.

Auch auf uns Menschen greift diese Ökonomie zu, um uns ganz nach ihrem Bedarf zuzurichten

Mit eigenen Worten ergänzte Montage von Textbausteinen aus einem Bericht im profil vom 27.6.2016. Darin wirbt die Zeitschrift für den jährlich von ihr veranstalteten High Potential Day, bei dem Absolventen mit hohem Karrierepotential auf Personalmanager heimischer Spitzenunternehmen treffen.

(5) Täter und Opfer in einer Person

Ich bin motiviert ich zeige Einsatz weil wer bereit ist zum lebenslangen Lernen dem steht die Welt offen ich habe kreatives unternehmerisches Denken einen nicht versiegen wollenden (Weiter-) Bildungsdrang und eine Kommunikationsbegabung die es mir leicht macht auf andere zuzugehen nur wenige verfügen über diese Überflieger-Qualitäten und den Mut zu performen sich selbst zu präsentieren an einer Sache dran zu bleiben trotz möglicher Rückschläge ich fürchte nur zwei Dinge in meinem Leben Monotonie und Unterforderung daher werfe ich mich voller Elan in neue Abenteuer suche stets die nächste Aufgabe und rase die Karriereleiter empor mit anderen High Potential Persönlichkeiten eint mich die ständige Jagd nach der nächsten Herausforderung die Suche nach dem nächsten Kick denn mir liegt es fern mich auf erreichten Zielen auszuruhen mein Blick ist zukunftsgewandt und erwartungsvoll ich bin Karriere-Junkie habe mit ausgezeichnetem Erfolg zweisprachig maturiert mit einem Leistungsstipendium in Mindestzeit studiert immer wieder Wissens-Wettbewerbe gewonnen nebenbei angewandte Mathematik unterrichtet und in einem Callcenter gearbeitet weil ich mich für Rhetorik und Sprachen inte-

ressiere und dadurch meine Überzeugungsfähigkeit schärfen wollte jetzt bin ich hier am High Potential Day um mich bei den geilsten Firmen zu präsentieren von denen eine mich vom Fleck weg engagieren wird denn mein Credo ist 'Es liegt immer nur an dir solange du performst Leistung bringst und vor allem Spaß hast wirst du erfolgreich sein' davon bin ich fest überzeugt gerade hatte ich ein Gespräch mit einem Personalberatungsunternehmen bei dem gehen bei jedem erfolgreichen Geschäftsabschluss zehn Prozent an die Kinderkrebsforschung das gäbe mir ein gutes Gefühl weil meine Mutti Krebs hat und wenn ich bei keinem dieser Scheiß Personalheinis einen zweiten Termin bekomme mach ich mein eigenes Start up ich hab nämlich auch Start-up-Mentalität und das bedeutet vollen Einsatz für jede Aufgabe ständige Weiterentwicklung und das Verfolgen von Zielen ohne vom Gas zu steigen egal was einem dabei in den Weg gelegt wird aber auch das Zulassen von Niederlagen gehört dazu um zu lernen kein Thema hingegen ist das Ausruhen auf den Lorbeeren bei Erfolgen das schafft man nur wenn man anders herangeht mit Konventionen bricht und sich immer vor Augen hält ich bin nicht nur hier um Kaffee zu kochen und Excel-Sheets zu jonglieren da braucht man Aufstiegswillen Umsetzungsstärke und Kreativität da heißt es Ärmel hochkrempeln und anpacken man muss einfach vom ersten Tag an Vollgas geben und nicht eine gemütliche Rolle in der zweiten Reihe anstreben ...

> Schussattentate auf Polizisten in den USA, ein LKW-Massaker in Nizza, ein Amoklauf in München

Zu einer Meldung im Ö1-Morgenjournal vom 25.7.2016

(6) It's the economy, stupid

Gewaltexzesse häufen sich, die Orte der Straftaten kommen immer näher. Gerade sind sie in Bayern angelangt und der Deutschland-Korrespondent des ORF hat auch schon eine Erklärung parat: Die Täter haben nicht gelernt, mit Kränkungen und Demütigungen umzugehen.

Ob vielleicht unsere Ökonomie systematisch immer mehr Kränkungen und Demütigungen erzeugt, fragt er nicht. Und er spricht auch nicht davon, dass wir vor einer großen Alternative stehen: Entweder wir lernen, immer besser und noch besser mit Kränkungen und Demütigungen umzugehen, oder wir etablieren eine neue Wirtschaftsordnung, die weniger Kränkungen und Demütigungen erzeugt, weil sie die Welt nicht in Sieger und Verlierer spaltet.

Zum Kommentar eines Bergsteigers anlässlich des Lawinentods von drei Extremalpinisten im profil Nr. 18/2019

(7) Der Zwang zum Überschreiten aller Grenzen

Der Mensch ist das einzige aller Lebewesen, das die ihm jeweils vorgegebenen 'natürlichen' Grenzen überschreiten **kann**. Der Kapitalismus machte dann aus ihm ein Wesen, das all seine Grenzen überschreiten **muss**. Wer sie nämlich nicht überschreitet, wird nicht zu den sogenannten "Siegern" gehören und untergehen im Konkurrenzkampf aller gegen alle. Im Sport sollen wir dieses Grundgesetz der Marktwirtschaft schon als Kinder und Jugendliche lernen. Und wer es da noch nicht kapiert hat, lernt es dann spätestens durch die Sportberichterstattung der Medien.

Extremalpinismus ist die neue Königin aller Sportarten. Als würdige Nachfolgerin des einst mörderischen, inzwischen aber zahm gewordenen Autorennsports lehrt uns diese Disziplin, dass am Ende sogar der Sieger untergehen muss, weil er bereit ist, dem mörderischen Grundgesetz unseres Gesellschaftsystems mit letzter Konsequenz zu folgen. Die Spitzenalpinisten glauben zwar, das Bergsteigen sei "eine Projektionsfläche für Grundfragen der menschlichen Existenz". Tatsächlich aber leben sie uns nur den Jammer der menschlichen Existenz unter der Herrschaft des Konkurrenzprinzips vor. Und das Pathos, mit dem sie davon schwärmen, "sich Ängsten zu stellen, obwohl man eigentlich gar nicht bedroht ist; selbstgewählte Herausforderungen zu schaffen" hat dieselbe Funktion wie jenes Pathos mit dem einst die Opfer der beiden Weltkriege in ihre Schlachten zogen: Es soll das Denken und mit ihm alle Zweifel an einem mörderischen System ausschalten, das schon bald auch ihr Leben fordern wird.

Zu einem Interview mit dem Psychiater Reinhard Haller im Kurier vom 28.8.2018

(8) Kapital und Wertschätzung

Man sollte meinen, dass 'Kapital' und 'Wertschätzung' nicht sehr viel mit einander zu tun haben. Der eine Begriff beschreibt eine ökonomische Kategorie, das andere eine zwischenmenschliche Haltung. Das neue Buch des Psychiaters Reinhard Haller zeigt aber, dass beides nach dem gleichen Prinzip funktioniert. Was ist nämlich der eigentliche Witz des Kapitals? - Es ist etwas, das sein Eigentümer nur deshalb hergibt, weil es mit Zinsen wieder zu ihm zurück kommt und dadurch seinen Wert steigert.

Und worin besteht laut Haller das Wunder der Wertschätzung?

"Wertschätzung kommt immer zurück mit Zinsen. Und steigert dadurch den Selbstwert."

Wir lernen daraus, dass der zwischenmenschliche Anstand mittlerweile zwar noch nicht auf den Hund, aber immerhin schon auf das Kapital gekommen ist. Anders gesagt, hat sich die Logik des Kapitals bereits so tief in unserem Innersten eingenistet, dass wir **uns selbst** nur mehr als ein sich selbst verwertendes Kapital begreifen.

Haller wäre ein großartiger Zeitdiagnostiker, wäre ihm bewusst, was er mit solch einer Formulierung sagt. Ich fürchte aber eher, dass er nur **Symptomträger** ist.

Zu einem Interview mit der Leiterin eines Integrationsprojekts im Kurier vom 28.6.2017

(9) Bestes Return on Investment

In dieses Integrationsprojekt sollte Österreich investieren, denn man kann "leicht ausrechnen wie viel besser das Geld hier arbeitet". Der "Social Return on Investment" ist ganz ausgezeichnet. "Für einen investierten Euro bekommt Österreich 4,60 Euro retour. So eine Rendite würde sich jeder Investor wünschen."

Endlich haben wir die Menschlichkeit dort, wo sie in unserer Ökonomie hingehört: Auf den Knien vor der Rendite, um Anerkennung winselnd.

Wie auch immer - die Integration der syrischen Flüchtlinge macht auf jeden Fall große Fortschritte.

(10) Vorauseilende Integration durch Spracherwerb

Ein von mir betreuter Syrer besucht einen durch das Arbeitsamt finanzierten Deutschkurs für Anfänger. Diese Woche steht dort das Formulieren von Zeitangaben auf dem Stundenplan. Einer der dabei von ihm auswendig zu lernenden Dialoge lautet:

- Arbeitest Du von acht bis acht?
- Ja, ich arbeite von acht bis acht.

So übt sich mein Syrer zugleich mit dem Erlernen von Zeitangaben in die schöne neue Welt des Zwölfstundentages ein. Und das bereits **vor** dem Inkraftreten des diesbezüglichen Gesetzes. Das erhöht natürliche seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Denn schon bald wird ihm der Satz "Ich arbeite von acht bis acht." leichter über die Lippen gehen als vielen heimischen Arbeitnehmer*innen.

Zu einem Bericht im Immobilien-Standard vom 3.11.2018

(11) Markt stimuliert Intelligenz

Dass der auf dem Markt institutionalisierte Wettbewerb die menschliche Intelligenz befeuert, weiß heutzutage jedes Kind, und dass sich diese Intelligenz umso ungehemmter entfalten kann, je weniger der Wettbewerb durch Förderungen verzerrt oder durch Regulierungen eingeengt wird, lernt das Kind spätestens in dem an unseren Schulen praktizierten Wirtschaftskundeunterricht.

Die segensreichen Auswirkungen des Intelligenzstimulators 'Markt' zeigen sich aktuell besonders deutlich im heimischen Immobiliensektor: Hier hat die fast ungehemmte Preisentwicklung mittlerweile ein Niveau erreicht, das die Anbieter von Neubauwohnungen ernsthaft fürchten lässt, auf letzteren sitzen zu bleiben. Da natürlich weder die Bodeneigentümer, noch die Bauwirtschaft oder gar die Bauträger selbst ihr gesundes Gewinnstreben zügeln wollen, passiert, was auch früher schon am Höhepunkt eines jeden Baubooms passierte: Man weicht immer öfter aus auf einen Billigwohnbau, bei dem die Reduktion der Wohnqualität an die Stelle von reduzierten Gewinnerwartungen tritt. Im Zentrum der einschlägigen Bemühungen stehen "intelligente Wohnungsgrundrisse", die Mietern und Wohnungseigentümern dabei helfen sollen, unnötige Quadratmeter einzusparen. Besonders intelligent sind die Grundrisse der Firma "Immobilienrendite AG" (Nomen est omen). Stolz berichtet der Vorstand dieses Unternehmens über ein aktuelles Bauvorhaben, bei dem günstige Verkaufspreise "vor allem durch schlaue Grundrisse erzielt werden." Die Schlafzimmer dieses Projekts seien nur so groß wie ein Doppelbett. "Man kann am Fußende nicht vorbeigehen, dafür gibt es auf jeder Seite des Raumes eine Tür."

So etwas fällt einem vermutlich erst ab einem Intelligenzquotienten von 180 ein.

Auf einem abgeernteten Stoppelfeld im Innviertel steht einsam ein Plakat von Landeshauptmannstellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner

(12) Zukunft mit Ausschlussmengen

"WIR. GESTALTEN. ZUKUNFT

Mit allen, die Leistung bringen. Und für alle, die sie bringen wollen."

Keine Zukunft gibt es für die schon Abgeernteten und das Unkraut: Die, die leisten wollen, jedoch nicht mehr leisten können Die, die nicht mehr leisten können wollen Und die, die nicht einmal mehr leisten wollen können

Wenn ich an die denke, die Leistung bringen wollen und das auch (noch) schaffen, habe ich Wortfindungsprobleme.

(13) Wortsuche

Die nicht mehr mitkönnen, sind gestrandet.

Und was sind die, die noch mitschwimmen, wenn alle nur im Kreis schwimmen, oder auf die Kante des Wassersturzes zuschwimmen? Bei der Pressekonferenz nach dem Ministerrat am 1. Mai 2019 weist Vizekanzler Heinz-Christian Strache die Kritik am Gebrauch des Wortes "Bevölkerungsaustausch" zurück. Der folgende Kommentar dazu handelt noch einmal von dem, was die Ökonomie mit den Menschen macht. Zugleich leitet er aber auch schon über zu der im nächsten Abschnitt thematisierten Ebene der Politik.

(14) Bevölkerungsaustausch - eine verlogene Wahrheit

HC Strache musste zuletzt einige Male notgedrungen zur Mitte hin blinken, weil Parteifreunde rote Linien überschritten hatten. Zum Ausgleich setzt er nun mit seinem Beharren auf dem von den Identitären ins Spiel gebrachten "Bevölkerungsaustausch" einen sehr geschickten Rechtsblink. Denn mit ihm befriedet er einerseits den Rechtsrand seiner Partei, der jetzt nicht nur die Identitären gerechtfertigt sieht, sondern auch in seligen Erinnerungen an jene Zeiten schwelgen darf, in denen man von einer "Umvolkung" sprach. Andererseits lockt Strache damit die bürgerlichen Medien in eine der klassischen rhetorischen Fallen des Rechtspopulismus. Besagter Begriff ist nämlich Wahrheit und Lüge zugleich. Wenn dann die Medien nur die in ihm steckende Lüge kritisieren, kann Strache bei seinen Anhängern und Sympathisanten mit der von ihnen allen dunkel gefühlten Wahrheit punkten. Dieses mit vielen Begriffen spielbare Spiel gehört zu den Lieblingstricks sämtlicher Rechtspopulisten. Und die einzige Möglichkeit, es zu stören, besteht in einer sauberen Scheidung der in allen einschlägigen Wortschöpfungen mehr oder weniger kunstvoll vermischten Anteile von Wahrheit und Lüge. Überlegen wir also, was von beidem sich in der Rede vom "Bevölkerungsaustausch" verbirgt.

Wichtigstes Element der Lüge ist die Unterstellung einer gezielten und umfassenden demographischen Strategie, hinter der bestimmte Interessengruppen oder gar einzelne Drahtzieher stehen sollen. Bekannte Beispiele dafür sind die Vorwürfe von Ungarns Premier Viktor Orbán an den Investor George Soros und die Hasskampagne von Pegida und AfD gegen Merkel. Eine weitere, zwar nicht ausgesprochene, aber unterschwellig umso mehr irrationale Ängste schürende Lüge beinhaltet die dem Wort "Austausch" anhängende Assoziationsbrücke zur Vorstellung von wechselseitigen Deportationen: Als ob man neue, besser brauchbare Menschen ins Land holte, um dann irgendwann im Gegenzug andere, nicht mehr so gut brauchbare Menschen abzutransportieren.

In jeder dieser beiden Lügen steckt ein Körnchen Wahrheit. Dieses ist jedoch nicht so einfach zu benennen, denn Wahrheit ist immer eine recht komplexe Angelegenheit, die von den Rechtspopulisten stets nur bruchstückhaft und verzerrt angesprochen wird. Beginnen wir mit der Feststellung, dass es tatsächlich starke weltweite Migrationsbewegungen gibt, die vor allem in den heimischen Großstädten zu einem ziemlich dramatischen demographischen Wandel führen. Eine verzerrte Wahrheit verbirgt sich auch in der zuvor erwähnten Assoziation mit Deportationen. Denn es findet zwar nirgendwo ein Abtransport der alteingesessenen Bevölkerung statt. Sehr wohl kommt es jedoch im Gefolge der Migration zu realen Verdrängungsprozessen auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten, in deren Verlauf die Zuwanderer als Konkurrenten um leistbaren Wohnraum und Arbeitsplätze erlebt werden. Selbst der Verdacht, die Migrationsbewegung sei Ergebnis einer bewusst verfolgten Strategie, transportiert eine grob entstellte Wahrheit. Denn die vom

"Bevölkerungsaustausch" angesprochenen Migrations- und Verdrängungsprozesse resultieren zwar nicht aus einem von einzelnen Gruppen oder Individuen bewusst verfolgten Plan, sind aber **zwangsläufige Folge** der jüngeren Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems - eines Systems, das wir gemeinsam täglich reproduzieren und damit letztlich in all seinen Konsequenzen zu verantworten haben.

Die diesbezüglichen Entwicklungen wurden schon oft beschrieben, weshalb ich sie hier nur in aller Kürze stichwortartig in Erinnerung rufe. Ihr Ausgangspunkt war ein in der Mitte der Neunzehnsiebzigerjahre einsetzender Rückgang der durchschnittlichen Profitrate, auf den das Kapital mit forcierter Globalisierung aller Produktions- und Vermarktungsprozesse reagierte. Wo neue Produkte, Produktionsweisen und Lebensstile in zuvor vom internationalen Kapital kaum berührte Regionen vordrangen, zerstörten sie die dort etablierten ökonomischen Kreisläufe und Lebensgrundlagen, weckten Bedürfnisse bzw. Unzufriedenheiten und setzten dadurch den zweistufigen Prozess einer neuen, erstmals weltumspannenden Völkerwanderung in Gang. Der erste Schritt dieser globalen Migrationsbewegung führte die aus den traditionellen landwirtschaftlichen Produktionszusammenhängen herausgerissenen Opfer des Weltmarktes in die in den Großstädten der peripheren Staaten gelegenen neuen Zentren der Kapitalverwertung. Der zweite Schritt trieb viele der dort überzähligen Arbeitskräfte weiter in die alten westlichen Metropolen des Kapitalismus. Ergänzende Impulse erhielt der so in Gang gesetzte weltweite Migrationsstrom ab den neunziger Jahren durch den vom Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie heraufbeschworenen Klimawandel und den Zusammenbruch des Kommunismus, sowie durch die sich in seinem Gefolge verschärfenden kriegerischen Konflikte an den Grenzen der Einflusszonen alter und neuer Groß- und Mittelmächte.

Die im Zuge der Globalisierung stattfindende Integration einer riesigen Zahl neuer Billigstarbeitskräfte in den Kapitalverwertungsprozess steigerte zwar die mittlere Mehrwertrate, was den weltweiten Durchschnittsprofit und damit das kapitalistische Weltwirtschaftssystem als solches stabilisierte. In den alten westlichen Metropolen jedoch geriet die Rendite durch die neue Konkurrenz aufstrebender peripherer Staaten stark unter Druck. Und vor diesem Hintergrund verknüpfte sich nun die von den Zwängen der Kapitalverwertung ausgelöste weltweite Migrationsbewegung ein weiteres Mal aufs Engste mit den ökonomischen Erfordernissen möglichst ungestörter Kapitalakkumulation. Denn das vom Weltmarkt in die alten Metropolen des Kapitalismus gespülte Menschenmaterial wurde aufgrund geringerer Ansprüche, ungesicherter Aufenthaltstitel und anderer struktureller Handicaps zu einem willkommenen Hebel bei den Bemühungen des Kapitals, die Mehrwertrate auch hier wieder zu erhöhen.

Dass ein **von uns allen zu verantwortendes** Wirtschaftssystem nicht nur chaotische Bevölkerungsströme verursacht, sondern diese dann auch noch für die Verschärfung der Ausbeutung unserer Arbeitskraft und die Beschleunigung ökonomischer Verdrängungsprozesse instrumentalisiert, ist keine sehr angenehme, gern gehörte Wahrheit. Ihr in die Augen zu sehen, ist offenbar viel unbequemer als die Kultivierung eines Zorns auf dunkle Drahtzieher von gesteuertem *"Bevölkerungsaustausch"*. Und von der Bequemlichkeit dieser verlogenen Wahrheit lebt der Rechtspopulismus.

III. Politik im Zwergenland und anderswo...

	Seite
(15) Zum 100. Jahrestag der Entscheidung	34
(16) Die Ruhestifter	34
(17) Vom Wesen der österreichischen Lösungen	35
(18) Ballade vom Drei-Groschen-Vorsitzenden	36
(19) Der kleine Unterschied	36
(20) Vom Fuatschritt	37
(21) Hurra!	38
(22) Meine Gegenthese	
(23) Da ist noch Luft nach oben	39
(24) Der Bringer	40
(25) Think Big	40
(26) Mindestens einmal in seinem Leben	41
(27) Die neue Transparenz	42
(28) Was geschah an diesem Tisch?	43
(29) Das kann doch nicht gut gehen!	43
(30) NEO-(liberale) LOGIK	

Will man das politische Geschehen in Österreich kontinuierlich verfolgen, gilt es **dreierlei** zu beachten. **Erstens** ist das nur möglich, wenn man sich rechtzeitig eine Schutzbrille mit starkem Ironie- und Sarkasmusfilter zulegt. Ohne diese Vorkehrung ist die Beobachterrolle nicht lange durchzuhalten. **Zweitens** wird man nur begreifen, was einem hier begegnet, wenn man den Tag im Auge behält, an dem das alles begann. Es war dies jener von der offiziellen Geschichtsschreibung viel zu wenig beachtete 28.7.1917, an dem der erste Weltkrieg in sein viertes Jahr eintrat.

100 Jahre danach würdigte ich dieses Datum mit einer Eintragung in meinen Randnotizen.

(15) Zum 100. Jahrestag der Entscheidung

Nach drei Jahren Weltenbrand ward Gott vor Wut ganz wild und wollt das Land, das ihn entfacht, vernichten. Doch dann erschien ihm dies zu mild, und er beschloss, es zu verwichten.

In einem gnadenlos verwichteten Land hat selbst der Untergang eines Zeitalters zwergenhafte Dimensionen. Und die Schwierigkeit der Politikanalyse besteht darin, sich nicht nur lustig zu machen über die skurrile Putzigkeit dieses Geschehens, sondern die Augen offen zu halten für das Abgründige der hier werkelnden Heinzelmenschehen und auch dafür, dass sie hin und wieder in eine Pionierrolle schlüpfen. Denn manchmal ist unser Zwergenland tatsächlich eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält. So waren wir etwa die ersten, die den anderen vorzeigten, wie ein ordentlicher Populismus funktioniert und was er für das Wohl des Staates leisten kann ...

Zum Bericht des Standard vom 3.4.2017 über eine Podiumsdiskussion zum Thema "Populismus"

(16) Die Ruhestifter

Man sieht in den Haiders, Straches, Wilders, Le Pens, Trumps und Ihresgleichen immer nur Unruhestifter und potentielle Zerstörer. In Wahrheit ist aber das genaue Gegenteil der Fall. Sie sind in der aktuellen Krise des Kapitalismus die wichtigsten Garanten für dessen Fortbestand.

Wer das nicht glauben will, male sich aus, was geschähe, wenn all die berechtigte Wut, Zukunftsangst und Verzweiflung der Systemverlierer, die der Rechtspopulismus in Ressentiments gegenüber vermeintlichen äußeren und inneren Feinden jenes Systems ableitet, kapitalismuskritischen Positionen zugutekäme.

Der **dritte** Punkt, den jeder Beobachter der heimischen Politik beachten sollte, betrifft das Grundprinzip aller Lösungen, welche sie für die von ihr bearbeiteten Probleme findet.

Mir wurde dieses Prinzip schlagartig klar bei der Lohnrunde des Jahres 2013, als die Metaller mit Streik drohten.

(17) Vom Wesen der österreichischen Lösungen

Nachdem die Metallerlohnverhandlungen gescheitert sind und nur noch ein verhandlungsfreies Wochenende vor dem am folgenden Montag drohenden Streik liegt, beruhigt Christoph Leitl, der Präsident der Wirtschaftskammer:

"Wir werden eine österreichische Lösung finden, bevor der Streik in Wirklichkeit ausartet."

Der Mann hat hellsichtig erkannt, dass wir uns mittels der Sozialpartnerschaft vor der Ausartung des Möglichen in Wirklichkeit drücken. Der Sozialpartner als Antwort der Realpolitik auf den von Musil im "Mann ohne Eigenschaften" gezeichneten Idealtypus eines Möglichkeitsmenschen

In der Politik sind zwar Inhalte angeblich viel wichtiger als Personen. Meist spiegeln sich aber die Inhalte in den Personen auf sehr einprägsame Weise. Und weil ich mich in den analytischen Passagen dieses Buches ohnehin sehr viel mit Inhalten beschäftige, fasse ich hier nun einige Kommentare lang die Hauptdarsteller der heimischen Politbühne ins Auge. Ich beginne mit den von meiner eigenen Partei gestellten Mimen. Alles hochkarätige Komödianten, die das Publikum fühlen lassen, dass in jedem der hier aufgeführten Lustspielchen in Wahrheit eine Tragödie steckt.

Also Achtung: jetzt wird's ein bisserl oberflächlich und eher heiter. Wer sich lieber gleich mit der dahinter ablaufenden Tragödie befassen möchte, blättere weiter zu dem Abgrund, dem sich unser politisches System unausweichlich nähert ...

Im Jänner 2017 präsentierte der damals von vielen enttäuschten Sozialdemokrat*innen als Retter in der Not begrüßte neue Parteivorsitzende Christian Kern sein als "Plan A" bezeichnetes Programm für Österreich. Kurz darauf verhandelte er dann auf dessen Basis mit der ÖVP über einen "Koalitionspakt Neu".

Mir kam dabei sofort Brechts Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Planens in den Sinn ...

(18) Ballade vom Drei-Groschen-Vorsitzenden

Ja, mach nur einen Plan! ("Plan A")
Sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch'nen zweiten Plan ("Koalitionspakt Neu")
Gehn tun sie beide nicht.
Denn im Vergleich zur FPÖ
Bist Du nicht schlecht genug.
Doch Dein höhres Streben
Ist ein schöner Zug.

Ja, renn nur nach den Wählern
Doch renne nicht zu sehr
Denn alle rennen ihnen nach
Und Du kriegst sie nicht mehr.
Denn für Deine Politik
Sind sie nicht anspruchslos genug.
Drum ist all Dein Streben
Nur ein Selbstbetrug.

2018 mehrten sich Meldungen und Kommentare zu hohen Gehältern und Rolex-Uhren bekannter SPÖ-Politiker.

(19) Der kleine Unterschied

Wenn sich bei den Wählern Unmut breit macht angesichts von Spitzenvertretern der Sozialdemokratie, die mit einer Rolex am Handgelenk in die Kameras winken, dann rücken die Kommentatoren der heimischen Mainstream-Presse auf breiter Front zur Beruhigung aus. Das Wacheln mit Symbolen bürgerlichen Wohlstands sei völlig in Ordnung, weil ja die Anführer des Proletariats immer schon aus dem gehobenen Bürgertum kamen und über beträchtlichen Reichtum verfügten. Man verweist dabei gern auf Friedrich Engels, der aus einer Industriellenfamilie stammte und auf Viktor Adler, der von seinem Vater ein Immobilienvermögen erbte.

Diese Argumentation übersieht einen kleinen, aber entscheidenden Unterschied zwischen damals und heute:

Die Arbeiterführer des neunzehnten Jahrhunderts, besaßen ihr Vermögen schon **VOR** ihrem Kampf für die Besserstellung des Proletariats, und setzten es für diesen Kampf ein. So unterstützte etwa Engels jahrzehntelang die Familie des brotlosen Gelehrten Karl Marx, während Adler mit dem Verkauf des väterlichen Immobilienerbes die Gründung der Wochenzeitung *"Gleichheit"*, des Vorläuferblatts der späteren Arbeiter-Zeitung, finanzierte.

Die heutigen Spitzen der Sozialdemokratie dagegen werden meist erst IM GEFOLGE ihres politischen Engagements reich, weil sie die während ihrer politischen Tätigkeit geknüpften Netzwerke nach der Zurücklegung ihrer Regierungsfunktionen mehr oder weniger geschickt zu Geld machen. So lese ich etwa im Kurier vom 7.11.2018, dass Alfred Gusenbauers Projektentwicklung & Beteiligung GmbH Ende 2017 einen kumulierten Reingewinn von rund 10 Millionen Euro ausweist, und das von Werner Faymann gegründete Beteiligungsunternehmen bereits am Ende seines ersten vollen Geschäftsjahrs einen Reingewinn von rund 200.000 Euro meldet. Angesichts solcher Nachrichten braucht es keine rechtspopulistischen Einflüsterer mehr, um in dem seit Jahren immer wieder mit Reallohnsenkungen konfrontierten Arbeitsvolk das Gefühl entstehen zu lassen, man werde von der Sozialdemokratie verraten.

Oder dürfen wir darauf hoffen, dass einer dieser feinen Genossen sein Vermögen demnächst in den Aufbau eines großen Medienprojekts in der Nachfolge der 1991 verblichenen Arbeiter-Zeitung investiert? Ich glaub es ehrlich gesagt nicht, lass mich aber gerne überraschen.

Dazu passend aus meinem Archiv die folgende nun schon 20 Jahre alte Notiz zu einem Bericht im profil vom 25.6.2001. 13

(20) Vom Fuatschritt

De Ziaglbehm ham no auf an Ziaglofn schlofm miassn. De Erdbeapolakn hams scho zu an Kontena brocht. Oba-r-an Dokta Viktoa Adla hom se se no kan gfundn.

Nach dem überraschenden Rücktritt des verhinderten Parteiretters Christian Kern wählten wir beim Parteitag der SPÖ in Wels am 24./25.11.2018 eine neue Parteivorsitzende.

_

¹³ In dem Artikel war zu lesen, dass polnische Erntehelfer pro Tag rund 150 kg Erdbeeren pflücken und dafür 3 S pro Kilo erhalten (Verkaufspreis 40 S pro Kilo). Sie schlafen jeweils zu fünft in einem Container und arbeiten 11 Stunden täglich bei einem Stundenlohn von rund 41 S, was etwa 3 € entspricht.

(21) Hurra!

Meine Partei hat eine neue Vorsitzende und 97,8% der Parteitagsdelegierten haben für sie gestimmt. Sie hat vor lauter Freude über dieses Ergebnis einen Luftsprung gemacht und in ihrer Parteitagsrede auch gleich gezeigt, was sie kann: "Schaffen wir die Mehrwertsteuer auf Mieten ab!" hat sie gerufen und netterweise nichts von einer Gegenfinanzierung durch höhere Vermögensbesteuerung gesagt. Das hat vermutlich nicht nur die Parteitagsdelegierten zu Jubelstürmen hingerissen. Mindestens ebenso sehr wird man in den Parteizentralen von ÖVP und FPÖ jubiliert haben. Entspricht doch die Logik besagter Forderung punktgenau dem steuer- und einkommenspolitischen Masterplan der Regierungskoalition. Der möchte ja die unteren bis mittleren Einkommensschichten durch Steuerreduktionen entlasten, weil solche Reduktionen der wichtigsten Klientel dieser Regierung (den Unternehmen und Vermögenden) nicht weh tun und bei fehlender Gegenfinanzierung nur jenen Sozialstaat schwächen, der aus türkis-blauer Perspektive ohnehin überdimensioniert ist.

Bei so einer Opposition muss das Regieren eine reine Freude sein.

Dass aber die zu diesem Zeitpunkt an der Macht befindliche Regierung Kurz 1 nicht nur vom Versagen der Opposition profitierte, hatte sich schon im vorangehenden Wahlkampf angedeutet.

Zum Wahlkampf der Liste Kurz

(22) Meine Gegenthese

Wiens Bürgermeister meinte einst, dass Wahlkämpfe stets "Zeiten fokussierter Unintelligenz" seien. Wenn es nun aber offenbar der Liste Kurz gelingt, den Wählern ihr Wahlprogramm mit Erfolg als Ausdruck der Idee einer "neuen Gerechtigkeit" anzudienen, dann ist das der schlagende Beweis des Gegenteils.

Kurz verspricht Senkungen der Lohn- und Einkommenssteuer, die nur der reicheren Hälfte der Österreicher*innen etwas bringen. Er will für jedes Kind einen Steuerbonus gewähren, in dessen vollen Genuss nur die Besserverdienenden kommen. Und er möchte die Kapitalgesellschaften von der Körperschaftssteuer befreien, damit sie noch mehr Geld auf den Finanzmärkten verspekulieren können. Zum Ausgleich für die dadurch sinkenden Steuereinnahmen will er das Wachstum der Ausgaben des Staates auf die Inflationsrate beschränken, was letztlich auf eine reale Schrumpfung der für die ärmere Hälfte der Österreicher wichtigen Pflege-, Gesundheits- und Transferleistungen hinausläuft. Die radikalsten Einsparungen plant er bei der Mindestsicherung für die Ärmsten.

Wer es schafft, dieses Programm den Wähler*innen als Versprechen einer "neuen Gerechtigkeit" aufzuschwatzen, verfügt offenbar über höchste soziale Intelligenz - allerdings in der schwarzen Variante jenes Vermögens. Denn es gibt weiße und schwarze soziale

Intelligenz, so wie es weiße und schwarze Pädagogik gibt. Und schwarze (aktuell: türkise) soziale Intelligenz ist demzufolge die Fähigkeit, Menschen so zu manipulieren, dass sie sich gegen ihre eigenen Interessen verhalten. Sollten die Wähler*innen einem solchen Programm tatsächlich auf den Leim gehen, dann wäre die These des Wiener Bürgermeisters zu modifizieren und man müsste formulieren:

"Wahltage sind manchmal Tage fokussierter Unintelligenz".

Denn wie unintelligent muss man sein, wenn man angesichts der Zuwanderung von mehr als hunderttausend Armen für den Rückbau gerade jenes sozialpolitischen Instrumentariums stimmt, das verhindern kann, dass ein beträchtlicher Teil dieser Zuwanderer in die Kriminalität abgedrängt wird? Und wie gering muss die Intelligenz sein, wenn man nicht kapiert, dass die großen Sparmeister genau das bewusst riskieren, damit sie im nächsten Schritt den Polizei- und Überwachungsstaat energisch ausbauen dürfen?

P.S.: Wer da meint, dass die Wähler*innen prinzipiell nie irren, also apriori höchst intelligent agieren, wird sich schwer tun zu erklären, wie die NSDAP in der Weimarer Republik zu der mit Abstand stärksten Partei im Deutschen Reichstag werden konnte. Politische Dummheit muss beim Namen genannt werden dürfen, wenn man Strukturen und Personen bekämpfen will, die zur Verdummung beitragen.

Zu einem Detail des Wahlprogramms der Liste Kurz

(23) Da ist noch Luft nach oben

Die Methode ist altbewährt: Man bemäntle rücksichtslosen Klassenkampf mit verniedlichender Sprache. Die unmittelbar Betroffenen werden dadurch zwar nicht getäuscht, aber die, die es (noch) nicht trifft, schlucken's leichter. Ein diesbezüglicher Klassiker: die als "Freisetzungen" verharmlosten Massenentlassungen.

Herr Kurz präsentiert nun in seinem Wahlprogramm eine neue Variante derselben Taktik. Er fordert eine brutale Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge und spricht dabei von "Mindestsicherung light".

Für eine politische Ausnahmebegabung wie Kurz ist das sicherlich erst der Anfang. In einem seiner nächsten Wahlkämpfe wird er sich vielleicht sogar an eine Wiedereinführung der Todesstrafe heranwagen. Unter dem Titel 'Todesstrafe light' (mit besonders humanen Tötungsverfahren und natürlich nur für Flüchtlinge) wäre das eine Wunderwaffe gegen jede Form des Rechtspopulismus und daher womöglich sogar am Europarat vorbeizuschummeln.

Bereits zwei Monate später zeigt Kurz, dass er die von mir in ihn gesetzten Erwartungen keinesfalls enttäuschen will.

Zu einer Meldung vom 15.11.2017 über die türkis-blauen Koalitionsverhandlungen zur Bildung der Regierung Kurz 1

(24) Der Bringer

In meiner Glosse zu der von Sebastian Kurz geplanten "Mindestsicherung light" äußerte ich Bewunderung für die Fähigkeit unseres künftigen Kanzlers, notwendige aber unschöne Maßnahmen sprachlich einfühlsam abzufedern. Und im Titel besagter Glosse ("Da ist noch Luft nach oben") gab ich der Hoffnung Ausdruck, dass dieses politische Ausnahmetalent die genannte Fähigkeit bald an noch größeren einschlägigen Projekten beweisen werde.

Als Kurz das las, war ihm sofort klar, dass er jetzt **liefern** musste. Und schon gut zwei Monate danach kann der Kurier mit einer beeindruckenden Vollzugsmeldung aufwarten. "ÖVP plant einen Pflegeregress light" lesen wir da und ahnen sofort, dass unser aller Hoffnungsträger da ein schönes Weihnachtsgeschenk für die in Seniorenheimen lebenden älteren Mitbürger*innen vorbereitet hat. Überließ man ihnen bisher 20% ihrer monatlichen Pension sowie den 13. und 14. Pensionsbezug als Taschengeld, sollen sie diese beiden Sonderzahlungen künftig in die Finanzierung der Heimkosten einbringen. Damit werden sich dann die Heimbewohner*innen die von der ÖVP mitbeschlossene Abschaffung des Pflegeregresses zum größten Teil **selbst finanzieren**, indem sie auf nahezu die Hälfte ihres bisherigen Taschengelds verzichten.

Was für eine wunderbare und wirklich originelle Neuinterpretation des **Subsidiaritäts- prinzips**.

Die außerordentliche soziale Sensibilität des Hoffnungsträgers konnte sich in der Regierung Kurz 1 besonders gut entfalten, weil hier der Salonpopulismus eine glückhafte Verbindung mit der hohen sozialen Kompetenz des heimischen Rechtspopulismus einging.

Zu Plänen des kleinen Koalitionspartners in der Regierung Kurz 1

(25) Think Big

Die allgemeine Kritik am Plan der FPÖ-Gesundheitsministerin, die Unternehmerbeiträge zur Finanzierung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt um rund 40% zu senken, zeugt von kleingeistigem Unverständnis für das große Design hinter dem Regieren unserer sozialen Heimatpartei. Denn man muss diesen Plan natürlich vor dem Hintergrund der epochalen Ideen des Strache-Stellvertreters Manfred Haimbuchner sehen. Der möchte das abgedroschene Prinzip "Krankheit unterbricht Urlaub" im Sinne einer kopernikanischen Sozialwende endlich von den Füßen auf den Kopf stellen und fordert deshalb, dass der erste

Krankenstandstag künftig automatisch als Urlaubstag gelte. Und welches Unfallopfer wird dann wohl diesen wunderbaren ersten posttraumatischen Urlaubstag auf einer Intensivstation verbringen wollen? Man könnte also sofort entsprechende Personal- und Betteneinsparungen bei den Intensivstationen der Unfallkrankenhäuser vornehmen und würde dadurch weitere noch größere Einsparungen ermöglichen. Wer nämlich den ersten Tag nach seinem Unfall mit einigen Vierterln grünen Veltliners anstatt mit ein paar Liter Blutkonserven feiert, fährt wohl in den meisten Fällen direkt in den Himmel und hilft auf diese Weise nicht nur bei einer weiteren Reduktion von Unfallbetten sondern spart auch lästige Rehabilitationskosten und Rentenzahlungen. Wäre doch gelacht, wenn sich auf diese Weise nicht die angepeilte 40%ige Reduktion der Unternehmerbeiträge für die Unfallversicherung erzielen ließe.

Zu Ibizzagate

(26) Mindestens einmal in seinem Leben ...

... sagt jeder Politiker die Wahrheit. Mancher nur genau einmal.

Norbert Hofer konnte sich schon 2016 dazu aufraffen:

"Sie werden sich noch wundern, was alles geht."

Bei Heinz-Christian Strache war es erst 2017 so weit:

"Zack, Zack, Zack."

In der Regierung Kurz 2 mit den Grünen als Koalitionspartner setzt der Hoffnungsträger dann auch auf dem Gebiet der politischadministrativen Kommunikation ganz neue Maßstäbe. Gemeinsam legt man ein Transparenz-Paket auf den Tisch, das aus Sicht der Grünen ein "großer, kompromissloser Wurf" ist, welcher "der Stärkung der Demokratie dient". Schon vor Beschluss der diesbezüglichen Gesetze verdeutlicht der Bundeskanzler durch vorbildlichen Stil der Gesprächsführung bei Interviews, was er unter der neuen Transparenz versteht.

Zum Interview des ORF-Brüsselkorrespondenten mit Bundeskanzler Kurz, gesendet auf Ö1 am 6.2.2020.

(27) Die neue Transparenz

Dialog

für einen Bundeskanzler und einen Reporter¹⁴

REPORTER: Herr Bundeskanzler, Sie haben in einem Hintergrundgespräch angeblich beklagt, dass Katzen zu viele Vögel fressen.

BUNDESKANZLER: Nein, das hab ich so nicht formuliert. Ich sagte aber, dass es katzenartige Haustiere gibt, die immer wieder versuchen, Exemplare jener Klasse der Wirbeltiere zu erhaschen, deren Vertreter als gemeinsame Merkmale unter anderem Flügel, eine aus Federn bestehende Körperbedeckung und einen Schnabel aufweisen. Und das ist ja, glaub ich, in Österreich immer mal wieder schon vorgekommen und in anderen Ländern auch.

REPORTER: Sagen Sie damit indirekt, dass Hauskatzen eine Gefahr für Vögel sind?

BUNDESKANZLER: Nein, das sag ich nicht, sonst hätt ich Ihnen das grad so gesagt.

REPORTER: Was wollen Sie dann damit sagen?

BUNDESKANZLER: Es gibt Ihre Möglichkeit Fragen zu stellen, und ich beantworte Ihre Fragen sehr gern und hab versucht sie zu beantworten. Wenn Sie noch weitere Fragen haben, können Sie die gern stellen.

REPORTER: Haben Sie volles Vertrauen in die heimischen Hauskatzen?

BUNDESKANZLER: Ich hab volles Vertrauen in die heimischen Haustiere in Summe.

REPORTER: Zur Präzisierung: Sie haben volles Vertrauen in die heimischen Haustiere in Summe. Das heißt, Sie nehmen die heimischen Hauskatzen aus diesem Vertrauen ausdrücklich aus?

BUNDESKANZLER: Ich bitt Sie, dass Sie mich nicht missinterpretieren, und ich glaube, dass das nicht ein guter Stil wäre, wenn Sie das täten.

Wie konnte es überhaupt zu dieser Koalition mit den Grünen kommen? Ich habe da meine ganz eigene Theorie zum Geschehen am Verhandlungstisch bei den Koalitionsgesprächen im Herbst 2019 ...

_

¹⁴ Um den vom jeweiligen Thema des Gesprächs unabhängigen Grad der Transparenz der Gesprächsführung dieses Politikers besonders eindrucksvoll erlebbar zu machen, habe ich im folgenden Dialog das Thema dieses Interviews verändert. Tatsächlich ging es nämlich darin nämlich nicht um Vögel fressende Katzen. Thema war vielmehr der von Kurz in einem Hintergrundgespräch geäußerte Vorwurf, bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft gebe es rote Netzwerke, die einseitig in Richtung ÖVP ermitteln. Alle *kursiv* gedruckte Passagen sind **wörtliche** Interview-Zitate.

(28) Was geschah an diesem Tisch?

Am Anfang saßen sie einander gegenüber. Am Ende waren alle um Basti versammelt. Die Frage ist nun: Wie kamen die Grünen über den Tisch? Viele Leute sagen, sie seien von Basti rübergezogen worden. Ich dagegen bin mir sicher: sie sind rübergekrochen.

Ja, ich muss gestehen, dass ich der Vorstellung eines von grünen Politikern regierten Österreich von Anfang an misstraute.

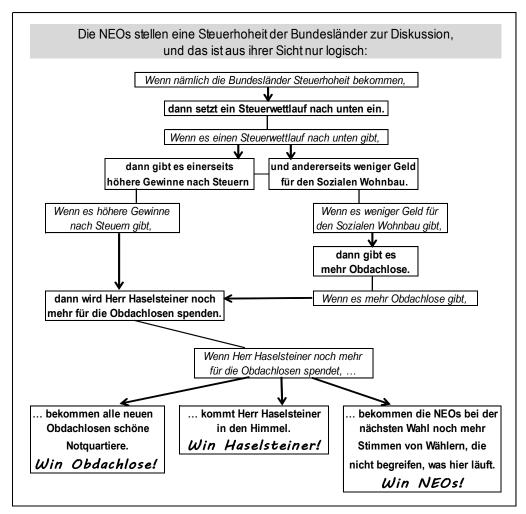
(29) Das kann doch nicht gut gehen!

Das Land der Hämmer in der Hand der Lämmer

Bei aller Skepsis gegenüber den Grünen war aber immer völlig klar, dass von den NEOS noch viel weniger zu erwarten war.

In der ORF-Pressestunde vom 13.10.2013 stellte der Klubobmann der vom Bau-Tycoon Haselsteiner gesponserten NEOs die Steuerhoheit der Bundesländer zur Diskussion.

(30) NEO- (liberale) LOGIK



... am Rande des Abgrunds

		Seite
(31)	Liberale Demokratie am Ende?	45
(32)	Kleiner Vorgeschmack	47
(33)	Wo beginnt der demokratische Unrechtsstaat?	48
(34)	Es geht schon wieder bergab	48
(35)	Sein Coup	49
(36)	Er hört sich selbst nicht zu	49
(37)	Beim Bühnenpersonal der Schmierenkomödie	50
(38)	Sie kennt keine Parteien mehr	52
(39)	Fallensteller	53

Nicht nur im Zwergenland sondern weltweit kracht es im Gebälk der liberalen Demokratie ...

Zu einem Artikel von Reinhard Heinisch in der Wiener Zeitung vom 5.9.2020 über die Dauerkrise der liberalen Demokratie

(31) Liberale Demokratie am Ende?

Reinhard Heinisch beginnt seinen Streifzug durch die internationale Literatur zur Krise der liberalen Demokratie mit einem Hinweis auf linke Demokratiekritik. Einer ihrer Repräsentanten ist der britische Soziologe Colin Crouch. Er vertritt laut Heinisch die These, die westliche Demokratie sei "zu einem reinen Spektakel verkommen. Werbestrategen und Kommunikationsexperten lenkten dabei unter Aufbietung aller PR-Tricks die Aufmerksamkeit der Wählerschaft auf Oberflächliches. Politische Inhalte wären weitgehend ausgeblendet und würden entweder von gutvernetzten Lobbys oder einem technokratischen Expertentum vorgegeben."

Da ist was Wahres dran. Und am Ende dieses Zitats geht's dann zum Kern der Sache: Das Spektakel bezweckt nicht bloß die einfache Ausblendung politischer Inhalte. Entscheidend ist vielmehr die **Hinlenkung** der politischen Willensbildung auf Forderungen und Inhalte, die kompatibel sind mit den ökonomischen Interessen des hinter den Politikerund Expertendarstellern stehenden Machtkartells.

Ergänzend ist hier auf die Funktion des **Rechtspopulismus** beim eben skizzierten Spektakel hinzuweisen. Er ist nämlich trotz seines heftigen Protests gegen dieses Schmierentheater selbst einer seiner Hauptdarsteller. Denn ihm kommt die Aufgabe zu, keine Fundamentalkritik an den ökonomischen Grundlagen jenes Machtkartells aufkommen zu lassen. Dies gelingt ihm, indem er die immer größer werdende Unzufriedenheit des Demos (Volk) mit der Kratos (Herrschaft) auf vermeintliche äußere und innere Feinde hinlenkt (Stichworte: Fremden- und Minderheitenhass, Bonzenkritik, usw.). Wenn er hierzulande dieses ihm vorgegebene Ziel verfehlt, wird er schnell zurückgepfiffen und durch einen machtkompatibleren **Salonpopulismus** der Marke 'Kurz' ersetzt. Ob derartiges Zurückpfeifen auch bei einem Trump so reibungslos glückt wie bei unserem HC, wird sich schon demnächst bei bzw. nach den US-Wahlen zeigen.

Eine zweite wichtige Ergänzung der These vom verkommenen Spektakel besteht im Hinweis auf den **Grund** für jene Degeneration der liberalen Demokratie. Heinisch bemerkt an diesem Punkt, dass linke Demokratiekritiker "die Ursachen vor allem im Siegeszug des Kapitalismus" sehen, "der nach dem Mauerfall konkurrenzlos agieren konnte." Würde die Linke wirklich so denken, läge sie völlig falsch. Tatsächlich verhält es sich nämlich genau umgekehrt: Ihre Hochblüte erlebte die liberale Demokratie in der Nachkriegszeit, als der durch keynesianische Wirtschaftspolitik gesteuerte Kapitalismus seinen Siegeszug feierte, indem er kontinuierlich für kräftiges Wachstum sorgte und so Spielraum für weitgehend konfliktlos erringbare Verteilungserfolge von Gewerkschaften und Sozialdemokraten

schuf. Denn in dieser Situation konnte man **Zuwächse** verteilen, **ohne** die in den Eigentumsverhältnissen liegende strukturelle Basis aller Ungleichheit von Lebensmöglichkeiten in Frage stellen zu müssen.

Je schlechter nun aber der Wachstumsmotor läuft, je offensichtlicher sich die unausweichliche Krisenhaftigkeit dieses Wirtschaftssystems zeigt, desto gefährlicher wird die Situation für die Eigentums- und Machtelite. Desto wichtiger werden für sie die Täuschungsmanöver der von ihr ausgehaltenen Expert*innen und die Ablenkungsbemühungen des gezähmten oder ungezähmten Rechtspopulismus. Hat der Demos in dieser dem Verfall preisgegebenen Demokratie überhaupt noch die Chance, einen offenen und fairen Kampf für seine Interessen zu führen? Muss er nicht viel eher auf sein historisches Recht pochen, jene zum Legitimationsspektakel verkommene Regierungsform mit ihren eigenen Waffen der Täuschung und Unehrlichkeit zu schlagen, um sie schließlich zu überwinden?

Ein Gedankenexperiment

Um deutlich zu machen, worauf ich hinaus will, drehe ich das Rad der Zeit kurz einmal nach vor bis zu einer der nächsten Finanz-, Umwelt- oder Gesundheitskatastrophen. Nehmen wir an, dass bei den dann stattfindenden Wahlen aufgrund einer neuerlichen Selbstausschaltung des Rechtspopulismus (Stichworte: Knittelfeld II, oder Ibbiza II) ein Bündnis von mittlerweile radikalisierten linken und grünen Parteien eine knappe Mandatsmehrheit im Parlament erringt. Und nehmen wir ferner an, dass dieses Bündnis ein Regierungsprogramm vorlegt, das alle grünen und linken Herzen höher schlagen lässt, aber den ökonomischen Interessen unseres dann noch immer die Strippen ziehenden Machtkartells widerspricht.

Man kann sicher sein, dass in dieser Situation der gesamte im Einfluss von Raiffeisen und co stehende und vom Annoncengeschäft abhängige Mediensektor sowie der weitaus größte Teil der durch einschlägige Drittmittel mitfinanzierten Hochschulexpert*innen aus allen ihnen zur Verfügung stehenden Rohren gegen das links-grüne Programm schießen. Und kaum hätte die neue Regierung erste gesetzliche Weichenstellungen zur Realisierung ihres Programms getroffen, würden sämtliche oberste Gerichtsinstanzen, angefangen von unserem Verfassungsgerichtshof bis hin zum Europäischen Gerichtshof, mit messerscharfer juristischer Logik darlegen, dass viele der geplanten Maßnahmen zentralen Paragraphen des Europäischen Rechts und unserer angeblich wunderschönen Verfassung widersprechen.

Müsste die links-grüne Regierung dann nicht in ihrem Verhalten gegenüber Medien, Hochschulen, Justiz- und EU-Institutionen zu Strategien und Tricks Zuflucht nehmen, die gar nicht so unähnlich jenem Verhalten sind, das derzeit von den rechts-autoritären Verfechtern des Modells einer illiberalen Demokratie praktiziert wird? Müsste sie nicht versuchen, Medien, Hochschulen und oberste Gerichte "umzufärben" und die EU-Institutionen im Paragraphendschungel des Europäischen Rechts im Kreis zu schicken?

Eine bittere Wahrheit und eine kleine Hoffnung

Vielleicht sollten wir Autokraten wie Orban etwas weniger wegen ihrer Missachtung formaldemokratischer Prinzipien kritisieren, dafür aber viel mehr wegen der wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitischen **Ziele** tadeln, die sie mit Hilfe dieser Strategie verfol-

gen. Und vielleicht zeigt sich an der Leichtigkeit, mit der sie die Grundsätze der liberalen Demokratie aushebeln, eine historische Wahrheit, um die wir uns gern herumdrücken möchten, weil die von dieser Regierungsform verkörperten Ideale so gut in unseren Ohren klingen. Wie alle Ideale gelten sie immer und ewig. Die bittere Wahrheit könnte aber lauten, dass die liberal-demokratische Form des Abgleichs unterschiedlicher Interessen nur für jene historischen Situationen taugt, in denen die vom jeweiligen Wirtschaftssystem kontinuierlich produzierte Verteilungsmasse groß genug ist, um die elementaren Bedürfnisse des größten Teils der Bevölkerung abzudecken.

Immer dann, wenn dies nicht der Fall ist, tun sich zwei Perspektiven auf: Entweder degeneriert die liberale Demokratie zu jenem eingangs skizzierten Legitimationsspektakel, das ständig in Gefahr läuft, von rechtspopulistischen Schmierenkomödianten bzw. scheinbar seriöseren Salonpopulisten gekapert zu werden. Oder es gelingt dem Demos im störrischen Beharren auf seinen vom System immer schlechter befriedigten Bedürfnissen neue Formen der gemeinsamen Willensbildung und Partizipation zu entwickeln, die den Übergang zu einem anderen Wirtschaftssystem ermöglichen. Im gewiss nicht sehr wahrscheinlichen, aber doch nicht ganz ausgeschlossenen Idealfall könnten diese innovativen demokratischen Elemente während der wohl stürmischen Übergangsphase in fruchtbare Konkurrenz zu den erstarrten Institutionen der liberalen Demokratie treten. Letztere wären dadurch herausgefordert sich zu erneuern und könnten so zu einem Bestandteil der sich neu konstituierenden Gesellschaftsordnung werden.

Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Zu einem Artikel im Kurier vom 2.10.2020

(32) Kleiner Vorgeschmack

In meiner letzten Notiz fragte ich mich, was wohl geschähe, wenn eines Tages eine linksgrüne Regierung ernsthafte Schritte zur gesellschaftlichen Transformation setzte. Ich gab mir selbst die Antwort, dass in diesem Fall einerseits die etablierte Wissenschaft und die Mainstream-Medien Sturm dagegen liefen und andererseits sämtliche oberste Gerichtsinstanzen ihr Veto dagegen einlegten, weil die geplanten Regelungen vermutlich zentralen Paragraphen des Europäischen Rechts und unserer angeblich wunderschönen Verfassung wiedersprächen.

Heute nun finde ich im Wirtschaftsteil des Kuriers einen ganzseitigen Bericht, der eine Ahnung davon vermittelt, was sich in der von mir ausgemalten Situation abspielen könnte. Gegenstand des Berichts ist ein Plan des burgenländischen Landeshauptmanns Doskozil. Dieser berüchtigte Linksextremist möchte nämlich im Zuge einer Raumordnungsreform festlegen, dass Flächen ab 100 Quadratmetern künftig nur vom Land Burgenland bzw. hundertprozentigen Tochtergesellschaften für die Produktion von Sonnenstrom genutzt werden dürfen.

Der Kurier informiert über dieses sinistere Vorhaben unter der Schlagzeile "Doskozil will Solarenergie verstaatlichen" und meldet sogleich, dass ein von der Solar-Branche beauf-

tragtes Rechtsgutachten über den Gesetzesentwurf "schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken" konstatiert. "Die Regelung verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz und wäre außerdem ganz klar unsachlich."

Der in dem Bericht in Dienstkleidung (Steireranzug) abgebildete Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands Photovoltaic Austria, Ex-ÖVP-Politiker Herbert Payerl, wird angesichts der geschilderten Pläne laut Kurier gar von der Sorge geplagt, dass sich "Orban-Legisten in Eisenstadt eingeschlichen" haben.

Eines der alarmierendsten Symptome für die Krise der liberalen Demokratie ist die kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung.

Dazu eine kurze Reflexion über den Begriff des "Unrechtsstaats", der 2014 in vielen Festreden anlässlich des 25jährigen Gedenkens an das mit dem Fall der Berliner Mauer verbundene Ende der DDR eine wichtige Rolle spielte.

(33) Wo beginnt der demokratische Unrechtsstaat?

Wer gegen ein Gesetz verstößt, das nicht von einem demokratisch gewählten Parlament beschlossen wurde, ist er kein Krimineller, sondern ein politischer Gefangener.

Wer gegen ein Gesetz verstößt, das von einem Parlament beschlossen wurde, das nur von 1% der Wahlberechtigten gewählt wurde, ist sicherlich auch ein politischer Gefangener.

Was ist, wer gegen ein Gesetz verstößt, das von einem Parlament beschlossen wurde, welches von 10%, 20%, oder 30% der Wahlberechtigten gewählt wurde?

Ab welchem Prozentsatz der Wahlbeteiligung kippt der demokratische Rechtsstaat in einen demokratischen Unrechtsstaat?

Bei der US-Präsidentschaftswahl des Jahres 1988 lag der Anteil der Wähler an allen Wahlberechtigten bei knapp 35%. Auch bei der jüngsten Parlamentswahl in Japan betrug die Wahlbeteiligung nur 35% ...

2015 beschäftigte mich dann dasselbe Thema anlässlich der in diesem Jahr abgehaltenen Wiener Landtagswahl

(34) Es geht schon wieder bergab

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht gibt es in Österreich seit 1907. Damals galt es nur für Männer, wodurch mehr als die Hälfte aller Personen im Wahlalter vom Wahlrecht ausgeschlossen war. Erst seit 1918 sind dann auch Frauen wahlberechtigt. In den letzten Jahren geht es aber wieder rapide bergab mit der Allgemeinheit des Wahlrechts. Bei der

aktuellen Gemeinderatswahl in Wien waren etwa in Rudolfsheim beinahe 40% aller Personen im Wahlalter nicht wahlberechtigt, weil sie nicht den richtigen Pass hatten.

Wie nahe die liberale Demokratie am Abgrund taumelt, erkennt man besten daran, wie die von ihr reden, die angeblich hinter ihr stehen.

Zum Ergebnis der Wiener Landtagswahl 2015

(35) Sein Coup

Der Wiener Bürgermeister zeigte im Wahlkampf nicht nur mit Worten Haltung und rückte auch angesichts steigender Flüchtlingszahlen nicht von einem den Menschenrechten entsprechenden Umgang mit den Asylsuchenden ab. Weil dieses Verhalten von den Wählern honoriert wurde, betitelt das profil die unmittelbar nach der Wahl erscheinende Ausgabe mit "Sein Coup" - und bestärkt damit seine Leser*innen einmal mehr in dem Verdacht, dass alle Politiker doch nur Spieler und Trickbetrüger sind. 15

Ich meine nicht, dass die mit dem Verweis auf einen 'Coup' eingeschlagene Interpretation gänzlich an den Haaren herbeigezogen ist, frage mich aber: Was müsste ein Politiker tun, damit sein Verhalten nicht als Ausdruck (hinter-)listiger Wahltaktik wahrgenommen wird? Oder anders gefragt: Wie verkommen muss ein politisches System sein, wenn sich seine Repräsentanten gleichsam per definitionem verkommen verhalten, weil die Bürger aufgrund leidvoller Erfahrung jedes beliebige Verhalten als verkommen wahrnehmen?

Zu einem Interview im Kurier vom 23.9.2016 mit dem Politologen Peter Filzmaier

(36) Er hört sich selbst nicht zu

Der Lieblingspolitologe der heimischen Medien glaubt zu wissen, was Ursache für die Unzufriedenheit der Wähler mit der Demokratie und der Politik ist: "Keine Wirtschaftsbranche könnte sich leisten, was die Politik macht: Nämlich durch ein Klima der Negativität, des permanenten Konflikts das Image einer ganzen Branche runterzumachen. Parteien konkurrieren selbstverständlich um Wählerstimmen. Es konkurrieren aber auch Tourismusgemeinden um Gäste genauso wie Handyhersteller um Kunden. Trotzdem sagt keine Tourismusgemeinde, in der anderen schwimmt man nicht in Thermalwasser, sondern in der Kloake."

_

¹⁵ Das Universal-Lexikon zur Bedeutung von "einen Coup landen": "Coup heißt wörtlich »Schlag, Stich«, steht in dieser Wendung jedoch für eine überraschend durchgeführte, verwegen-erfolgreiche Unternehmung: Die beiden kleinen Ganoven träumten davon, einen ganz großen Coup zu landen. - Der Ausdruck wird umgangssprachlich verwendet und steht häufig im Zusammenhang mit kriminellen Handlungen."

Filzmaier merkt nicht, dass sein eigenes Politikverständnis und seine auf diesem Politikverständnis fußenden Medienauftritte jene Denunzierung der Politik als eine umfassende Kloake auf die Spitze treiben. Wer nämlich politische Parteien mit Verkäufern von Waren und Dienstleistungen vergleicht, unterstellt ihnen ja implizit, dass sie in ihrem jeweiligen Programm nicht den Ausdruck ihrer Überzeugungen sehen, sondern eine Ware, die an den Mann gebracht werden soll. Wird aber Politik als Geschäft betrieben, haben wir es immer schon mit einem schmutzigen Geschäft zu tun, auch dann wenn keine Korruption im Spiel ist. Denn schmutzig ist allein schon die Behandlung von Überzeugungen als Waren.

Aber so wie jedes Volk die Politiker hat, die es verdient, haben wohl auch die Politiker stets die Politologen, die sie verdienen.

Zu einer Fernsehdiskussion am 14.2.2016

(37) Beim Bühnenpersonal der Schmierenkomödie

Der ORF lässt "Im Zentrum" über Populismus diskutieren. Eingeladen ist Personal von der politischen Hinterbühne, aus dem Kreis der professionellen Politik-Coaches und Politik-Beobachter. Nur der anwesende Spindoktor tritt in einer Doppelfunktion auf. Er heißt Stefan Petzner, war bis 2013 auch selbst einer der Darsteller des Spektakels und schwingt sich nun in seiner neuen Eigenschaft als Politik-Berater zu analytischem Gestus auf: der ungebührliche Reichtums- und Machtzuwachs der Eliten führe zu wachsenden Gefühlen der Deklassierung bei der ärmeren Restbevölkerung und ermögliche es den Populisten, mit diesen Gefühlen zu spielen.

Dem als Vertreter des links-liberalen Beobachterspektrums geladenen Kabarettisten fällt dazu nur ein, dass das gefährlich sei, weil man damit Hass schüre. Er vergisst aber zu erwähnen, dass besagtes Spiel besonders perfide ist, weil es jenen Hass auf gesellschaftliche Außenseiter projiziert, um vom zentralen gesellschaftlichen Konflikt zwischen der ökonomischen Macht und ihren Opfern abzulenken. Offensichtlich hat der Kabarettist das profil der Vorwoche nicht gelesen, in dem eindrucksvoll nachgewiesen wird, dass die Sachpolitik unserer populistischen Arbeiterpartei unter Strache noch unternehmerfreundlicher ausgerichtet ist als seinerzeit unter Haider. Der im profil zitierte Sozialstaatsexperte Emmerich Talos etwa kann sich "an kein einziges Sozialgesetz erinnern, bei dem die FPÖ im Sinne des sogenannten kleinen Mannes agiert hätte".

Es ist auch keiner der Diskussionsteilnehmer in der Lage, den Analysebogen etwas weiter zu spannen. So fragt zum Beispiel niemand, inwieweit das verantwortungslose Spielen mit unterirdisch brodelndem Hass hierzulande durch bestimmte historische Besonderheiten erleichtert wird. Etwa durch das nach 1945 als Reaktion auf den 12. Februar 1934 etablierte sozialpartnerschaftliche Ritual der Konfliktaustragung, dessen enges Korsett eine weitgehende Verdrängung aller mit Interessengegensätzen verknüpften Gefühle der Ablehnung verlangt. Weil man sich aber derartige Fragen nicht stellt, überlegt man auch nicht, inwieweit das Fehlen einer Kultur der offenen Konfliktaustragung die heimische Arbeiterbewegung zu einer besonders sorgfältigen Entfernung aller systemtranszendie-

renden Elemente aus ihrem politischen Zielkatalog zwang. Und weil das Thema der Selbstfesselung aus dem Gespräch ausgeklammert wird, spricht man auch nicht darüber, dass die mit ihr verknüpfte Konditor-Strategie (ein Stück des wachsenden Kuchens für den kleinen Mann) unweigerlich in die Hose geht, sobald das System an seine Wachstumsschranken stößt und den Rückwärtsgang einlegt.

Natürlich unterwirft sich das Bühnenpersonal der Politshow bei seiner Diskussion auch selbst jenem Tabu der Systemtranszendenz. Man kann daher nur hilflos darüber klagen, dass sich heutzutage die nichtpopulistischen Parteien in gegenseitiger Kritik zerfleischen anstatt positive Ziele zu verfolgen. Ja wie sollen sie denn, wenn dieses System positive Ziele nur durch Wachstum bedienen kann, aber nun keines mehr hergibt? Und wenn sich die inneren Widersprüche jenes Systems so sehr zugespitzt haben, dass jeder Versuch der geradlinigen Verfolgung eines Zieles die Erreichung von drei weiteren, ebenso wichtigen Zielen torpediert? Unterwirft man sich diesen Widersprüchen, ist eben nichts anderes mehr möglich als ein von faulen Kompromissen und wechselseitiger Wadelbeißerei begleitetes Durchwurschteln.

In einer solchen Situation ist es dann auch leicht, alles konsequente Beharren auf Arbeitnehmerinteressen als Linkspopulismus zu verteufeln, weil jede einschlägige Forderung
allzu offensichtlich an Systemschranken stößt und damit ebenso realitätsfern scheint wie
manch haltloses Versprechen der rechten Populisten. Ob störrisches Negieren der Grenzen
des Bestehenden vielleicht die Bereitschaft zu ihrer Überschreitung signalisiert, und ob im
Vorhandensein bzw. Fehlen dieser Bereitschaft die Scheidelinie zwischen schlüssiger und
populistischer Linkspolitik liegt - ja das wären interessante Fragestellungen für eine Populismus-Diskussion. In der Diskussion 'im Zentrum' spielen sie aber keine Rolle. Ernsthafte
Analyse gehört nicht zur Kompetenz des Bühnenpersonals der Schmierenkomödie.

Und so hat die Diskussion ihren stärksten Moment dort, wo der Spindoktor gefragt wird, ob er als Wahlkampfleiter für Haider je moralische Bedenken gegen das Schüren von Hassgefühlen beim Wahlvolk empfunden habe. Moral, doziert er, sei das Thema der journalistischen Wahlkampfkommentatoren. Die Aufgabe des Spindoktors dagegen bestehe ausschließlich in der Maximierung der Stimmen für seinen Kandidaten. Beim überwiegenden Teil des Publikums der Diskussion stellt sich vermutlich spätestens im Augenblick dieses Eingeständnisses Ekel über alles Politische ein. Das wieder ist super für die Schmierendarsteller und das von ihrem Erfolg lebende Bühnenpersonal. Denn Ekel ist jener Gefühlszustand, der zur Wahlenthaltung führt. Und Wahlenthaltung schadet viel eher den 'etablierten' Parteien als ihren populistischen Herausforderern.

Ein politisches System ist nie bloß deshalb am Ende, weil es von äußeren oder inneren Gegnern bekämpft wird. Am gefährlichsten werden ihm stets die, die es am vehementesten verteidigen ...

Zu einem Artikel von Isolde Charim in der Wiener Zeitung vom 10./11.12.2016

(38) Sie kennt keine Parteien mehr

Immer dann, wenn jemand keine Parteien mehr kennen will, werde ich hellhörig. Denn dann muss ich an Kaiser Wilhelm II. denken, der beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Repräsentanten aller im Reichstag vertretenen Parteien um sich versammelte und in einer Thronrede erklärte: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!" In der Folge stimmten die zuvor antimilitaristisch und pazifistisch orientierten Sozialdemokraten fast geschlossen für die zur Kriegsführung benötigten Kriegskredite.

Nun ist es wiedermal so weit. In der Wiener Zeitung erklärt uns Isolde Charim in einem euphorischen Rückblick auf die Van der Bellen-Wahlbewegung, dass es jetzt an der Zeit sei, die Parteien zu vergessen. "Bislang kannten wir Parteipolitik. Das ist eine Politik entlang von inhaltlichen Vorgaben ... Es ist dies eine Politik von erkämpften (oder zu erkämpfenden) gesellschaftlichen Positionen." Wer wissen will, was daran so schlecht sein soll, wird aufgeklärt, dass sich besagtes Politikkonzept der auch vom Rechtspopulismus vertretenen "Freund-Feind-Logik" unterwerfe. Diese Logik aber totalisiere das Feld der Politik. Sie "zwingt diesem die Kategorien Freund-Feind auf. Da gibt es nur entwederoder ... Aber: Demokratie ist nicht das Setting für solch eine Logik. Mehr noch: Die Freund-Feind-Logik bildet die äußere Grenze und damit die Gefährdung der Demokratie."

An dieser Analyse ist nur der letzte Satz richtig - und auch das bloß in einer von Charim nicht intendierten Lesart: Demokratie ist das Bemühen, eine gewalttätige Raubtierökonomie, die systematisch Feindschaft erzeugt, durch ein auf Diskurs und Kompromissbildung fußendes Regime der Konfliktaustragung zu zähmen. Dieser Versuch ist so etwas wie ein zivilisatorischer Dressurakt - und damit tatsächlich immer schon in gänzlich unaufhebbarer Weise **gefährdet**. Wer die "Überparteilichkeit ... zur neuen Parteilichkeit" erklärt und dabei mit keinem Wort unsere in Ausbeuter und Ausgebeutete, Sieger und Verlierer spaltende Ökonomie erwähnt, trägt nicht bei zur Minderung dieser Gefahr. Im Gegenteil: Wer so argumentiert, bestärkt bei den Opfern dieser Ökonomie die dumpfe Ahnung, dass Demokratie ja doch nur eine verlogene Veranstaltung der politischen Eliten und ihrer Lügenmedien zur Beschwichtigung von berechtigter Wut sei, weshalb man es ruhig wieder einmal mit einer autoritären Lösung probieren sollte.

Auch nach einer anderen Seite hin leistet die von Charim entfaltete Argumentation der Demokratie einen schlechten Dienst:

Jede am emanzipatorischen Ideal einer herrschaftsfreien Gesellschaft orientierte Analyse von sozio-ökonomischen Antagonismen bewegt sich selbstverständlich immer auch ein Stück weit in der Freund-Feind-Dimension. Sie stempelt dabei aber niemanden per Geburt, Herkunft, Rasse oder Sprache zum Feind, sondern macht allfällige Gegnerschaft immer nur an bestimmten veränderbaren Verhaltensweisen fest. Wer diese Art von Parteilichkeit von vornherein als demokratiegefährdend denunziert, verrichtet ungewollt Vorarbeit für jene, die im vorgeblichen Interesse einer Verteidigung der Demokratie die Grenzen der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit immer enger ziehen wollen, weil "Demo-

kratie" in ihren Augen nur das Codewort für reibungslose Kapitalverwertung ist und **tat- sächlich gelebte Demokratie** sich eines Tages als größte Gefahr für eine solche "Demokratie" erweisen könnte.

Zum Leitartikel im Kurier vom 19.11.2019

(39) Fallensteller

Vor dem Hintergrund des im Gefolge von Ibiza aufpoppenden Sittenbilds der heimischen Kultur des Postenschachers gibt Daniela Kittner im Kurier einen sehr plausiblen Rückblick auf die Geschichte des Proporz: Ursprünglich war er eine der Lehren, die ÖVP und SPÖ nach 1945 aus Bürgerkrieg und Austrofaschismus zogen: "Keine Partei sollte überproportional im Staatsapparat vertreten sein, ein Parteiengleichgewicht sollte die Demokratie festigen." Bis in die achtziger Jahre hinein hatte er dann eine gesellschaftsstabilisierende Wirkung. Denn die heimische Wirtschaft war bis zu jener Zeit eine klassische "National-Ökonomie" mit hohem Staatsanteil und geschützten Märkten, in der die Sozialpartner lenkend auf Preise, Löhne und die Geldpolitik Einfluss nehmen konnten. Daniela Kittner ist auch zuzustimmen bei ihrer Feststellung, dass es "diese Welt des geschlossenen österreichischen Systems" heute nicht mehr gibt, und dass wir in einer Welt des globalisierten Konkurrenzkampfs leben, "in der sich von den Schülern angefangen jede und jeder internationalen Benchmarks, PISA-Studien und Produktivitätsvergleichen stellen muss."

Zurückweisen möchte ich aber die von ihr aus dieser Situationsbeschreibung abgeleitete Schlussfolgerung. Denn die besagt, dass in dieser neuen Welt des globalisierten Konkurrenzkampfs "eine Personalrekrutierung wie in den 1950er-Jahren vielleicht doch etwas outgedatet (ist)" und dass die Grünen jetzt "die Jahrhundertchance (haben), das zu tun, was die FPÖ zwar stets versprochen, aber nie gehalten hat: zumindest auf Bundesebene das Postenschachern abzustellen."

Das klingt unheimlich überzeugend, ist aber eine Falle! Man muss sich nämlich fragen, wer denn dann nach welchen Kriterien die zu besetzenden Posten vergeben wird. Die Antwort ist ernüchternd: Es werden dann (im besten Fall!) interne und externe 'Experten' bestimmen, die ihr Expertentum in den Kaderschmieden jener ökonomischen Leitkultur erworben haben, welche gerade dabei ist, den gesamten Planeten an die Wand zu fahren.

Wenn man (bloß zum Spielen!) einmal kurz annimmt, dass es den Grünen ein Anliegen ist, gegen die Herrschaft dieser Leitkultur anzukämpfen, dann müssen sie weiterhin auf sehr altmodische Weise um jeden Posten ringen - in der vagen Hoffnung, dass sie dies nicht nur für die Karrierist*innen des eigenen Lagers tun, sondern dabei auch den einen oder anderen kritischen Geist in Stellung bringen können, der sich nicht sofort und umstandslos jenen scheinbar unausweichlichen 'Sachzwängen' unterwirft, die besagte Leitkultur täglich über alle Medienkanäle von A (wie Angebotspolitik) bis Z (wie Zinsentief) für uns durchbuchstabiert.

Apropos Fallenstellen: einer der gefährlichsten Steller einschlägiger Fallen ist Franz Fiedler, Ehrenpräsident des Beirats von Transparency International Österreich. In einer ORF-

Diskussion zur Postenschacher-Thematik spricht er sich dagegen aus, dass politische Wechsel an der Spitze von Ministerien auch zu entsprechenden politischen Umfärbungen bei den in deren Einflussbereich stehenden Unternehmen führen. "Denn dann werden in Wahrheit nicht die Interessen des Eigentümers, der Republik, sondern einer politischen Partei zum Durchbruch kommen."

Diese Begründung lässt tief blicken auf das Staats- und Politikverständnis bei Transparency International. Auf der einen Seite verklärt Fiedler hier den Staat zur frei über allen Sonderinteressen schwebenden Agentur eines fiktiven Allgemeininteresses. Und auf der anderen Seite negiert er die Möglichkeit, dass die von einer politischen Partei vertretenen Ziele so etwas wie ein gesamtgesellschaftliches Interesse verkörpern könnten. Ob dies im Einzelfall zutrifft, muss natürlich diskutiert werden. Man darf es aber doch nicht von vornherein ausschließen - und mit diesem Ausschluss den Parteien prinzipiell das Recht absprechen, dem von ihnen jeweils vertretenen Anliegen durch entsprechende Personalpolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Wer so argumentiert, gibt sich als Agent jener Sonderinteressen zu erkennen, die sich hinter einer an 'Sachzwängen' orientierten 'Sachpolitik' verstecken, welche dem fiktiven Allgemeininteresse "der Republik" zu dienen vorgibt.

... mit unbewältigter Vergangenheit

	Seite
(40) Wir hatten keinen eigenen Faschismus	56
(41) Anerkennung oder Erkennung?	58
(42) Totes Gedenken	58
(43) Danke für die Klarstellungen	59
(44) Recht gschicht eana	59
(45) Auch Herr Kurz liebt es ordentlich	60
(46) Nur ein paar Schritte	60
(47) Dieser Schoß ist fruchtbar noch	61
(48) Sobotka sorgenvoll	62
(49) Was wir vergessen sollen	64

Im November 2014 wurde im Wien Museum im Rahmen einer Podiumsdiskussion ein Buch mit dem Titel "Der Dollfuß-Mythos" vorgestellt. Am Podium saßen die Autorin, Lucile Dreidemy, der Zeitgeschichtler Oliver Rathkolb, der Nationalratspräsident i.R. Andreas Khol sowie Alexandra Föderl-Schmid vom Standard als Moderatorin. Zunächst präsentierte die Autorin ihr Buch, in dem sie die These vertritt, dass das bürgerliche Lager seit der Ermordung des Diktators im Verlauf des Nazi-Putsches an einer Legende stricke, welche Dollfuß als einen für Österreich gefallenen Märtyrer glorifiziere. Darauf replizierte der Nationalratspräsident i.R., dass von einer solchen Mythologisierung keine Rede sein könne, weil man mittlerweile, nicht zuletzt aufgrund seines eigenen Engagements, zu einem sehr differenzierten Dollfußbild gefunden habe.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen auf dem Podium kam es zu einer angeregten Diskussion mit dem Saalpublikum. Sie ist vielleicht etwas anders abgelaufen, als ich es im Folgenden notiert habe. Möglicherweise sogar ziemlich anders. Ganz sicher aber hat sie sich genau so angefühlt.

(40) Wir hatten keinen eigenen Faschismus

Dramolett

für einen Nationalratspräsidenten i.R., eine Phalanx von Historikern, zwei Stimmen aus dem Publikum und einen unsichtbaren Chor

DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Ich verwahre mich gegen die Phalanx hier auf dem Podium und gegen die Unterstellungen in diesem Buch. Für die österreichische Volkspartei gibt es da keine Legendenbildung. Wir haben unser Verhältnis zu Dollfuß in Ordnung gebracht. Sein Bild hängt zwar noch immer in unserem Parlamentsklub. Aber darunter hängt jetzt eine Tafel, auf der seine wichtigsten politischen Fehler festgehalten sind. Er war kein Faschist, hat aber das Parlament ausgeschaltet, als Diktator regiert und so weiter.

NAIVE STIMME AUS DEM PUBLIKUM: Herr Kohl, Sie gestehen zu, dass Dollfuß das Parlament ausgeschaltet und als Diktator regiert hat. Wieso war er dann kein Faschist?

ERFAHRENE STIMME AUS DEM PUBLIKUM: Bitte nicht! Das diskutieren wir jetzt seit zwanzig Jahren!

DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Der Faschismus ist das Böse schlechthin mit Konzentrationslagern und so weiter. Ich kann Ihnen da ein Buch nennen, wo alle Kriterien ganz genau aufgelistet sind. Dollfuß war nur ein Kind seiner Zeit, das die Fehler seiner Zeit gemacht hat. Er war aber kein Faschist.

ERSTER HISTORIKER AUS DEM PUBLIKUM: Muss man nicht von Faschismus sprechen, wenn es doch auch im Heimwehrstaat Anhaltelager gab?

- DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Nein, das muss man nicht, weil Faschismus ist etwas absolut Grausliches und Dollfuß war ein Märtyrer. Im Unterschied zu Karl Renner. Der hat den Krieg gemütlich in Gloggnitz ausgesessen. Und trotzdem hab ich dafür gesorgt, dass für ihn eine Ehrentafel im Parlament angebracht wird. Sie sehen also, ich gönne auch Ihnen Ihre Säulenheiligen. Bitte lassen Sie doch die unseren in Frieden ruhen.
- ZWEITER HISTORIKER AUS DEM PUBLIKUM: Das Klerikale war der wesentliche Kitt, mit dem Dollfuß die Gesellschaft zusammenhalten wollte. Könnte man ihn da nicht vielleicht einen Klerikalfaschisten nennen?
- DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Nein, das kann man nicht, weil Faschismus ist das Böse schlechthin und Dollfuß war nur ein Kind seiner Zeit. Lesen Sie die Tafel unter seinem Bild in unserem Parlamentsklub. Unser Verhältnis zu ihm ist sauber.
- DRITTER HISTORIKER AUS DEM PUBLIKUM: Dollfuß regte am 12. Februar 1934, die Vergasung der streikenden Arbeiter des Gaswerks an. Wenn das nicht absolut böse ist ...?
- DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Er war eben ein Kind seiner Zeit und machte die Fehler seiner Zeit.
- DER HISTORIKER AUF DEM PODIUM: Rings um Österreich gab es damals faschistische Bewegungen und Staaten. Der Dollfuß wollte sich da halt einreihen und hat sich die eine oder andere Anleihe genommen. Man sollte also vielleicht von einem Imitationsfaschisten sprechen.
- DER NATIONALRATSPRÄSIDENT I.R.: Nein, sollte man nicht. Denn Dollfuß war ehrenwert und ist als Märtyrer gestorben.

Schon während der letzten Worte des Nationalratspräsidenten i.R. beginnt der unsichtbarer Chor im Hintergrund leise und sehr gefühlsbetont mit dem Gesang der Bundeshymne – dem Anlass entsprechend natürlich in der Gabalier-Version (Heimat bist Du großer Söhne …). Der Nationalratspräsident i.R. steht auf, nimmt Haltung an und beginnt mitzusingen. Nach und nach erheben sich auch die anderen Podiumsteilnehmer sowie das gesamte Publikum und fallen zuerst zögernd, dann immer lauter werdend, in den Chor ein. Währenddessen verdunkelt sich die Bühne langsam bis zur totalen Finsternis. Vorhang.

Gestört ist nicht nur unser Verhältnis zum kleinen, hausgemachten Faschismus. Auch unserer Mitverantwortung für den großen deutsch-österreichischen Faschismus wollen wir uns noch immer nicht mit der nötigen Konsequenz stellen.

(41) Anerkennung oder Erkennung?

Der Kurier berichtet, dass das viel diskutierte neue Buch des deutschen Altkanzlers Kohl scharfe Kritik an politischen Weggefährten - und **anerkennende** Worte für Österreichs Ex-Bundespräsidenten Kurt Waldheim enthalte. Kohl sagt nämlich, "er sehe in Waldheim einen 'anständigen Mann, der viel zu feig war um unanständig zu sein' ..."

Wenn der auf seine politisch korrekte Vergangenheitsbewältigung sehr stolze Kurier dieses Urteil als Anerkennung interpretiert, hat er aus der ganzen Waldheim-Debatte nichts gelernt. Denn in der ging es ja genau darum, dass Waldheim zuerst zu feig war, sich gegen das aufzulehnen, was ihm von einem verbrecherischen Regime als 'Pflicht' auferlegt wurde, und nach dem Ende dieses Regimes dann auch noch sich selbst gegenüber zu feig war, um sich diesen Fehler einzugestehen.

Zu den alljährlichen Gedenkveranstaltungen in Konzentrationslagern

(42) Totes Gedenken

Am 10.5.2015 zeigt ORF III einen Live-Bericht von der "Internationalen Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen". Beim Zusehen stellt sich das starke Empfinden ein, keiner lebendigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beizuwohnen, sondern einer ritualisierte Beschwörung von etwas, das so sehr entrückt und damit tabuisiert ist, dass jeder Versuch der Belebung des Gedenkens wie eine **Blasphemie** erscheinen müsste. Wer das nicht glaubt, male sich aus, wie wohl das offizielle Österreich reagieren würde, wenn jemand eine solche Belebung mittels zeitgemäßer Aktionskunst¹⁶ erzielen wollte.

Zum Beispiel mit einer Performance, bei der die festungsartige Anlage des KZ-Mauthausen zur Festung Europa wird, die den Hintergrund für ein Orgien-Mysterien-Spiel der besonderen Art bildet. Ein Spiel, bei dem die diese Festung bewachenden Schergen die Masken europäischer Spitzenpolitiker (Regierungschefs, Innenminister, ...) tragen, und bei dem Massen von Flüchtlingen, dargestellt durch reale Asylwerber, die Festung zu stürmen versuchen. Sie werden von deren Wächtern mit Paintball-Gewehren abgewehrt, und wer es dennoch schafft, die Mauern zu überwinden, wird von ihnen zum Verhör über die Gründe seines Asylbegehrs geschleppt. Wer das Verhör besteht, darf bleiben und arbeitet danach im Steinbruch. Wer nicht besteht, wird abgeschoben. Davor muss er sich aber seiner Kleider entledigen und zum "Duschen" anstellen.

Der schärfste Protest gegen eine solche Form des Gedenkens käme vermutlich von der FPÖ. Hier würde die genetisch fixierte Abneigung gegen moderne Kunst mit dem nicht weniger tief sitzenden Fremdenhass zu einer ehrlich empfundenen Empörung verschmelzen, die man aus voller Kehle herausschreien könnte, weil sie ja politisch hochkorrekt

_

¹⁶ Man denke etwa an das Berliner Künstlerkollektiv "Zentrum für politische Schönheit", das die Körper zweier im Mittelmeer Ertrunkener nach Deutschland holte, um sie dort zu bestatten.

wäre. Wahrscheinlich würde sich eine überparteiliche Protestplattform bilden, die eine Spannweite von der FPÖ über den Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer bis hin zur KPÖ hätte. Auch der Bundespräsident müsste in tiefer Besorgnis das Haupt schütteln. Allein die Stellungnahme der SP-Spitze käme eigentümlich gequetscht daher. Die könnte nämlich nur schwer ihre Freude darüber unterdrücken, dass nun endlich auch der linke Parteiflügel die Notwendigkeit einsieht, unter bestimmten Bedingungen Koalitionen mit den Rechtspopulisten einzugehen.

Der Zusammenhang zwischen KZ und Flüchtlingen ist gar nicht so weit her geholt, wie es auf den ersten Blick aussehen mag.

Zu einer Zeitungsmeldung vom 3.3.2017

(43) Danke für die Klarstellungen

Zur Verbesserung der "Rückkehrquoten" fordert EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos "Anhaltelager" für Personen, "die sich weigern könnten, in ihre Heimat zurückzukehren oder sich unkooperativ zeigten." Er möchte aber, dass "diese Lager nie als Konzentrationslager gesehen werden."

Danke Herr Kommissar, dass Sie etwas klarstellen, das offenbar nicht selbstverständlich ist.

Und danke vor allem für die Klarstellung, dass das, was hier klargestellt wird, 72 Jahre nach der Befreiung vom KZ-Regime schon wieder nicht mehr selbstverständlich ist.

Auch die Linke wird von unbewältigter Vergangenheit eingeholt. In hilfloser Empörung protestiert sie gegen ein in Linz stattfindendes Treffen, bei dem Vertreter der rechten Szene über die "Verteidigung Europas" beratschlagen.

Zu einer Veranstaltung in Linz am 29.10.2016

(44) Recht gschicht eana

Bei ihrer Geburt im stürmischen Jahr 1848 war die Arbeiterbewegung universalistisch orientiert und wendete sich daher an die "Proletarier aller Länder". Schon 1914 ließ man sich aber vor die verschiedenen nationalen Karren spannen, um dem jeweiligen Vaterland zum Sieg zu verhelfen. Zwei Weltkriege später besannen sich die Arbeiterparteien dann wieder auf den Internationalismus. Ihre Vertreter verwechselten dabei jedoch die Welt mit

Europa und mutierten zu "glühenden Europäern". Nun präsentiert ihnen eine auf der Höhe unserer Zeit agierende Rechte die Rechnung für diesen Irrtum. Europa ist eben nicht die Welt, sondern bloß das neue Vaterland im Zeitalter der Globalisierung, in dem nicht mehr einzelne Staaten sondern supranationale Machtblöcke mit einander konkurrieren. Wer einst bloß glühender Europäer wurde, anstatt zu begreifen, dass Internationalismus glühendes Weltmenschentum meint, der wird nun auf dem falschen Fuß erwischt von jenen, die dieses Europa gegen das Einströmen fremder Völker, Kulturen und Werte verteidigen.

Glücklicherweise hat zumindest unser Bundeskanzler ein ordentliches Verhältnis zum alten und neuen Faschismus.

Zu einer Aussage von Bundeskanzler Kurz anlässlich der Kür von Manfred Weber zum Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei bei der nächsten EU-Wahl

(45) Auch Herr Kurz liebt es ordentlich

Sebastian Kurz in der ZIB 1 vom 9.11.2018: "Manfred Weber steht für ein starkes Europa, hat ein **ordentliches** Wertefundament, ist gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union und für eine **ordentliche** Sicherung unserer Außengrenzen."

Ich hoffe inständig, dass das, was der Herr Bundeskanzler unter einem ordentlichen Wertefundament und einer ordentlichen Sicherung unserer Außengrenzen versteht, möglichst wenig zu tun hat mit jener Form von Ordentlichkeit, die einst zu der "ordentlichen Beschäftigungspolitik" führte, von der unser seliger Jörgl schwärmte.

Wer ordentlich ist, schützt die Ordnung.

Zu einem Kommentar im Standard vom 13.3.2019

(46) Nur ein paar Schritte

Angesichts des Versuchs von Türkis-Blau, den Haftgrund "Gefährdung der öffentlichen Ordnung" in der Verfassung zu verankern, erinnert Peter Pilz zunächst daran, dass die Schutzhaft eines der Markenzeichen des Dollfuß-Regimes war, um dann folgende Warnung auszusprechen: "Es ist ein Weg raus aus Europa und ab nach Visegräd. Raus aus der Charta der Grundrechte und rein in erste Ausnahmezustände".

Und der Weg ist nicht so weit, wie wir immer dachten. Es sind offenbar nur ein paar Schritte vom **Ständestaat** in den **Ausnahmezuständestaat**.

Wenn es ihnen auch nicht gelingt, so bemühen sich doch alle Österreicher*innen um ein ordentliches Verhältnis zur Vergangenheit. Ganz besonders aber die Bewohner*innen einer Stadt, die völlig unverdient unter trauriger Berühmtheit leidet.

Ein (selbstverständlich) nicht veröffentlichter Leserbrief zu einem Kommentar im profil

(47) Dieser Schoß ist fruchtbar noch

Im profil vom 13.6.2016 klagt der Initiator des österreichischen Gedenkdienstes darüber, dass Braunau als Geburtsort von Adolf Hitler trotz vieler gut gemeinter Initiativen noch immer unter dem Stigma des "Geburtsorts des Bösen" zu leiden habe. Dabei ist die Sache doch so einfach. Anstatt sich den Kopf über weitere einschlägige Aktivitäten zu zerbrechen, muss man ja nur darauf verweisen, dass die Menschen dieser Region ihre Lektion aus den schrecklichen Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit gelernt haben, was glasklar daraus hervorgeht, dass man ein Herz für Flüchtlinge zeigt und bei allen Wahlen den Vertretern präfaschistischen Gedankenguts eine deutliche Absage erteilt.

UUpps! Geht so leider nicht. Bei der letzten Bundespräsidentenwahl stimmten 53,1% der Braunauer Wähler*innen für den FPÖ-Kandidaten und lagen damit nicht nur weit über dem entsprechenden Landesdurchschnitt (48,7%), sondern übertrafen sogar Ried im Innkreis, die Stadt der berüchtigten Aschermittwochsreden von Haider und Strache. Dort erreichte Hofer nämlich nur 47,5%. Und auch beim Thema Flüchtlinge sieht es nicht besser aus. Laut einem Zwischenbericht von Landesrat Anschober haben im Februar 2016 nur mehr 33% aller oberösterreichischen Gemeinden noch keine Quartiere für Asylwerber im Bezirk Braunau sind es 39%, und auch auf dieser Ebene liegt man deutlich hinter dem Bezirk Ried, wo bloß 28% der Gemeinden säumig sind.

Ja wenn das so ist, liebe Bewohner*innen der Region Braunau, werdet Ihr wohl noch viel Gehirnschmalz und Geld aufwenden müssen, um Euren ach so unverdienten schlechten historischen Ruf loszuwerden.

Trotz des einen oder anderen Problemchens mit unserer eigenen Vergangenheitsbewältigung achten wir doch mit vorbildlicher Strenge darauf, dass wir uns nicht durch Zuwanderung einen neuen Antisemitismus ins Land holen.

Zur Präsentation der Antisemitismus-Studie 2018 durch Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka und Staatssekretärin Karoline Edtstadler

(48) Sobotka sorgenvoll

Die kontinuierliche sozialwissenschaftliche Beobachtung der Entwicklung des Antisemitismus in unserem Land ist in Zeiten einer weltweiten Hochkonjunktur xenophober und autoritärer Einstellungsmuster von größter Bedeutung. Und selbstverständlich muss diese Beobachtung angesichts des explosiven Konflikts zwischen Israel und einem erheblichen Teil der Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ganz besonderes Augenmerk auf die Ermittlung von Stärke und Art des Antisemitismus bei den muslimischen Zuwanderern legen. Werden diesbezügliche Beobachtungsergebnisse allerdings durch 'Antifaschisten' vom Schlage eines Wolfgang Sobotka und einer Karoline Edtstadler¹⁷ präsentiert, dann schrillen bei mir einige Alarmsirenen.

Möchte man sich womöglich bei der befreundeten rechtspopulistischen Regierung Israels einschleimen, damit sie endlich ihre Sperre von Kontakten zum blauen Koalitionspartner aufgibt? Oder geht es etwa um eine neue Schmutzkübelkampagne gegen die muslimischen Zuwanderer als Begleitmusik zum derzeit noch im Stadium der Vorbereitung befindlichen Verfassungsputsch (Stichwort: Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber)? Der letztgenannte Verdacht wird durch den Umstand bestärkt, dass Sobotka bei seiner Vorstellung der aktuellen Antisemitismus-Studie des IFES mit besonders sorgenvollem Gesichtsausdruck auf eine erhöhte Antisemitismusanfälligkeit von türkisch bzw. arabisch sprechenden Menschen hinwies, was im Online-Auftritt der Kronen Zeitung sofort zu einer entsprechend sorgenvollen Schlagzeile führte ("JUDENHASS VOR ALLEM UNTER ZUWANDERERN AUSGEPRÄGT").

Zur Überprüfung des eben skizzierten Ausgangsverdachts begab ich mich auf die eigens für die Präsentation der Studie eingerichtete Webseite, um mich über die Methodik der Untersuchung zu informieren. Wie dem dort abrufbaren Studienbericht zu entnehmen ist, ermittelte man den Antisemitismus anhand des Grads der Zustimmung zu einer größeren Anzahl von vorgegebenen antisemitischen Stereotypen, welche sich auf sieben Dimensionen bzw. Spielarten des Antisemitismus beziehen. Es handelt sich dabei um

- den traditionellen Antisemitismus, bei dem es vor allem um das Bild von den Juden als übermächtiger Instanz geht,
- den sekundären Antisemitismus, der Juden ein Ausnützen der Opferrolle unterstellt,
- den Vorwurf der Assimilationsverweigerung
- den im engeren Sinne rassistischen Antisemitismus
- die Holocaust-Leugnung

- den religiös bestimmten Antijudaismus
- und den israelbezogenen Antisemitismus.

Offiziell wurde die Studie durch Sobotka vorgestellt. Edtstadler versendete aber schon zwei Wochen vor dem Präsentationstermin eine Vorinformation, in der sie schwerpunktmäßig auf die weite Verbreitung des "Antisemitismus bei Menschen, die zu Hause Türkisch oder Arabisch sprechen", hinwies.

Vor dem Hintergrund meines eingangs geschilderten Argwohns wollte ich vor allem wissen, wie die Autoren der Studie mit der vermutlich gerade bei muslimischen Menschen höchst relevanten Dimension des israelbezogenen Antisemitismus umgehen. Betrachtet man jede Kritik an der Politik des Staates Israel als Ausdruck von zugrunde liegendem Antisemitismus? Oder hält man es für möglich, dass derartige Kritik auch Resultat einer nicht-antisemitischen Einstellung zu Israel sein kann?

Laut Studienbericht sind dem fraglichen Thema die folgenden drei von den Befragten zu bewertenden Stellungnahmen gewidmet:

- "Wenn es den Staat Israel nicht mehr gibt, dann herrscht Frieden im Nahen Osten."
- "Die Israelis behandeln die Palästinenser im Grunde genommen auch nicht anders als die Deutschen im Zweiten Weltkrieg die Juden."
- "Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat".

Jeder dieser drei Sätze spricht ein reales Problem an, bemüht sich aber nicht um eine ausgewogene Auseinandersetzung mit ihm und ist deshalb zweifellos Ausdruck eines antisemitischen Einstellungsmusters. Die genannten Stellungnahmen sind daher als solche prinzipiell geeignet zur Ermittlung eines etwa vorhandenen israelbezogenen Antisemitismus. Was hier aber völlig fehlt, ist die Vorgabe von israelbezogenen Sätzen, in denen sich eine nicht-antisemitische Israelkritik äußern kann. Dadurch wurden vermutlich viele Befragungsteilnehmer, denen solche Kritik unter den Nägeln brennt, dazu verleitet, gleichsam 'mit Bauchweh' einem oder mehreren der eben zitierten antisemitischen Statements zuzustimmen.

Ich komme daher zu folgendem Urteil über das der vorliegenden Studie zugrunde liegende Konzept eines "isrealbezogenen Antisemitismus": Dieses Konzept klammert durch die Art seiner Operationalisierung von vornherein aus, dass es so etwas wie eine nichtantisemitische Israelkritik gibt. Ließe man nämlich offen, ob ein derartiges Einstellungsmuster existiert, müsste man den Befragten Sätze präsentieren, die es messen können. Es gäbe dann wohl eine Reihe von Interviewpartnern, die nur diesen Sätzen zustimmen, die drei oben zitierten antisemitischen Stellungnahmen jedoch ablehnen. Die Tatsache, dass solche nicht-antisemitische Items fehlen, führt mich zu dem Schluss, dass für die Autoren der Studie prinzipiell jede Kritik an der aktuellen Politik des israelischen Staates als Ausdruck von israelbezogenem Antisemitismus gilt.

Infolge dieses Fehlers beim Konzept des "isrealbezogenen Antisemitismus" überschätzt der Studienbericht das Gewicht antisemitischer Einstellungsmuster bei muslimischen Menschen. Das beeinträchtigt seine Glaubwürdigkeit in einem entscheidenden Punkt. Denn eines seiner Hauptergebnisse besteht ja in der an sich sehr wichtigen Aussage, dass die genannte Bevölkerungsgruppe eine verstärkte Tendenz zum Antisemitismus zeigt. Fehler bringen aber nicht nur Nachteile mit sich. Der vorliegende etwa ist gut für die Schlagzeilenformulierer der Kronen Zeitung, gut auch für Wolfgang Sobotkas Bemühungen, bei der Präsentation einen möglichst sorgenvollen Gesichtsausdruck hinzukriegen. Und nicht zuletzt auch gut für Benjamin Netanjahu, den nach dem Erscheinen solcher

Studien niemand fragt, was seine Politik zum negativen Israel-Bild vieler Muslime beiträgt. Aber im Moment hat Bibi wahrscheinlich ganz andere Sorgen ...

Nachbemerkung:

Ich sendete den vorangehenden Text auch an das IFES, wo der darin kritisierte Fragebogen ausgearbeitet worden war. Man versprach, die Bedenken in die Vorbereitung der nächsten Antisemitismus-Studie einfließen zu lassen. Und tatsächlich fand sich für die von mir angesprochene methodische Unschärfe eine jener wunderbaren österreichischen Lösungen, welche nur ganz böswillige Interpreten als bloßes Herumdrücken um das Problem ansehen würden: In der neuen Studie unterscheidet man nun nämlich bei der Zusammenfassung der Ergebnisse nicht mehr die sieben oben erwähnten Spielarten des Antisemitismus. Jetzt gibt es nur mehr "affektiven" und "pseudorationalen" Antisemitismus, womit die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und berechtigter Kritik an der Politik der aktuellen israelischen Regierung elegant aus der Welt geschafft ist.

Schwierigkeiten haben wir nicht nur mit dem Erinnern unserer schon länger zurück liegenden Vergangenheit. Dass auch bei der jüngsten, von uns allen selbst erlebten Geschichte das Vergessen angesagt ist, zeigt sich an der Berichterstattung der Medien über den BUWOG-Prozess.

(49) Was wir vergessen sollen

Vor Gericht steht eine blau-schwarze Freunderlpartie, die dringend verdächtigt wird, im Jahr 2003 bei der Privatisierung der BUWOG 10 Millionen € auf ihre privaten Konten umgeleitet zu haben. Die künstliche Aufregung, mit der die Medien Woche für Woche über diesen Prozess berichten, soll uns vergessen lassen, was damals tatsächlich geschah.

Tatsächlich hat man damals rund 60.000 Wohnungen, die zuvor im Besitz eines der öffentlichen Hand gehörenden gemeinnützigen Bauträgers standen und damit einer unbefristeten Preiskontrolle unterlagen, für einen Schleuderpreis von rund 16.000 € pro Wohnung (!) der Immobilienspekulation überantwortet. Die bei dieser Privatisierung von einem heimischen Konsortium um eine knappe Milliarde € erworbene BUWOG wurde mittlerweile um schlanke 5,2 Milliarden € an den größten deutschen Immobilienkonzern weiter verkauft. Hinter dem Käufer verstecken sich finanzkapitalistische Heuschrecken-Fonds (an der Spitze BlackRock, die weltweit größte Schattenbank), und er selbst ist bekannt dafür, die Rendite seiner Anleger mit allen Mitteln auf Kosten der Mieter zu erhöhen.

Fassen wir zusammen: Auf der einen Seite ist privaten Investoren ein sattes Plus von 4,2 Milliarden € entstanden. Auf der anderen Seite wurde der heimische Bestand an gemeinnützigen Mietwohnungen, der als Ruhepol auf einem überhitzten Wohnungsmarkt fun-

giert, um rund 10% geschrumpft. Dieser Verlust an leistbarem Wohnraum entspricht in seinem Volumen etwa dem gesamten Wohnungsbestand einer Großstadt wie Innsbruck.

Berthold Brecht fragte einst: "Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?" Und ich frage mich nun, ob wir uns nicht lächerlich machen, wenn wir jemandem, den wir einst straflos ein so gigantisches Schurkenstück an uns vorbeischummeln ließen, nun wegen einer vergleichsweise kleinen Gaunerei den Prozess machen. Oder, um es in Anlehnung an Brecht zu sagen: "Was ist schon das Mitschneiden beim Abwickeln der Verscherbelung von Volksvermögen gegen deren politische Durchsetzung?"

... und ohne Zukunft

	Seite
(50) Der Verlust der Utopie	67
(51) Lernverweigerung	71
(52) Die Herren S. und L. begegnen der Hoffnung	72
(53) Und keiner geht hin	73
(54) Utopie auf österreichisch	74

Politik, die sich verzweifelt an das Bestehende klammert, ist zu lebenslanger Gegenwartshaft verurteilt. Neben dem Vergangenen muss sie auch alle Möglichkeiten verleugnen, welche die Zukunft für uns bereithält.

Ein 2014 für die Zeitschrift "Zukunft" verfasster Rückblick auf die Feiern zum 25. Jahrestag des Falls der Mauer

(50) Der Verlust der Utopie

Beim Rückblick auf Reden und Kommentare anlässlich der Feiern zum 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer fällt mir auf, dass von einigen hochaktuellen Aspekten dieses bedeutenden Ereignisses wenig bis gar nicht die Rede war. Im Zentrum des Gedenkens stand das Diktum vom "Unrechtsstaat DDR", womit an die politische Repression, die fehlende Reisefreiheit und das sämtliche Lebensbereiche durchdringende Spitzelwesen erinnert werden sollte. Bei den beiden letztgenannten Punkten vergaß die rückblickende Empörung vieler Redenschreiber und Kommentatoren auf eine gebührende Betonung der Tatsache, dass das an der DDR beklagte Unrecht heute in veränderter Form weiterlebt.

So kommen neuere Forschungen zum DDR-Grenzregime auf Opferzahlen, die (je nach Art der Zählung) im Bereich von 1.500 bis 2.000 Toten liegen. An den Grenzen der Festung Europa starben demgegenüber seit 1988 schon mehr als 17.000 Menschen, davon rund 13.000 im Mittelmeer oder im Atlantischen Ozean Gewiss, es gibt hier keinen Schießbefehl, weshalb niemand mehr an Stacheldrähten verblutet. Wir lassen die Menschen ertrinken und waschen unsere Hände in Unschuld. Auch die Bespitzelung ist heute nicht weniger umfassend als in den unseligen DDR-Zeiten. Gewandelt haben sich nur die Methoden der Spitzel. NSA, Google und Co unterscheiden sich von der STASI in ähnlicher Weise wie eine vollautomatisierte Ziegelfabrik von einer Ziegelmanufaktur: Das Produkt (die Dienstleistung des Bespitzelns) ist ident. In dem einen Fall wird es durch eine Vielzahl von Mitarbeitern erzeugt, die sich alle die Hände schmutzig machen, weil sie in den Dreck greifen müssen. Im anderen Fall stellt man es vollautomatisch, daher supersauber und in viel größerem Maßstab her.

Bei meiner letzten Anmerkung zu den Defiziten des jüngsten Mauer-Gedenkens geht es um Wichtigeres als um solche Scheinheiligkeiten. Gegenstand dieser Anmerkung ist das Fehlen einer Auseinandersetzung mit der von der DDR zwar nicht einmal annähernd realisierten, aber doch als Fernziel hochgehaltenen Utopie einer klassenlosen Gesellschaft. Unmittelbar nach dem umfassenden Zusammenbruch des sogenannten "real existierenden Sozialismus" wurde diesem Aspekt noch in allen politischen Lagern angemessene Beachtung geschenkt. So glaubte etwa der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama aus dem überwältigenden Sieg der Prinzipien von liberaler Marktwirtschaft

¹⁸ Vgl. Die Welt, 8.11.2013: Artikel mit dem Titel "Deutlich mehr Opfer am Todesstreifen"

¹⁹ Vgl. akin, 9.10.2013: Artikel mit dem Titel "Mahnwache für Frontex-Opfer"

und bürgerlicher Demokratie ein "Ende der Geschichte"²⁰ folgern zu können. Und auch in Deutschland rief jemand ein Ende aus. Es handelte sich um den Historiker Joachim Fest, der vom Ende aller linken Utopie sprach²¹. Er begründete diese These mit dem Vorliegen des nun nicht mehr bestreitbaren historischen Beweises, dass eine dem Gesetz der Utopie folgende Politik das Lebensglück ganzer Generationen einem fernen Ziel opfere und daher ihrem Wesen nach stets eine totalitäre Gesellschaft verlange.

Die Linke hielt demgegenüber daran fest, dass es ohne Utopie einfach nicht gehe, weil die großen gesellschaftlichen Aufgaben nicht durch das selbstläufige Funktionieren der Gesetzmäßigkeiten und Mechanismen des Marktes zu lösen seien. ²² Abgesehen davon sei die dem blinden Vertrauen in die Steuerungskraft jener Mechanismen zugrunde liegende Utopie eines freien Marktes, der mit unsichtbarer Hand alles zum Besten aller lenkt, mindestens ebenso widerlegt wie die Vision einer klassenlosen Gesellschaft. ²³ Mit diesem trotzigen Beharren auf der Notwendigkeit von nicht-marktwirtschaftlichen Zukunftsvisionen konnte man aber nicht einmal das eigene politische Lager überzeugen. Denn mittlerweile scheint zwar klar, dass die Geschichte mit dem Neoliberalismus noch nicht an ihrem Ende angelangt ist, linke Utopie dürfte jedoch tatsächlich tot sein. So tot jedenfalls, dass sie nicht einmal mehr bei den aktuellen Gedenkfeiern zum Fall der Mauer eine tragende Rolle spielt.

Man könnte das natürlich ganz leicht verschmerzen, wenn sie nicht auch so tot wäre, dass eine immer größere Zahl von sozial deklassierten Jugendlichen in Ermangelung attraktiver Visionen einer auf der Höhe der Zeit angesiedelten Gesellschaftskritik Zuflucht bei rückwärtsgewandten, im schlimmsten Fall faschistischen Heilslehren religiösen Zuschnitts suchen muss. Diese Entwicklung belegt eindrucksvoll, wie dringend die auf der Verliererseite ausgesiebten Opfer eines durch die Globalisierung entfesselten Marktes Visionen einer neuen Ordnung der Arbeitsteilung, des Zusammenlebens sowie der Verteilung von Gütern und Lebenschancen benötigen. Wir sind daher gezwungen, uns mit größerer Deutlichkeit und Schärfe, als dies bisher geschah, mit der Frage auseinanderzusetzen, was da beim Verschwinden der Utopie passierte, bzw. worin denn dieses Verschwinden bestand.

Wie mir meine diesbezüglichen Überlegungen zeigen, geht es dabei nicht einfach um den Verlust der Fähigkeit, mehr oder weniger konkrete Zukunftsbilder eines gesellschaftlichen Idealzustandes auszumalen. Solche literarischen Utopien werden auch in der Gegenwart entwickelt, die utopische Phantasie als solche ist also (noch?) ungebrochen. Ungebrochen ist offensichtlich auch die Lust am gesellschaftlichen Experiment. Seit der jüngsten weltweiten Finanzkrise registriert man sogar eine richtige Konjunktur von Tauschkreisen, Regionalwährungen und anderen tastenden Schritten in solidarökonomisches Neuland. All diese Versuche führen aber nur ein Nischendasein in den Zwischenräumen eines nach gänzlich anderen Prinzipien funktionierenden Ganzen, von dem sie sich nicht abkoppeln können.

²⁰ Francis Fukuyama. The end of history?; In: The National Interest; Summer 1989.

²¹ Joachim Fest: Der zerstörte Traum; Vom Ende des utopischen Zeitalters; Corso (bei Siedler); Berlin, 1991

²² Johanno Strasser: Leben ohne Utopie? Luchterhand Essay; Frankfurt a. M. 1990

²³ Helmut Thielen: Die Wüste Lebt; Jenseits von Kapital und Staat; Verlag Graswurzelrevolution, 2001

Was wirklich auf eine ganz dramatische Weise zerbrach, ist die utopische Dimension in jenem politischen Handeln, das in den 'klassischen' Politikfeldern der Parteiendemokratie stattfindet. Ich meine damit den auf dieser Ebene zu beobachtenden Verlust der Bereitschaft, auf politischen Forderungen auch dann zu beharren, wenn sie die innere Logik des bestehenden Wirtschaftssystems sprengen, weil sie auf eine andere Art des Wirtschaftens und Zusammenlebens verweisen. Würden solche Forderungen nämlich eingelöst, dann verschärften sie die Widersprüche jenes Systems, sodass Sand in sein Getriebe käme, was einen Rückfall in dem einen oder anderen internationalen Ranking oder gar den Verlust des einen oder anderen Zehntelprozentpunktes beim heiligen Wirtschaftswachstum zur Folge haben müsste. Beides ist jedoch heutzutage auch für jeden Linken, der im politischen Diskurs ernst genommen werden will, ein absolutes No-Go. Was im besten Fall gerade noch durchgeht, ist die Einnahme von links-keynesianischen Positionen: Man darf für mehr Verteilungsgerechtigkeit eintreten, weil das die Inlandsnachfrage stimulieren würde, man darf sich für eine Begrenzung der schlimmsten Auswüchse des Finanzkapitalismus aussprechen, weil das gut für die die sogenannten "Realwirtschaft" wäre und man darf auch für verbesserte Chancengleichheit im Bildungswesen plädieren, weil das unsere Position im globalen Wettbewerb stärken sollte.

Ein jahrzehntelang weitgehend störungsfrei brummender Wirtschaftsmotor hat die Linke gelehrt, dass viel von dem, was einst Utopie war, realisiert werden kann, wenn man die **qualitativen** Grenzen einer von Konkurrenzkampf und Profitstreben gesteuerten Ökonomie akzeptiert, weil innerhalb dieser Grenzen ein scheinbar unbegrenztes quantitatives Wachstum möglich ist. Bestärkt wurde dieser Glaube durch die in den Medien, an den Hochschulen und in den außeruniversitären Think Tanks tätigen Einpeitscher der Marktideologie. Deren Kommentare sind allgegenwärtig wie das den vorweihnachtlichen Kaufrausch begleitende Weihnachtsliedgedusel und nicht weniger aufdringlich als jene akustische Adventbeschmutzung. Wer kaufen will, muss davor diesen Schmutz in seine Ohren hereinlassen und wer gerechter verteilen will, muss davor sein Gehirn von Experten und Kommentatoren waschen lassen.²⁴

Die Agitation der Marktapologeten wurde zwar mit dem Siegeszug des Neoliberalismus immer aggressiver, seit es aber nur mehr äußerst kümmerliche Wachstumsraten gibt, verlieren ihre Bemühungen zunehmend an Glaubwürdigkeit. Es könnte sich daher eine kleine Chance für die Re-Integration der utopischen Dimension in das politische Handeln eröffnen. Wollte die Sozialdemokratie diese Chance nutzen, gälte es für sie, über einige ihrer eigenen Schatten zu springen. Sie sollte vor allem ihr Selbstverständnis als oberste Verantwortliche für die Glättung von Widersprüchen im Status quo ablegen und sich in ver-

²⁴ Im Kurier, vom 10.12.2014 erfahren wir, dass künftig auch die Schulen verstärkt in den Dienst dieser Gehirnwäsche gestellt werden sollen: Die sozialdemokratische "Bildungsministerin Heinisch-Hosek will gemeinsam mit der Wirtschaftskammer den Schülern – insbesondere in Gymnasien mehr Finanz- und Wirtschaftswissen beibringen. Sie kann sich vorstellen den Unternehmerführerschein (!) vom Freigegenstand zum Wahlpflichtfach zu machen." Hier die Übersetzung für all jene, die nicht zwischen den Zeilen lesen können: Jeder Schüler soll beizeiten lernen, die Wirtschaft aus der Perspektive der Unternehmer zu sehen. Er wird dann sehr gut verstehen, wieso ihn seine künftigen Arbeitgeber aufs Arbeitsamt schicken müssen, wenn die Aktienkurse ihrer Firmen zu fallen drohen. Darüber hinaus wird er auch ganz genau wissen, wie man sich nach dem Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung als 'Neuer Selbständiger' marktkonform verhält.

stärktem Maße **bedingungslos** zu bestimmten Forderungen bekennen - auch dann, wenn deren Realisierung zunächst zu einer Verschärfung jener Widersprüche führen müsste. Aus solcher Zuspitzung würden dann nämlich neue, noch weiter gehende Forderungen resultieren, an denen ebenfalls wieder festzuhalten wäre, weil sie ein weiteres Stück Utopie ins politische Handeln einschleusten, wodurch in der Bevölkerung Kräfte mobilisiert würden, die Druck auf ihre Realisierung machen könnten.

Damit bin ich dann auch schon bei den nächsten Schatten angelangt, über die es zu springen gälte: Gemeint ist die Angst vor politischen Bewegungen **außerhalb** der ausgetretenen Pfade des politischen Geschäfts und die Angst vor der Öffnung der Partei für solche Bewegungen bzw. die von ihnen ausgehende Dynamik. Eine Dynamik, welche die Sphäre der Parteipolitik von jenem Fluch der stetigen Wiederkehr des Gleichen erlösen könnte, der unserer Demokratie und den in ihr agierenden Parteien schon bald das letzte Restchen an Glaubwürdigkeit geraubt haben wird.

Damit ein bisschen konkreter wird, was ich meine, abschließend ein Beispiel aus der Wohnungspolitik: Wenn die privaten Wohnungsanbieter den aktuellen Überhang der Wohnungsnachfrage so unverschämt ausnutzen, dass die Mieten in unseren Großstädten explodieren, dann erhebt sich in der Sozialdemokratie in Erinnerung an die schöne Utopie vom Wohnen, das keine Ware sein darf, völlig zurecht die Forderung nach klaren Mietzinsobergrenzen. Es besteht allerdings höchste Gefahr, dass man ganz schnell wieder einknickt vor den im Raum stehenden Drohungen der Vermieter mit Investitionsstreik, Wohnungsleerstand und Wiederaufleben des Ablöseunwesens. Dabei handelt es sich keineswegs um leere Drohungen sondern vielmehr um die zuvor angesprochene Zuspitzung der inneren Widersprüche des Marktmechanismus.

Nun käme alles darauf an, wie man auf diese mit ökonomischer Notwendigkeit eintretenden Folgen einer strengeren Preisregulierung reagiert – mit Kapitulation vor den Marktgesetzen, oder mit einer Verschärfung der Gangart durch das Erheben neuer Forderungen: nach drastischen Strafen für illegale Ablösen, nach Meldepflicht für leer stehende Wohnungen, nach Einführung einer hohen Leerstandsabgabe, usw. ... Wer solche Forderungen erhebt, müsste sich aber von vornherein darüber im Klaren sein, dass ihre Einlösung nur dann zum gewünschten Erfolg führen könnte, wenn sie eingebettet wäre in eine entsprechende Mobilisierung der Mieter und Wohnungssuchenden. Die müssten nämlich ermuntert werden, illegale Ablösen anzuzeigen, nicht vermietete Wohnungen zu melden, sich gegen den spekulativen Verfall bestehender Bausubstanz zu wehren – und (oh Gott!) leer stehende Häuser zu besetzen.

Leicht möglich, dass eine derart radikalisierte Sozialdemokratie, sich weniger um die Deradikalisierung von Orientierung suchenden Jugendlichen kümmern müsste. Mag auch sein, dass sie dem einen oder anderen solidarökonomischen Experiment ein breiteres Wirkungsfeld eröffnen könnte und so auch diesem Zweig der Utopie zu neuer Blüte verhelfen würde.

Aber eine radikale Sozialdemokratie wäre natürlich ein Widerspruch in sich, vielleicht sogar die denkbar schärfste Zuspitzung eines der Widersprüche im politischen Überbau

unseres Gesellschaftssystems. Im Sinne der vorangehenden Überlegung also eine echte Utopie. Und die ist, wie gesagt, tot.

Fünf Jahre danach, beim dreißigjährigen Jubiläum des Mauerfalls, haben wir immer noch nichts gelernt aus der Geschichte. Und diese amüsiert sich inzwischen köstlich über uns. Wem nämlich seine Vergangenheit ein Buch mit sieben Siegeln ist, dem zeigt sie eine lange Nase ...

Nachbetrachtung zum dreißigjährigen Jubiläum des Falls der Berliner Mauer

(51) Lernverweigerung

Zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des Mauerfalls im Jahr 2014 schrieb ich einen Artikel, in dem ich auf eine Leerstelle praktisch aller damaligen Kommentare und Reden des Gedenkens hinwies. Die rückblickende Empörung der Redenschreiber und Kommentatoren vergaß damals nämlich auf eine gebührende Betonung der Tatsache, dass das an der DDR beklagte Unrecht in veränderter Form weiterlebt.

Auch beim aktuellen Gedenken zum dreißigjährigen Jubiläum zog keiner der Reden- und Kommentarschreiber einen diesbezüglichen Vergleich. Gewiss, es gibt heute keinen Schießbefehl, weshalb niemand mehr an Stacheldrähten verblutet. Wir lassen aber die Menschen ertrinken, sehen zu dabei und waschen unsere Hände in Unschuld. Ist das moralisch höher stehend als das damalige Verhalten des "Unrechtsstaats" DDR? Die Parallelen zwischen dessen Grenzregime und jenem der EU werden noch deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass beide Male ein sehr ähnliches Motiv hinter der Unmenschlichkeit steckt:

- Zwischen der DDR und dem Westen bestand ein Wohlstandsgefälle. Dieses übte eine Sogwirkung auf die im ökonomisch schwächeren Bereich lebenden Menschen aus, welche eine Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt und die ökonomische Entwicklung der DDR darstellte.
- Nun besteht das Wohlstandsgefälle zwischen der EU und ihrem südlichen Umfeld.
 Und es übt wieder eine Sogwirkung auf die im ökonomisch schwächeren Bereich lebenden Menschen aus, was in diesem Fall den sozialen Zusammenhalt und die ökonomische Entwicklung der EU bedroht.

2014 fand ich daher, wir sollten unser Gefühl der moralischen Überlegenheit zügeln, wenn wir auf die DDR zurückzublicken. Nun stelle ich fest, dass wir diesbezüglich in den letzten fünf Jahren nichts dazugelernt haben.

Inzwischen ist auch das Gefälle der Lebenschancen zwischen Westeuropa und den Nachfolgestaaten des 'realen' Sozialismus so stark, dass letztere genau das erleben, wovor sich

die DDR mit ihrer unseligen Mauer schützen wollte: Sie bluten ökonomisch aus durch massenweise Abwanderung ihrer jungen, qualifizierten Arbeitskräfte.

Und was lesen wir dazu in der ZEIT vom 7.11.2019? Man reibt sich die Augen, weil man nicht glauben kann, wie bösartig die Ironie der großen Lehrmeisterin 'Geschichte' ist: "Nach Angaben des Thinktanks European Council on Foreign Relations würden 50 Prozent der Polen und 49 Prozent der Ungarn eine Gesetzgebung befürworten, die es 'für die eigenen Bürger illegal macht, für längere Zeit ihr Land zu verlassen'. Ähnliche Einstellungen finden sich in mehreren anderen Ländern Osteuropas."

Mit einem Wort: Die wünschen sich eine Art MAUER-LIGHT.

Zukunftsvergessenheit herrscht nicht nur in der Politik, sondern prägt das gesamte Geistesleben.

Zur TV-Sendung "Herr Schuh und die Hoffnung", gesendet am 19.1.2016 in ORF 2

(52) Die Herren S. und L. begegnen der Hoffnung

Der ORF hat Herrn Schuh auf die Suche nach der Hoffnung geschickt und ließ ihn nun darüber erzählen. Das geschah zwar im Rahmen der Religionsschiene "Kreuz und Quer", der Zuseher konnte aber einen über das religiöse Hoffen hinausgehenden Bericht erwarten, hatte man Herrn Schuh doch mit Kurt Langbein einen für seinen gesellschaftskritischen Blick bekannten Produzenten als Begleiter mit auf die Reise gegeben. Was haben nun die beiden Herren S. und L. über die aktuelle Situation des Hoffens in unserer Gesellschaft herausgefunden?

Um es kurz zu machen: Ihr Befund ist niederschmetternd. Zwar begegneten sie unterschiedlichsten Gestalten des Zukunftsglaubens, alle waren aber Spielarten jenes **individuellen** Hoffens, das dem Einzelnen eine Perspektive des Überlebens von persönlich erfahrenem Leid eröffnet. **Kollektive** Hoffnung jedoch, als die emotionale Basis eines gemeinsamen gesellschaftlichen Zukunftsprojekts ist, wenn man dem glaubt, was die Herren S. und L. erzählen (bzw. nicht erzählen!) tot.

Aber sowas von tot. Sogar dort, wo es nicht um individuelle Schicksalsschläge sondern um gesellschaftliche Konflikte geht, die sich so zugespitzt haben, dass sie in Krieg und Terror mündeten, wird Hoffnung nur in ihrer individuellen Spielart thematisiert - als die (völlig berechtigte) Hoffnung der Flüchtlinge, sich an einem friedlichen Ort ein neues Leben aufbauen zu können. Selbst für die Gesellschaftswissenschaft ist das kollektive Hoffen gestorben. In der Zeit, als es noch lebte, suchten Ökonomen und Soziologen nach Tendenzen und Widersprüchen im bestehenden System, die Ansätze für dessen Überwindung bieten, weil sie über seine Grenzen hinausweisen. An welche Wissenschaft aber kann sich einer wie der Herr S. heutzutage wenden, wenn er etwas über die materiellen

Grundlagen unseres Hoffens wissen möchte? Richtig geraten. Er muss (wie könnte es anders sein?) einen Neurobiologen kontaktieren, um sich von ihm erklären zu lassen, dass die Basis des Hoffens im Stirnhirn liegt. Dabei hat unser Herr S. noch Glück gehabt, denn er ist an Joachim Bauer, einen der reflektiertesten Vertreter seiner Zunft geraten. Bauer hat nämlich erkannt, dass der Mensch nicht nur über ein besonders hoch entwickeltes Gehirn verfügt, sondern auch dadurch gekennzeichnet ist, ein soziales Wesen zu sein, das von und in seiner Kommunikation lebt. Als Mediziner thematisiert er aber die daraus resultierende soziale Komponente des Hoffens nur im Kontext der auf das unmittelbare persönliche Umfeld beschränkten Arzt-Patientenbeziehung.

Natürlich zieht der Herr S. auch einen Philosophen zu Rate. Passenderweise wendet er sich an einen ehemaligen Assistenten jenes Ernst Bloch, der einst mit Pathos vom "Prinzip Hoffnung" sprach. Bloch dachte dabei auch an die Utopie, als ein dem politischen Handeln Orientierung gebendes Idealbild der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gemeinschaft. Aber das war eben zu einer Zeit, als das gemeinsame Hoffen noch lebte. Für seinen inzwischen selbst längst emeritierten Assistenten Burghart Schmidt repräsentiert der kollektive Aspekt des Zukunftsglaubens offensichtlich nur mehr jenes "Gefährliche" am Hoffen, vor dem schon die skeptische Philosophie des klassischen Altertums gewarnt hatte. Selbstverständlich kann daher auch Schmidt keinen Bezug mehr zwischen dem Hoffen und der Gesellschaftswissenschaft herstellen. Für ihn ist das Hoffen dort, wo es über das persönliche Zukunftsvertrauen des Einzelnen hinausgeht, nur noch im "Mythos" zu Hause. Wundert sich da noch jemand, dass eine an den gesellschaftlichen Rand gedrängte Jugend, die kollektive Hoffnungen so dringend benötigt wie der Verhungernde ein Stück Brot, dem Islamismus auf den Leim geht?

Beim Zuseher macht sich nach dem Bericht des Herrn S. Hoffnungslosigkeit breit. Aber auch eine gewisse Enttäuschung. Denn von einem durch Herrn L. produzierten Report über das Hoffen hätte man sich doch erwartet, dass der Verlust der kollektiven Dimension unseres Zukunftsglaubens explizit betont wird und nicht nur als eine unkommentierte Leerstelle vorkommt. Und schließlich hätte man sich auch noch gewünscht, etwas zu erfahren über die Ursachen dieses bedenklichen Wandels, sowie über allfällige soziale bzw. ökonomische Entwicklungen, die zu der Hoffnung Anlass geben, dass sich unser Hoffen eines Tages wieder der Gesellschaft zuwendet.

Zu einem Artikel im Kurier vom 12.4.2016 über eine drohende "Jahrhundertflaute" der Weltwirtschaft

(53) Und keiner geht hin

Karl Marx leitete den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus aus dem tendenziellen Fall der Profitrate ab. Als 1929 die große Weltwirtschaftskrise ausbrach, dachten viele Marxisten, es sei nun so weit. Dann wurde der Kapitalismus durch einen großen Krieg mit gigantischer Rüstungsproduktion, Zerstörung und anschließendem Wiederaufbau gerettet. In den siebziger Jahren erlahmte diese Dynamik und marxistische Ökonomen sahen wieder das Ende des Kapitalismus nahen. Da wurde der Profitmaschine durch den

Zusammenbruch des Kommunismus und die forcierte Globalisierung neues menschliches Ausbeutungsmaterial zugeführt. Nun ist auch dieser Kraftstoß verpufft und langes ökonomisches Siechtum droht. Man könnte wieder einmal hoffen, es sei jetzt so weit. Wo aber ist die politische Bewegung, die hier einhakt. Politisch geht alles in die falsche Richtung (Nationalismus, Rechtspopulismus, Islamismus). Der Alptraum jedes Marxisten scheint Wirklichkeit zu werden: Stell Dir vor der Kapitalismus bricht zusammen und keiner geht hin ...

Nur die Rechte ist schon da und hat Ideen für ein paar äußere und innere Kriege.

Am 10.5.2017 kündigt Vizekanzler Reinhold Mitterlehner den Rücktritt sowohl von seiner Funktion als Parteiobmann der ÖVP, als auch von seinen Ämtern als Minister und Vizekanzler an. Die Große Koalition liegt in ihren letzten Zügen und Neuwahlen stehen unmittelbar bevor. Das Land vibriert vor Spannung und Tatendrang ...

Zu Sven Gächters Kommentar im profil vom 22.5.2017

(54) Utopie auf österreichisch

Unter Utopie versteht man überall auf der Welt das, was im Prinzip möglich wäre, aber unter den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als unmöglich erscheint. Nicht so in Österreich, denn hierzulande muss alles in Ewigkeit bleiben, wie es ist. Oder anders gesagt: Für den Österreicher ist das, was er als prinzipiell möglich ansieht, ident mit dem, was ohnehin ist.

Wie gering die Chancen für utopisches Denken in diesem Lande sind, zeigt sich nie deutlicher als in Zeiten, in denen es auf den ersten Blick so aussieht, als ob alles in Bewegung geriete. Gerade erleben wir in der heimischen Innenpolitik wieder eine solche Zeit. Und ein Journalist, der seit Jahren darauf drängt, dass endlich alles anders werde, möchte seine Begeisterung in Worte fassen. Er nimmt Anlauf, um alles, was in ihm an Veränderungsbereitschaft ist, auf den Punkt zu bringen. Dann aber wird ein Satz daraus, mit dem er ungewollt zeigt, wie sehr seine Fähigkeit zur Utopie verkümmert ist, weil sein Innerstes mit jeder Faser an den bestehenden Verhältnissen hängt:

"Österreich ist nicht wiederzuerkennen. Die Republik, die über Jahrzehnte hinweg durch tonnenschwere Trägheitsmomente in einer prekären Balance gehalten wurde, hat es plötzlich atemberaubend eilig, sich neu zu erfinden. Alles ist in Bewegung geraten, alles scheint möglich - insbesondere auch das Gegenteil dessen, was bisher als undenkbar galt."

IV. Die gewalttätige vierte Gewalt

		Seite
(55)	Die Lügen der Lügenpresse	76
(56)	Ein Lemming will nicht erster sein	78
(57)	Hokuspokusökonomie und seriöse Wirtschaftswissenschaft	78
(58)	Ein Leitartikler entdeckt die Dialektik	79
(59)	Die Profiteure	79
(60)	Ein ausbaufähiger Plan	80
(61)	Der Weg der scheinheiligen Könige	80
(62)	Lügen mit Marktforschung	81
(63)	Lügen mit Bildern	82
(64)	Lügen zulasten stummer Opfer	82
	Lügen mit Taschenspielertricks	
	Lügen mit Druckfehlern	
	Preisrätsel für TIPS-Leser*innen	
(68)	Regierungswechsel	85
	Äußerst investigativ	
	Experten als Magier	
` ′	Ö1: Wie immer völlig ideologiefrei	
	Fürchtet Euch vor Forschungsbienen	
` /	Lügen durch Skandalisierung	
` /	Lasset die Kindlein zu mir kommen	

Mit der kapitalistischen Ökonomie verhält es sich wie mit dem Uran in den Brennstäben eines Atomkraftwerks. In dessen Reaktorkern brodelt eine Gewalt vor sich hin, die man durch ein wohldurchdachtes Sicherheitssystem daran hindert, im Zuge unkontrollierbarer Kettenreaktionen auszubrechen. Auch der Markt ist von so großer potentieller Gewalttätigkeit, dass man eine Erste, Zweite und Dritte staatliche Gewalt benötigt, um den Ausbruch dieser Nullten Gewalt zu verhindern. Leider neigen aber auch die staatlichen Gewalten zu unkontrollierbaren Ausbrüchen. Sie müssen einander daher durch ein wohl durchdachtes System von "Checks and Balances" im Zaum halten. Und wie beim AKW gibt es natürlich auch in der Demokratie noch eine vierte Sicherheitsebene: die oft als Vierte Gewalt bezeichneten öffentlichen Medien. Wer nun aber meint, deren Wirkungsmacht fuße nur auf der gewaltlosen Gewalt des besseren Arguments oder auf der reinigenden Kraft der aufgedeckten Wahrheit, ist naiv.

Merke: Je gewalttätiger die Ökonomie, desto leichter gerät das System der staatlichen Checks und Balances aus den Fugen und desto hemmungsloser muss die Vierte Gewalt die Wahrheit vergewaltigen.

Zum Jahreswechsel 2016/17 häuften sich in den Mainstream-Medien Artikel, die sich kritisch mit dem Begriff der 'Lügenpresse' auseinandersetzten. Zum Beispiel der Leitartikel des profil-Herausgebers vom 12.12.2016

(55) Die Lügen der Lügenpresse

Man ist sich keiner Schuld bewusst und sieht sich ungerecht behandelt. Denn man sei stets bemüht, "penibel zu recherchieren, und dabei unterschiedliche Sichtweisen zu berücksichtigen, oft auch widersprüchliche Erkenntnisse auf einen Nenner zu bringen." Angesichts dieser Realität sei "das Wort 'Lügenpresse' mehr als nur eine Beleidigung". Denn das Wort 'Lüge' umfasse "den Vorwurf, dass Journalisten wissentlich und heimlich die Unwahrheit veröffentlichen." Dieser Vorwurf selbst sei eine Lüge, oder zumindest ein Hirngespinst.

Wer auf diese Weise die Rede von der Lügenpresse ins Reich der Verschwörungstheorien verweisen möchte, macht es sich allzu leicht. Es gibt Formen der Lüge die nicht so simpel gestrickt sind wie das absichtsvolle Äußern von Unwahrheiten mit dem Ziel andere hinters Licht zu führen. Man denke etwa an die Lebenslüge, mittels der jemand Selbsttäuschung betreibt, weil er Angst vor einer Wahrheit hat, die ihn zwänge sich radikal zu ändern. Das Beispiel mag weit hergeholt sein, entstammt es doch der Psychologie. Selbsttäuschung gibt es aber auch auf gesellschaftlicher Ebene. Wir begegnen ihr hier in Gestalt einer **Sprache**, die als solche jeden Sprecher täuscht, weil ihre Begriffe sein gesellschafts-

kritisches Denken vernebeln; oder in Gestalt eines Weltbildes, das seine Anhänger mit dem versöhnt, was sie kaputt macht.

Und hier sind wir dann beim Thema 'Lügenpresse'. Denn Mainstream-Medien verbreiten genau jenen zu Sprache und Weltbild geronnenen Selbstbetrug, der das Bestehende einzementiert und uns an seiner Veränderung hindert. Sie tun dies nicht im Rahmen einer groß angelegten, gezielten Verschwörung, sondern einfach dadurch, dass sie die Sprache des betreffenden Weltbilds sprechen und es damit immer fester in unserem Denken verankern.

Ein nettes Beispiel für diese Art einer Gehirnwäsche im Schonwaschgang ist die Verwendung des Begriffs der 'Reform'. In den Jahrzehnten wirtschaftlicher Prosperität hatten wir gelernt, dass er politische Aktivitäten bezeichnet, die uns bessere Teilhabe am Wirtschaftswachstum ermöglichen und die sozialstaatlichen Sicherungsnetze ausbauen. Seit gut 30 Jahren wird der Begriff aber in sämtlichen Mainstream-Medien in exakt gegenteiliger Bedeutung verwendet. Er bezieht sich nun auf Maßnahmen, die unsere Reallöhne senken und den Sozialstaat zurückbauen. Ähnlich sieht es mit Rede von den 'verkrusteten Strukturen' aus. Bezeichneten sie einst das, was Chancengleichheit und breiten sozialen Aufstieg behinderte, so stehen sie in jenen Medien längst für noch nicht gekappte gesetzliche und institutionelle Barrieren gegen weitere Schritte des Abbaus von Chancengleichheit und der sozialen Deklassierung von immer breiteren Bevölkerungsschichten.

Das Weltbild, das hinter dieser Umpolung von Begriffen steht, ist die Lehre von der segensreichen Allmacht des freien Marktes, der auf lange Sicht besser als jeder Sozialstaat für allgemeine Wohlfahrt sorgt, und dessen Eindämmung letztlich nur zu Wachstumsverlusten und Positionsverschlechterungen in der internationalen Standortkonkurrenz führt. Ein Weltbild, das sich spätestens seit dem Zusammenbruch des Kommunismus an allen Universitäten und Schulen etablierte und von sämtlichen Mainstream-Medien als Inbegriff ökonomischer Rationalität verbreitet wird.

Mangels alternativer Interpretationsangebote müssen diejenigen, denen man im Namen dieser Rationalität die Lebensgrundlagen entzieht, in allerlei irrationalen Verschwörungstheorien nach Erklärung dafür suchen, was ihnen hier angetan wird. Die Geschichte von der Lügenpresse ist eine davon. Sie ist der hilflose Ausdruck ihres dumpfen Gefühls, von denen belogen zu werden, die ihnen einen brutalen Klassenkampf von oben als "Reform" bzw. Abbau von "verkrusteten Strukturen" schmackhaft machen wollen.

Die zweifach bittere Pointe dieses Geschehens:

Auf der einen Seite werden auch die Lügner selbst - also die in den Lügenmedien tätigen Journalisten - immer öfter zu Opfern jenes Klassenkampfes und fristen als marginalisierte Freelancer mit kontinuierlich sinkendem Zeilenhonorar eine immer kümmerlichere Existenz.

Auf der anderen Seite geht die Mehrzahl derer, die nun aufbegehren gegen das Belogenwerden, schon wieder neuen Lügnern auf den Leim. Jenen nämlich, die gegen das "System" und seine "Systempresse" hetzen, ohne selbst auch nur einen Augenblick ernsthaft eine Systemveränderung anzustreben.

Nachbemerkung:

Das im vorangehenden Kommentar beschriebene Versagen der Vierten Gewalt ist auch eine der Erklärungen dafür, warum es der Neuen Rechten in der aktuellen Corona-Krise so leicht fällt, eine Massenbewegung von "Querdenkern" zu mobilisieren, die allen auf das Virus und seine Bekämpfung bezogenen Äußerungen der Mainstream-Öffentlichkeit mit tiefem Misstrauen begegnet.

Ab dem Herbst 2013 berichten verschiedene Blätter über Rangverschlechterungen Österreichs in der internationalen Standortkonkurrenz: wir sind nicht schnell genug beim Abbau des Sozialstaates und im Steuersenkungswettlauf.

(56) Ein Lemming will nicht erster sein

Als die Lemminge auf den Abgrund zu rannten, fiel ein kleiner Lemming, der lange Zeit in der Spitzengruppe mitgehalten hatte, etwas zurück.

Aufgeregt schrien die Kommentatoren:

Er "stagniert" Er "beißt ab"

Er "verliert schleichend an Boden"

Zur Streikdrohung der Metallarbeiter bei den Lohnverhandlungen im Oktober 2013

(57) Hokuspokusökonomie und seriöse Wirtschaftswissenschaft

Die Metaller können gar nicht so schnell den Mund aufmachen, um mit Streik zu drohen, wie schon zwei renommierte Ökonomen im Radio vor den immensen volkswirtschaftlichen Kosten eines solchen Arbeitskampfs warnen. Macus Scheiblecker vom WIFO ortet einen Verlust an Wertschöpfung von ungefähr fünf Millionen Euro pro Streiktag, und Ulrich Schuh von Eco Austria kommt bei seiner Kalkulation sogar auf eine Verminderung der Wertschöpfung im täglichen Ausmaß von etwa 42 Millionen Euro, weil er auch alle indirekten volkswirtschaftlichen Folgen eines längeren Streiks berücksichtigt.

Wann engagieren die Gewerkschaften endlich einen braven Linkskeynesianer, damit er uns ausrechnet, wie hoch der volkswirtschaftliche Schaden eines nicht angedrohten Streiks gewesen wäre, weil der Verzicht auf diese Waffe im Arbeitskampf zu einem schlechteren Lohnabschluss geführt hätte, welcher seinerseits negative Folgen für das Volumen der Inlandsnachfrage gehabt hätte?

Und wann geben sie endlich eine Studie in Auftrag, die ausrechnet, wie hoch die langfristigen Nachfrageverluste von zu seltener Realisierung der Streikdrohung sind, weil eine Drohung, aus der niemals Ernst wird, ihr Drohpotential verliert?

Natürlich wäre das ähnlicher Hokuspokus wie die Studien von Scheiblecker und Schuh. Denn eine Ökonomie, welche die widersprüchliche Funktion des Arbeitslohnes im Prozess der Kapitalverwertung als betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor und Quelle von zahlungskräftiger Nachfrage nicht berücksichtigt, ist und bleibt Hokuspokus. Es gibt eine Ökonomie, die jenen widersprüchlichen Stellenwert des Arbeitslohns ins Zentrum ihrer Konjunkturtheorie stellt - aber die wird an den Universitäten kaum gelehrt. Denn sie nimmt besagten Widerspruch zum Anlass für grundsätzliche Kritik an unserem Wirtschaftssystem. Und wir streben ja eine höhere Akademikerquote nicht deshalb an, weil wir das gesellschaftskritische Potential unserer Jugend erhöhen wollen.

Zum Leitartikel im Kurier vom 19.8.2016

(58) Ein Leitartikler entdeckt die Dialektik

Er hat spitz gekriegt, dass der Kapitalismus den Bach runtergeht, wenn er nur die oberste Einkommensgruppe bedient und die Mittelschicht zum sozialen Abstieg verurteilt. Und er weiß auch schon, was dem österreichischen Kapitalismus zu jener Dynamik verhelfen kann, die zur Befriedung der Mittelschichten erforderlich ist. Es gilt, das Blockadepotential der Lehrergewerkschaft zu brechen und den Arbeitsmarkt noch stärker zu deregulieren. Anders gesagt: Wir müssen erst einmal die letzten Widerstandsbastionen der Mittelschicht gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzverlust beseitigen, damit es ihr irgendwann vielleicht wieder besser gehen kann.

Derart zynischer Dialektik begegnete man einst nur bei stalinistischen Politkommissaren oder im 'Neuen Deutschland', dem publizistischen Zentralorgan der SED. Wie schlecht muss es einem Weltbild gehen, wenn seine publizistischen Verteidiger solche Argumentationsfiguren bemühen müssen.

Zu einem Kommentar im STANDARD vom 11.4.2017 mit dem Titel "Einseitige Jammerei"

(59) Die Profiteure

Der Wirtschaftsredakteur des STANDARD hat wenig Verständnis für Nationalisten, die sich darüber beschweren, dass "die Konkurrenz aus Asien ... die eigene Industrie geschwächt und Millionen arbeitslos gemacht" habe. Diese Jammerer sehen für ihn nämlich "nur eine Seite der Medaille." Sprechen doch die Nationalisten stets bloß "über die Verluste des eigenen Landes, aber nie über dessen große Gewinne." Und die liegen für den Herrn Wirtschaftsredakteur auf der Hand. Denn die "Konsumenten in Europa wie in den USA profitieren ungemein, weil sie bei Elektronik- und Textilprodukten zwischen vielen

in- und ausländischen Anbietern wählen können", und weil infolge dieser Konkurrenz die "Preise für Konsumartikel, besonders in der Unterhaltungselektronik, gesunken sind."

Und zwar so weit, dass sich jeder Arbeitslose ein TV-Gerät mit supergroßem Flatscreen leisten kann, vor dem er dann in seinem superbilligen Jogginganzug die Zeit totschlagen darf - bis zum nächsten Termin am Arbeitsamt.

Beim Lesen solcher Kommentare beginnt man zu verstehen, wieso Arbeitslose lieber zur KRONE als zum STANDARD greifen: Genau so verlogen, aber billiger und handlicheres Format.

Zu einem Kommentar von Franz Schellhorn im profil vom 3.7.2017

(60) Ein ausbaufähiger Plan

Franz Schellhorn bringt eine blendende Idee zur Finanzierung der auf uns zukommenden Pflegelawine ins Spiel. Er denkt an die "Einrichtung eines individuellen Pflegekontos, auf das alle Bürger steuerfrei einzahlen. Das Geld bleibt auf dem Konto gesperrt, wird auf den Kapitalmärkten veranlagt und im Falle der Pflege aufgebraucht."

So brillant dieser Plan auch ist, wäre er doch ausbaufähig. Man könnte ihn nämlich verknüpfen mit der gerade anlaufenden "Aktion 20.000", bei der es um die Schaffung von Jobs für ältere Langzeitarbeitslose im gemeinnützigen Bereich geht. Eines der Hauptprobleme bei der Durchführung dieser Aktion ist ja der Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen. Und dieses Problem ließe sich elegant dadurch beheben, dass man die Langzeitarbeitslosen in die heimischen Casinos schickt, wo sie täglich acht Stunden lang das angesparte Pflegegeld an den Spielautomaten der Casinos Austria AG veranlagen dürfen.

Zu einer Schlagzeile im Kurier vom 15.11.2017

(61) Der Weg der scheinheiligen Könige

Pensionsexperten der sogenannten "Generationen-Aktion" haben überlegt, wie man sicher stellen könnte, dass die Staatsausgaben für unser Pensionssystem bei weiterer Alterung der Gesellschaft nicht aus dem Ruder laufen. Unschöne Maßnahmen wie Pensionskürzungen oder Beitragserhöhungen seien vermeidbar, wenn man den "Königsweg" aller Pensionsreformen beschreite. Der bestehe einerseits in der Einführung einer "Pensionsautomatik", die das Pensionsantrittsalter an die steigende Lebenserwartung binde. Andererseits gestatte er dem einzelnen Arbeitnehmer, selbst den Zeitpunkt des Pensionsantritts - und damit die Höhe seiner Abschläge - zu bestimmen.

Wer in diesem Vorgehen den Königsweg unter allen möglichen pensionspolitischen Varianten sieht, plädiert für eine Politik der Scheinheiligkeit, die alle Probleme auf den einzelnen Arbeitnehmer abwälzt und die eigenen Aktivitäten darauf beschränkt, ihre Hände in

Unschuld zu waschen. Wenn sich nämlich dieser Arbeitnehmer entschließen sollte, beim automatischen Anstieg des Antrittsalters nicht mitzuspielen und früher in Pension zu gehen, wäre er **selbst schuld** an entsprechend hohen Abschlägen. Dass er in sehr vielen Fällen gar keine andere Wahl haben wird, als vorzeitig in Pension zu gehen, weil der Arbeitsmarkt für Leute wie ihn schon lange keine Stelle mehr bereit hält, oder weil ihn mörderischer Arbeitsstress vorzeitig altern ließ, wird dabei ausgeblendet. Und unter den Tisch gekehrt wird auch jegliche Mitverantwortung der Politik für ein besseres Funktionieren des Arbeitsmarkts sowie die Sicherstellung menschenfreundlicher Arbeitsbedingungen.

Die Lügenpresse lügt nicht nur dadurch, dass sie die Sprache des neoliberalen Weltbilds spricht und in seinen Denkmustern denkt. Dort, wo die Fakten nicht zu dieser Sprache und zu den mit ihr verbundenen Denkmustern passen, lügt man (wie) gedruckt, wobei unterschiedliche Methoden des Lügens zur Anwendung kommen. Hier einige Beispiele dazu aus meinem Lügenpresse-Archiv ...

Ein (selbstverständlich) nicht veröffentlichter Leserbrief vom 14.6.2014 an die Innenpolitik-Redaktion des Standard

(62) Lügen mit Marktforschung

Sehr geehrte Redaktion,

da ich erst heute Gelegenheit hatte, einen Blick auf den Standard vom 10.6.2014 zu werfen, kann ich Ihnen mein Feedback zu dem Artikel mit dem Titel "Umfrage: Mehrheit lehnt Steuern auf Vermögen ab" nur mit großer Verspätung senden:

Die diesem Artikel zugrunde liegende Umfrage des Market-Instituts ist Musterbeispiel für einen manipulativen Umgang mit dem Instrumentarium der Meinungsforschung. Da bittet man die Befragten, einige der in Diskussion befindlichen Vorschläge für neue bzw. höhere Steuern zu bewerten, beschreibt aber die zu bewertenden Vorschläge auf eine höchst unausgewogene - eben manipulative - Art: Während man bei dem auf die Einkommenssteuer bezogenen Erhöhungsvorschlag richtigerweise präzisiert, dass es dabei nur um Erhöhungen für "Spitzeneinkommen" geht, fehlt bei den auf die Vermögenssteuern bezogenen Vorschlägen eine entsprechende Präzisierung. Da geht es einfach um eine "Steuer auf Finanzvermögen, also Sparguthaben und Wertpapierdepots" sowie um die "Wiedereinführung der Erbschaftssteuer" - als ob die entsprechenden Steuervorschläge keine Freibeträge vorsähen und jedes Oma-Sparbuch wie auch die kleinste Erbschaft ins Visier nähmen.

Mich wundert es nicht, dass sich bei solchen Antwortvorgaben kaum jemand für Vermögenssteuern ausspricht. Was mich aber sehr wundert, ist die Tatsache, dass ein angebliches "Qualitätsblatt" wie der Standard das Ergebnis einer so fragwürdigen Erhebung

gänzlich unkritisch übernimmt, um damit ein die Spindelegger-Linie untermauerndes Zerrbild der Einstellung der Bevölkerung zum Thema "Vermögenssteuern" zu zeichnen. Für wie dumm hält der Standard seine Leser?

Zum Titelblatt des Kurier vom 17.10.2018

(63) Lügen mit Bildern

Die Schlagzeile am Titelblatt lautet: "Arbeitslose sollen mobiler werden". Darunter, etwas kleiner, die Erläuterung: "Von Ost nach West. Arbeitssuchende sollen in Österreich dorthin, wo sie gebraucht werden. Die schrittweise Kürzung des Arbeitslosengeldes soll laut Experten Mazal den Druck erhöhen." Die große Grafik zu diesem Text zeigt eine am linken Bildrand, also im Westen, positionierte Hand, die einen Magneten hält, der eine am rechten Bildrand, also im Osten, positionierte Gruppe von Menschen anzieht, was dadurch illustriert wird, dass die Menschen zum Magneten hinlaufen.

Die Botschaft dieser Grafik ist eine glatte Lüge. Denn eine der Wahrheit näher kommende Illustration der obigen Meldung müsste eine am rechten Bildrand positionierte Hand zeigen, welche an der Kurbel eines Schraubstocks dreht und dadurch den **Druck** der beiden Backen des Schraubstocks auf die in ihm eingespannten Menschen so stark erhöht, dass ein Teil von ihnen nach Westen zu hinausgedrückt wird.

Würde eines der heimischen Schmuddelblättchen die Meldung über eine Vergewaltigung mit dem erotisch knisternden Foto eines im Liebesspiel verschlungenen Paares illustrieren, dann wäre der Kurier wohl eines der am lautesten aufschreienden Qualitätsmedien. Bei der Wirtschaftsberichterstattung nimmt man es selbst aber offensichtlich bei weitem nicht so genau mit der Korrektheit der Bildsprache.

Zu einem Kommentar im Spiegel vom 20.5.2017

(64) Lügen zulasten stummer Opfer

Im Spiegel gibt es eine Rubrik, die uns unter dem Titel "Früher war alles schlechter" Woche für Woche anhand von Statistikdaten faktenbasiert beweisen will, dass die vom Kapitalismus geschaffene Welt viel besser ist, als wir wissenschaftsfernen Dumpfbacken meinen. In der Nummer 73 dieser Rubrik geht es um die Arbeit in der Landwirtschaft, und wir erfahren, dass im Jahr 1900 noch 38% der arbeitenden Deutschen in der Landwirtschaft tätig waren, während das aktuell nur mehr auf 1,4% zutrifft. "Heute ernährt ein Landmann 140 seiner Mitbürger, und er macht es in der Regel effizient und artgerecht".

Schade, dass man unsere so effizient gehaltenen Mastschweine, Legehennen und Turbokühe nicht fragen kann, ob sie auch dieser faktenbasierten Meinung sind. Jetzt nochmals Franz Schellhorn, weil er mit allen Wassern gewaschen ist.

(65) Lügen mit Taschenspielertricks

Qualitätsjournalismus unterscheidet sich von der Boulevardpresse unter anderem durch seinen korrekten Umgang mit Zahlen. Österreichs führendes Nachrichtenmagazin bemüht mit Franz Schellhorn sogar den Direktor eines veritablen THINKTANKS, um uns im 14-Tagesrhythmus vorzuführen, wie man Statistiken auf seriöse Weise interpretiert. Zum heimischen Pensionssystem etwa legt jener Denkfabriksleiter folgendes Zahlenmaterial vor: "Allein um die jährlichen Defizite im staatlichen Pensionssystem abzudecken, werden in den kommenden fünf Jahren 64 Milliarden Euro benötigt. Weitere 54 Milliarden Euro fallen an, um die Beamtenpensionen auszahlen zu können. Macht in Summe 118 Milliarden Euro, die bis 2024 unter dem Kapitel 'Alterssicherung' fällig sind."

Im Anschluss an die Präsentation dieses Datenbefunds, folgt dann sofort dessen Interpretation, die in einer Kritik an der Bundesregierung verpackt ist. Letztere habe es nämlich "verabsäumt, diese atemberaubende Kostendynamik mit einer Anpassung des gesetzlichen Pensionsalters an die steigenden Lebenserwartungen einzubremsen."

Tatsächlich **atemberaubend** ist allerdings nur der im Zentrum der vorliegenden Deutung stehende **Interpretationstrick**. Der Herr Direktor benötigt für ihn nur ein einziges, unscheinbares Wörtchen. Es lautet "diese" und suggeriert den Lesern, dass die davor präsentierten Zahlen jene Kostendynamik belegen, deren Einbremsung sein Thinktank fordert.

Der Witz dabei: die genannten Zahlen mögen zwar sehr hoch sein, belegen jedoch keinerlei Dynamik, weil sie nicht durch entsprechend geringere Vergleichswerte aus vorangegangenen Jahren ergänzt werden. Das ist aber nicht notwendig, denn bei allen guten Zauberern und Trickbetrügern, sind es ja die Zuschauer bzw. Opfer selbst, die in ihren Hirnen ergänzen, was die Realität nicht hergibt. Und hier werden wir durch gekonnten Einsatz minimaler sprachlicher Mittel dazu gebracht, selbst zu ergänzen, was die uns vorgelegten Zahlen nicht aussagen.

Und nun noch der Standard vom 29.8.2015 mit einer Siegesmeldung von der 2015 noch heiß umkämpften Griechenland-Front

(66) Lügen mit Druckfehlern

Unter dem Titel "Neue Kürzungen bei griechischen Pensionen beginnen" schreibt DER STANDARD: "Nach der Erhöhung der Lebensmittelpreise in Griechenland kommen nun die Pensionisten zum Zug."

Es müsste natürlich heißen: "... vor den Zug".

Auch die für das Einlullen der Landbevölkerung zuständige Regionalpresse lügt, dass sich die Balken biegen. Dazu das folgende Beispiel, das ich in meinem Lügenpresse-Archiv in der Abteilung "Lügen mit Schlagzeilen" abgelegt habe.

Ende Oktober 2020 berichtet das jedem Haushalt gratis zugestellte Regionalmagazin TIPS über eine Sitzung des Gemeinderats der Stadt Braunau, vor deren Beginn mit einer Bürgerinitiative über die geplante Umwidmung einer großen Waldfläche für die Erweiterung eines Industrieparks diskutiert wurde. In der Sitzung selbst beschloss man dann eine minimale Ausweitung des innerstädtischen Baumbestands. Die Schlagzeile, unter der jener Bericht stand, veranlasste mich zu dem folgenden (selbstverständlich) nicht veröffentlichten Leserbrief an die TIPS:

(67) Preisrätsel für TIPS-Leser*innen

Angenommen, der Braunauer Gemeinderat würde eines Tages zugleich mit der Zubetonierung von 72 Hektar Wald im Umland der Gemeinde die Erhöhung des innerstädtischen Baumbestands um 20 Bäumchen beschließen.

Mit welcher Schlagzeile würde das Regionalmagazin TIPS von der betreffenden Gemeinderatssitzung berichten?

Hinweise für die Antwort finden sich in der jüngsten Ausgabe von TIPS, die mit dem Aufmacher "Braunau soll 'grüner' werden" erschien. Unter den richtigen Einsendungen werden 10 Jahresabos für ein wöchentliches Zweitexemplar von TIPS verlost.

An einer der zentralen Schaltstellen der großen Legitimationsmaschinerie werken jene Öffentlichkeitsarbeiter*innen, deren Aufgabe darin besteht, Wissenschaft unter die Leute zu bringen. Ist doch Wissenschaft nicht nur wichtig für die Steigerung der Produktivität sondern auch so etwas wie die Religion des säkularen Zeitalters. Was wissenschaftlich beglaubigt ist, sollen die Menschen glauben. Denn gläubige Menschen sind leichter zu lenken.

Nicht alle mit öffentlichen und privaten Geldern finanzierten Wissensproduzenten erzeugen solch herrschaftsstabilisierendes Wissen. Es ist aber für Außenstehende oft schwer zu erkennen, wo dies der Fall ist und wo nicht. Bei den Verlierern unserer wissenschaftlich legitimierten Ökonomie entsteht daher genereller Zweifel an den Welterklärungen der säkularen Religion. Man vertraut lieber obsku-

ren Pseudowissenschaften, weil die oft besser zu den Thesen der Verschwörungstheoretiker passen.

Trotz dieser unübersehbaren Krisenerscheinungen des Systems 'Wissenschaft' schlüpfen viele Wissenschaftler immer noch bereitwillig (weil bestens finanziert) in die Rolle von Priestern des Herrschaftswissens. Und die Wissenschaftsjournalisten stehen ihnen beiseite als etwas weniger gut bezahlte Messdiener, die zu den Auftritten der Priester ihre Weihrauchfässchen schwenken, auf dass andächtige Stimmung im Volk entstehe ...

Seit einiger Zeit wird zur Bezeichnung von wissenschaftlichen Spitzenleistungen ein neuer Begriff verwendet. Als ob man besonders andachtsfördernd duftendes Räucherwerk in die Weihrauchfässchen legen wollte ...

(68) Regierungswechsel

'Sehr Gut' hat abgedankt. Jetzt regiert ihre Exzellenz, die 'Exzellenz'.

Einer der exzellentesten heimischen Spitzenforscher, der sich manchmal sogar dazu herablässt, in seiner alten Heimat zu forschen, ist der Genetiker Josef Penninger.

Zu einem Interview mit Josef Penninger im Mittagsjournal vom 15.5.2015

(69) Äußerst investigativ!

Wissenschafts-Star Josef Penninger wollte nach Deutschland abwandern, wird aber durch zusätzliche 20 Millionen Euro für sein Institut zum Bleiben bewegt²⁵. Der Moderator des ORF-Mittagsjournals berichtet über diese Zusatzförderung für Penninger und meint dann: "Wir wollen wissen, ob er das wert ist und bringen deshalb ein Interview."

Mit wem denn? Natürlich mit Josef Penninger. Denn wer kann wohl besser beurteilen, was Josef Penninger wert ist, als er selbst.

Sehr kritisch und investigativ der Wissenschaftsjournalismus des ORF.

²⁵ Mittlerweile ist er längst schon wieder weg, weil es woanders viel mehr Geld und Ehre zu gewinnen gibt.

Wie erfolgreich die Wissenschaftsjournalisten ihre Weihrauchkessel schwenken, erkennt man daran, dass es ihnen gelingt, selbst bei Kolleg*innen aus anderen Abteilungen der Vierten Macht Andacht zu erzeugen.

Zu einem Kommentar von Barbara Kaufmann im Kurier vom 7.7.2017

(70) Experten als Magier

Ein Wahlkampf beginnt und die Kommentatorin fürchtet sich schon jetzt vor der nun auf uns zu kommenden Flut an Politiker-Homestories, die uns den jeweiligen Kandidaten als einfachen Nachbarn von nebenan näher bringen wollen. Sie ist nämlich "für die Magie der Homestories nicht empfänglich (und) möchte lieber niemanden an der Spitze des Staates, der so ist wie" sie selbst. Sie "hätte da lieber einen Experten sitzen", denn sie hat "keine Ideen, wie wir das mit den Pensionen noch hinbekommen sollen", und ebenso fehlen ihr Konzepte für "die Verwaltungsreform, die Bildungsoffensive (und) die Gesundheitsreform."

Die gute Frau merkt offenbar nicht, wie sehr sie für die Magie des Expertentums empfänglich ist.

Am andachtsfreudigsten sind die Politik-Journalisten.

Zum Ö1-Mittagsjournal vom 10.5.21

(71) Ö1: Wie immer völlig ideologiefrei

Aktuelle Nachrichtenlage: Der ÖGB-Präsident protestiert nachdrücklich gegen den Vorschlag des Wirtschaftsbundpräsidenten, das Arbeitslosengeld zu kürzen, die Notstandshilfe zu begrenzen und die Zumutbarkeitsbestimmungen zu verschärfen.

In dieser heiklen Situation weiß Franz Renner, Moderator des Mittagsjournals vom 10.5.21 einen vielversprechenden Ausweg: "Wenn zwei sich streiten, fragt man am besten einen Dritten, am besten einen nicht so Arbeitsmarktideologieüberfrachteten. In unserem Interviewstudio begrüße ich Helmut Hofer vom Institut für Höhere Studien. Guten Tag, danke fürs Kommen." - "Grüß Sie Gott!".

"Na Servas" kann man da nur fortsetzen, wenn man an die letzten drei Direktoren dieses völlig ideologiefreien Forschungsinstituts denkt:

1991-2012: Bernd Felderer, ein in der Tradition Friedrich August von Hayeks stehender Neoliberaler, von dem einmal die ihrerseits legendäre ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter sagte, dass ohne ihn das Land "im Keynesianismus versunken" wäre.

2012-2014: Christian Keuschnigg, der sich selbst genau wie sein Vorgänger als ein "*libe-raler Ökonom"* verstand und in Sachen Eurokrise etwa rigorose Budgetdisziplin und Schuldenbremsen forderte.

2016-2021 (nach einem kurzen interimistischen Zwischenspiel): Genau der Martin Kocher, der nun als Arbeitsminister, eben jene 'Reform' durchpeitschen soll, die der Wirtschaftsbundpräsident fordert.

Und so klingt es, wenn Wissenschaftler über ihre gesellschaftliche Funktion nachdenken und Wissenschaftsjournalisten dabei andächtig mitschreiben:

Zu einem Interview im profil vom 9.1.2017 mit einem Quantenphysiker

(72) Fürchtet Euch vor Forschungsbienen

Die Quantenphysiker hätten gern neues Spielzeug. Der große Teilchenbeschleuniger beim CERN in Genf hat seit der Entdeckung des Higgs-Bosons etwas von seinem Sexappeal verloren. Das Problem: Ein neuer, besserer, größerer kostet viel Geld. In China bauen sie jetzt einen um 14 Milliarden Dollar, aber man muss diese Investition dort in hitzigen Debatten gegen Zweifel an ihrer Sinnhaftigkeit verteidigen.

Die hiesigen Physiker möchten es sich da leichter machen. Wozu gibt es die Evolutionstheorie. Die ist zwar nicht ganz so eindrucksvoll empirisch bestätigt, wie das bis zur zehnten Nachkommastelle verifizierte Standardmodell der Teilchenphysik, aber manchmal kann man sie doch recht gut brauchen. Denn Evolutionstheorie sagt dem Menschen, was seine Bestimmung ist: "Wenn wir uns fragen, ob wir Wissenschaft betreiben sollen, dann ist das genau so seltsam, als würde sich eine Biene fragen, ob sie tatsächlich den mühsamen Weg zur Blüte auf sich nehmen soll. Wir alle sind Forscher. Wissenschaft ist genau das, wofür die Evolution uns ausgestattet hat. Wir würden also schlicht unsere Spezies verleugnen, würden wir aufhören, nach immer neuen Antworten zu suchen und die Welt besser zu verstehen".

Blöderweise hat die Evolution unsere Spezies auch dafür ausgestattet, die Welt mit unsren technischen Fähigkeiten zu zerstören. Sollen wir es deshalb auch tun?

Anders gefragt: Hat uns die Evolution nicht ebenso mit der Fähigkeit ausgestattet, zu überlegen, ob wir etwas nur deshalb tun **müssen**, weil wir es tun **können** und weil es vielleicht auch Spaß macht? Sollte man nicht gerade als Physiker in diesem Punkt etwas weiter denken als die Bienen?

Ich jedenfalls fürchte mich vor Physikern, die sich als Forschungsbienen verstehen und misstraue Wissenschaftsjournalisten, die ihr Magazin zur Propagandabühne für solche Physiker machen.

Wissenschaftsjournalisten schreiben aber nicht immer nur andächtig mit. Manchmal greifen sie auch zum Schwert, um für ihren Glauben (an die Wissenschaft) zu kämpfen. Besonders forsch und mit innovativer Taktik fightet der Wissenschaftsredakteur des profil. Während einfach gestrickte Wissenschaftsjournalisten mit der Methode der Skandalisierung kämpfen, hat er den Skandal-Skandal erfunden.

Zur Titelgeschichte im profil vom 30.7.2018

(73) Lügen durch Skandalisierung

Die Mainstream-Medien wehren sich verbissen und ohne jegliche Schuldeinsicht gegen den Lügenpresse-Vorwurf. Sie haben dabei nicht ganz unrecht, denn ihre Form der Verbreitung von Unwahrheit ist weniger ein plattes Lügen als ein Verschleiern von Grundwidersprüchen der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eine ihrer wichtigsten einschlägigen Methoden ist die Skandalisierung. Diese greift die allgemeine Unzufriedenheit mit dem jeweiligen Übel auf, lenkt sie aber von dessen eigentlichen Ursachen ab und fokussiert sie auf Missstände, die bloß Nebenfolgen des betreffenden Systemversagens sind.

Ein Musterbeispiel für dieses Vorgehen lieferte zuletzt der heimische Wissenschaftsjournalismus. Die Probleme der Wissenschaft, über die man **nicht** berichten möchte, sind eine immer öfter an ihre Grenzen stoßende technische Rationalität, ein allzu eng in die Profitlogik des Kapitalverwertungsprozesses eingebundener Ausbildungs- und Forschungsbetrieb, sowie ein Wettbewerbs- und Begutachtungsunwesen, das den Zugang zu Forschungsgeldern und Publikationsmöglichkeiten davon abhängig macht, wie weit es einem Forscher gelingt, sich in die Netzwerke der akademischen Elite einzuklinken. Hauptfolgen des letztgenannten Missstands sind eine verminderte Bereitschaft des Systems 'Wissenschaft', sich für neue, unkonventionell gedachte Ideen zu öffnen bzw. umgekehrt ein übersteigertes Beharrungsvermögen der von jener Elite bevorzugten theoretischen Konzepte und Problemzugänge.

Eine relativ unbedeutende Nebenfolge des herrschenden Wettbewerbs- und Begutachtungselends besteht darin, dass manche unter Publikationsdruck stehende Jungwissenschaftler kommerziellen Pseudojournalen oder Kongressveranstaltern auf den Leim gehen, die Publikations- und Referatsmöglichkeiten ohne vorangehende Qualitätsprüfung anbieten. Eine Rechercheplattform, der wichtige Mainstream-Medien wie die Süddeutsche

Zeitung, die ARD und der ORF angehören, bläst das zu einem Skandal auf und bietet dadurch der Wissenschaftsredaktion des profil die Möglichkeit noch eins draufzusetzen, indem man eine Titelgeschichte über einen entsprechenden **Skandalisierungs-Skandal** verfasst. In ihr **feiert** man dann die Effizienz und Selbstreinigungskraft des Systems 'Wissenschaft', indem man ausführlich die geringe quantitative Bedeutung der fragwürdigen Publikationskanäle belegt, ohne auch nur einen einzigen Nebensatz auf die oben erwähnten tatsächlichen Strukturdefizite zu verschwenden.

Das dankbarste Publikum für Wissenschaftler sind die Kinder, weil sie noch alles glauben, was man ihnen erzählt.

Zur einer Kindervorlesung im Rahmen der Wiener Vorlesungen

(74) Lasset die Kindlein zu mir kommen

Heute war ich Zaungast bei der Kindervorlesung eines der Wiener Starphysiker. Auch der Erwachsene kann bei solchen Veranstaltungen viel lernen. Ich zum Beispiel erfuhr, dass das Atom das am besten verstandene Objekt der Physik ist. Das war wirklich neu für mich, hatte ich doch nach jahrelanger Beschäftigung mit den erkenntnistheoretischen Problemen der Quantenphysik den Eindruck gewonnen, dass es sich dabei um den am besten berechneten und am schlechtesten verstandenen Gegenstand dieser Wissenschaft handelt.

Aber das ist vermutlich Ansichtssache. Wirklich sensationell waren die neuen Ergebnisse der Experimentalphysik, mit denen der Physik-Star die Kinder fütterte. Als eines von ihnen wissen wollte, wieso denn die Atome in den Atomkraftwerken so gefährlich seien, beruhigte er: Es gebe überhaupt keine gefährlichen Atome, oder anders gesagt, alle Atome seien gleich ungefährlich. Ich hatte im Physikunterricht noch gelernt, harmlos seien nur die Atome mit stabilem Kern, wogegen die mit instabilem Kern gefährlich seien, weil dieser Kern sich spontan verwandle und dabei ionisierende Strahlung aussende (Stichwort: Radioaktivität). Aber die moderne Atomphysik ist da offenbar schon viel weiter.

Auch mein Wissen über Atomkraftwerke ist hoffnungslos veraltet. Seit dem Besuch der Kindervorlesung weiß ich nun, dass das Betreten eines Zimmers, in dem zuvor geraucht wurde, gefährlicher ist als die Anwesenheit in einem Atomkraftwerk. Selbst bei einer Katastrophe wie der in Fukushima sei nämlich niemand gestorben. Dass man in Japan mit rund zehntausend strahlenbedingten Krebsfällen rechnet, ist offenbar nur eine Zeitungsente. Und die Strahlentoten von Tschernobyl gelten ja nicht, denn das war noch im unseligen Kommunismus. Heute kann so etwas nicht mehr passieren.

Ich sollte weniger Lügenpresse lesen und öfter in Kindervorlesungen gehen. Dann hätte ich sicher weniger Angst vor der Zukunft.

V. Der Mob ...

	Seite
(75) Wien, eine Stadt voller Depperln	91
(76) Billiger geht nicht!	92
(77) Versuch einer Ehrenrettung des Mobs	92

Rechtspopulisten mögen zwar Ruhestifter sein²⁶. Die Ruhe, die sie stiften, macht aber sogar denen, die von ihr am meisten profitieren, **Angst**. Denn es ist eine Ruhe, die sich nicht mehr auf altbewährte Mechanismen der hierarchischen Unterdrückung stützt. Die ehemals mit Bibel und Bajonett im Zaum gehaltene Masse fürchtet jetzt keine Hölle mehr und genießt alle demokratischen Freiheitsrechte. Sie muss sich daher **selbst bezähmen** durch die von den Rechtspopulisten mehr oder weniger geschickt gemanagte Erzeugung und Aufrechterhaltung eines hochkomplexen und daher äußerst labilen Gleichgewichts von Selbst- und Fremdaggression, das jederzeit kippen und zu schwer kontrollierbaren Gewaltausbrüchen führen kann.

In Wien wohnt ein guter Teil dieser potentiell gefährlichen Masse in Gemeindebauten. Deren Bewohner werden daher von den besseren Leuten, zu denen sich auch die meisten Journalisten zählen, mit großem Misstrauen beäugt.

Dazu der folgende (selbstverständlich) nicht veröffentlichte Leserbrief vom 24.9.2015 an die profil-Redaktion

(75) Wien, eine Stadt voller Depperln

Sehr geehrte Redaktion,

In Ihrer Titelgeschichte "Not und Spiele" drücken Sie eine Hoffnung auf Bewusstseinswandel mit folgender Formulierung aus: "Vielleicht dämmert irgendwann auch dem stumpfsinnigsten Gemeindebaubewohner, FPÖ-Stammwähler und Hardcore-Hooligan, ..."

Die Grammatik dieser Formulierung impliziert, dass Sie erstens den drei genannten Bevölkerungsgruppen einen gewissen Grundstumpfsinn unterstellen und zweitens davon ausgehen, dass diese prinzipielle Dämlichkeit bei manchen Mitgliedern besagter Gruppen ein gesteigertes Ausmaß erreicht.

Nun lässt sich vielleicht darüber diskutieren, ob derartige Vorurteile die richtige Ausgangsposition für einen sinnvollen Dialog mit FPÖ-Anhängern sind, oder ob sie nicht selbst dazu beitragen, Menschen in die Fänge der Rechtspopulisten zu treiben. Völlig indiskutabel erscheint mir aber die Anwendung Ihrer Stumpfsinnhypothese auf sämtliche Gemeindebaubewohner. Damit erklären Sie pauschal eine halbe Million Wienerinnen und Wiener zu Naturdepperln.

(Gemeindebaubewohner)	
Karl Czasny	
Beste Grüße	

Zu einem Interview im Standard vom 1./2.10.2016 mit dem Obmann des Österreichischen Verbands Gemeinnütziger Bauvereinigungen

(76) Billiger geht nicht!

Als es 2005 zu Straßenschlachten in den Pariser Banlieues kam, zweifelte in Österreich niemand daran, dass dies zu einem guten Teil Resultat von wohnungspolitischen und städtebaulichen Fehlentwicklungen war. Fehlentwicklungen, die darauf hinausliefen, Haushalte mit niedrigem Einkommen in Großsiedlungen mit besonders billigen Sozialwohnungen zu konzentrieren und damit gezielt Armenghettos zu erzeugen. Wir waren damals noch stolz auf unser Wohnbauförderungssystem, das für ein ausreichend großes Angebot an leistbaren Qualitätswohnungen sorgte und sozial Schwache nicht auf Billigwohnschienen abschob. Und wir freuten uns über EU-Statistiken, die nachwiesen, dass Haushalte aller Einkommensschichten hierzulande vergleichsweise selten unter Vandalismus und Kriminalität in der unmittelbaren Wohnungebung leiden.

Zehn Jahre später wichen in Frankreich die spontanen Gewaltausbrüche gezieltem Terror, der uns so sehr in Angst versetzt, dass wir viel zusätzliches Geld für die Aufrüstung von Polizei und Bundesheer flüssig machen. Zugleich wollen wir uns keine dem aktuellen Bevölkerungswachstum entsprechende Aufstockung der Wohnbauförderungsmittel leisten. Der Obmann des Verbands der Gemeinnützigen fordert daher dringend "eine Billigschiene innerhalb der Wohnbauförderung, die sich nur an der Bauordnung orientiert" und die Förderung der Wohnversorgung von Haushalten mit darüber hinausgehenden Qualitätsansprüchen sogenannten "High-Level-Qualitätsschienen" überlässt. Bei Praktizierung eines solchen Zweiklassensystems könnte man nämlich auch mit dem aktuellen Subventionsvolumen das Auslangen finden.

Verteidigungsminister Doskozil und Innenminister Sobotka dürfen zufrieden absalutieren, denn damit werden die strukturellen Weichen für die Erzeugung von Armenghettos mit stark erhöhtem Bedarf an militärischer und polizeilicher Infrastruktur gestellt.

Zu Berichten über den Sturm auf das Kapitol am 6.1.2021

(77) Versuch einer Ehrenrettung des Mobs

Das Entsetzen über den gestrigen Sturm auf das Kapitol in Washington ist geprägt von Abscheu und Angst vor einem durch Verschwörungstheorien aufgehetzten und nun durch die ehrwürdigen Hallen dieses Gebäudes rennenden "Mob". Ich ersuche all jene, die sonst immer so großen Wert auf die politische Korrektheit ihrer Sprache legen, um etwas mehr Selbstreflexion bei der Verwendung dieses Begriffs.

'Mob' ist die abwertende Bezeichnung einer ohne klare Organisations- und Führungsstruktur handelnden Gruppe von Menschen mit überwiegend niedrigem Bildungs- und Sozialniveau, die sich kurzfristig zu gemeinsamen Aktionen gewaltsamen Charakters zusammengefunden haben. Und Verschwörungstheorien sind der Versuch dieser Menschen mit niedrigem Bildungs- und Sozialniveau jene meist nicht so leicht begreifbaren, weil hoch-

komplexen Prozesse zu verstehen, die dazu führten, dass man ihnen die Zukunft raubte, bzw. eine solche von vornherein nie zugestand.

Gewiss, es war ein durch rassistische Verschwörungstheorien aufgehetzter Mob, der einst durch die fürchterliche Reichspogromnacht tobte und auch im Zentrum der ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda stand. Andererseits feiern wir noch heute den 14. Juli 1789, an dem die Bastille von einem Mob erstürmt wurde, der unter dem Einfluss von Verschwörungstheorien gegen die verhasste Marie Antoinette agierte. Und demnächst werden wir wehmütig daran denken, dass vor genau zehn Jahren der Mob der ägyptischen Hauptstadt Kairo die Sturmtruppen der Polizei des Diktators Mubarak in die Flucht schlug - wobei man getrost vermuten darf, dass auch dieser Mob sein Wissen über die Untaten des ägyptischen Diktators nicht ausschließlich aus evidenzbasierten politologischen Studien bezog.

Schlussfolgerung aus alledem: Die Aktionen des Mobs und die hinter diesen Aktionen stehenden Verschwörungstheorien sind immer nur Resultate eines geistigen Klimas, hinter dem auch viele der sich vom Mob distanzierenden Bürger stehen. Ist dies Klima von Hoffnung auf mehr Demokratie und Freiheit geleitet, wird sich die Gewalt des Mobs gegen die Symbole und Bollwerke der Macht richten. Ist es gekennzeichnet von Angst vor einem Zuviel an Demokratie und dem damit potentiell einhergehenden Verlust von Besitztümern und Privilegien, wird sie sich gegen deren wirkliche oder vermeintliche Gefährder richten. Die gewaltsamen Aktionen des Mobs drücken also immer nur aus, was die Bürger empfinden, aber nicht auszuagieren wagen, weil sie zu wenig verzweifelt sind, oder zu viel zu verlieren haben, und weil sie erkennen, dass die Dinge um einiges komplizierter liegen als die Verschwörungstheorien glauben machen wollen.

... und wir ganz normalen Leute

		Seite
(78)	Unsere Erbsünde	95
(79)	So gut waren wir schon lange nicht	96
(80)	Ein Jahr später: schon wieder nicht mehr so gut	96
(81)	Gedankenspiele in der Quarantäne	97
(82)	"Willkommenskultur"	97
(83)	Dumm, dümmer, am dümmsten	98
(84)	Das Problem liegt nicht im Niveau	99
(85)	Schmalbrüstig	99
(86)	Der Philosoph als Orakel	100
(87)	Auf dem Weg zum Menschenfeind	101
(88)	Kleine Innviertler Heimatkunde	102
(89)	Bobo-Papa übt Fifty-Fifty	103
(90)	Geld will nicht nur verdient sein	103
(91)	Wann bist Du so richtig alt?	104
	Hauptbahnhof	
	Trauriger alter weißer Mann	
	Biedermänner gestern und heute	

Die Wut des Mobs oder Hass und Verblendung von Terroristen nachzuvollziehen, ist nicht so schwer, wie es auf den ersten Blick aussieht. Da setzen sich Ängste, Hoffnungen, Aggressionen und Überzeugungen unmittelbar in Taten um. Die eigentliche Herausforderung besteht darin zu begreifen, wie wir ganz normalen Leute ticken: Wie ist es zu verstehen, dass wir nichts tun, bzw. letztlich genau das tun, was notwendig ist, damit alles bleibt, wie es ist?

Zu einem Bericht im Kurier vom 12.6.2015 über den Tag der Kinderarbeit

(78) Unsere Erbsünde

Weltweit müssen derzeit fast 170 Millionen Kinder arbeiten. Zum Beispiel in den Steinbrüchen Indiens, das sich zu einem bedeutenden Lieferanten von rohen Natursteinen und Grabsteinen entwickelt hat. Dort brechen schon Elfjährige im Akkord Steine aus dem Fels - ohne festes Schuhwerk, Mund- oder Augenschutz, täglich zehn Stunden lang für 1,50 € pro Tag. Sie schuften anstelle ihrer Väter, die sich hier auch schon als Kinder ihre Staublungen geholt haben und daher nun mit dreißig arbeitsunfähig sind. Also müssen jetzt die Mütter mit den Kindern in den Fels. Man ist bei den Besitzern der Steinbrüche verschuldet und es gilt, das Geld für die Zinszahlungen zu beschaffen. Die Hungerlöhne reichen aber nicht aus für die Abzahlung der Kredite, weshalb die Steinbruchkinder von heute ihre Schuldknechtschaft auch an die eigenen Kinder und Enkel weitervererben werden.

So wie die Eltern jedem Kind, das unter solchen Bedingungen geboren wird, ihre Schulden in die Wiege legen, erbt hierzulande jedes Neugeborene unsere Mitschuld an diesem fernen Elend. Ja, es gibt eine Erbsünde. So wahr, wie es die Vererbung von Schuldknechtschaft gibt, gibt es unsere Schuld der Duldung eines Ausbeutungssystems, das derartiges Unrecht erzeugt und verfestigt. Diese Sünde, die wir an unsere Kinder weitergeben, wäre aber nicht durch das Sakrament der Taufe zu tilgen, sondern nur durch den konsequenten Kampf gegen eine Ökonomie, die Kinderarbeit und Schuldknechtschaft erzeugt. Und sollte es unseren Kindern oder Enkeln einst gelingen, sich von dieser Erbsünde zu befreien, werden sie uns vorwerfen, die Augen geschlossen zu haben vor den Steinbrüchen, in denen Kinder arbeiten. So wie wir unseren Eltern vorwarfen, weggesehen zu haben von den Steinbrüchen, in denen sich die Arbeitssklaven Mauthausens und seiner Nebenlager zu Tode schufteten.

Warum es uns nicht und nicht gelingen will, auf die neuen Steinbrüche hinzusehen? Weil wir uns vor der Auflehnung gegen die dahinter stehende Ökonomie fürchten. Weil wir im Vergleich zu den Schuldknechten mit ihren Staublungen als Profiteure jenes Wirtschaftssystems zu gelten haben - selbst dann, wenn unsereins hierzulande zu den Verlierern seiner schrankenlose Wettbewerbsdynamik zählt. Und weil es völlig aussichtslos, ja lächerlich wäre, gegen ein weltumspannendes Herrschaftsgehäuse anzukämpfen zu wollen.

Weil also Auflehnung nicht in Frage kommt, müssen wir die Bilder von den Kindern im Steinbruch möglichst schnell vergessen. Wie alles Verdrängte kommen diese Bilder aber wieder in uns hoch. Und wie das eben so ist bei den weggeschobenen und dann wieder auftauchenden Bildern, kommen sie in neuer, verzerrter Gestalt zurück. In einer Gestalt, die zwar immer noch bedrängend ist, aber doch leichter zu ertragen als die Bilder von den Kindern im Stein ohne Mundschutz, mit langsam aber unaufhaltsam fortschreitender Lungenfibrose. Was da in uns von unten heraufkommt, sind Bilder von bedrohlichen Fremden, die über unsere Grenzen drängen. Nein, unsere eigentliche Angst gilt nicht den paar tausend Flüchtlingen, die da jedes Jahr bei uns um Asyl suchen. Es sind jene Millionen und Abermillionen von Armen, die nicht vor politischer Verfolgung flüchten, sondern bloß dorthin wollen, wo es keine Steinbrüche mit Kindersklaven gibt.

Tief in uns drinnen, dort wo die Bilder von den Kindern im Steinbruch sitzen, wissen wir, dass jene Armen im Recht sind, ist es doch purer Zufall, dass sie und nicht wir ins Elend hineingeboren wurden. Wir können dieses Wissen aber nicht ertragen, so wenig wie die Bilder der Kindersklaven. Deshalb müssen wir die Armen an unseren Grenzen im Meer ersaufen oder in Containern ersticken lassen und die, die es zu uns geschafft haben, als Schmarotzer oder Kriminelle diffamieren und so schnell wie möglich wieder zurück ins Elend deportieren.

Zu einschlägigen Zeitungsmeldungen vom 6.9.2015

(79) So gut waren wir schon lange nicht

Tausende erschöpfte Flüchtlinge überschreiten, von Ungarn kommend, die Österreichische Grenze. Die Hilfsbereitschaft der Österreicher explodiert.

(... weil fast alle nur auf der Durchreise sind)

Ergänzende Bemerkung vom 8.9.2016

(80) Ein Jahr später: schon wieder nicht mehr so gut

Nach zwei Tagen mit offenen Grenzen für Flüchtlinge verspricht der Bundeskanzler die baldige Rückkehr zur Normalität.

(Sprich: Einreise im luftdicht verschweißten Container)

Drei Jahre danach, sind wir dann wieder so richtig gut - abgesehen von kleinen Einschränkungen ...

Notiz vom 16.3.2020, dem ersten Tag von "Österreich auf Notbetrieb"

(81) Gedankenspiele in der Quarantäne

Ich stehe derzeit in meinem zweiundsiebzigsten Lebensjahr. Damit zähle ich zu jener privilegierten Bevölkerungsgruppe, um derentwillen man nun die globalisierte Ökonomie in eine Weltwirtschaftskrise schickt, die sich gewaschen hat. Danke, ich fühle mich geschmeichelt! Darüber hinaus bin ich ziemlich erleichtert, weil langsames Ersticken eine der schlimmsten für mich vorstellbaren Todesarten ist und sich nun meine Chance erhöht, nicht schon demnächst auf diese Weise mein Löfferl abzugeben. Denn durch die jetzt getroffenen Maßnahmen kann die Verlaufskurve der Pandemie vermutlich so deutlich gestreckt werden, dass jederzeit genügend Intubationsgeräte vorhanden sind.

Dann fällt mir ein, dass derselbe Herr Kurz, der jetzt mich und viele andere Senior*innen vor dem Erstickungstod bewahrt, ohne mit der Wimper zu zucken, tausende Flüchtlinge (im Vorjahr waren es 1.900) im Meer ersticken (sprich: ersaufen) lässt, weil andernfalls angeblich ein für unseren Staat nicht verkraftbarer Migrantenzustrom droht. Und abermals fühle ich mich geschmeichelt. Wie unglaublich hoch muss der Wert meiner Person sein, wenn die nur mehr verhältnismäßig kurze Spanne des mir noch verbleibenden Lebens um so viel schützenswerter ist als das potentiell noch sehr lange Leben eines in ein Flüchtlingsboot steigenden Kindes.

Noch meditiert meine rechte Gehirnhälfte über diese Werterelation, als die linke schon wieder mit neuen Berechnungen beginnt. Die gehen davon aus, dass künftig womöglich alle paar Jahre eine Pandemie über die Welt fegt und der Staat jedes Mal die Spendierhose anziehen muss (Stichwort: "Whatever it takes"), was nur möglich sein wird, wenn er sich entsprechend hoch verschuldet. Weil aber die berühmten "Märkte" allzu hoch verschuldete Staaten so gar nicht mögen, wird man dann wohl wieder rigorose Sparprogramme im Sozialsystem starten, um für die nächste Pandemie gerüstet zu sein. Keine besonders rosigen Aussichten für das Leben zwischen den Pandemien ...

Doch nun wieder zurück ins Jahr 2015

Zu einem damals oft bemühten Schlagwort

(82) "Willkommenskultur"

Für mich das heimliche Unwort des Jahres 2015, weil es auf einer Lüge fußt und diese Lüge einzementiert. Denn es unterstellt, dass wir die zu uns strömenden Flüchtlinge willkommen heißen sollen, so wie man Fremden Schutz und Gastfreundschaft gewährt. In einer Welt der globalisierten Kapitalverwertung gibt es aber längst keine Fremden mehr. Da bestehen universelle Gewinner- und Verliererbeziehungen. Und in diesem umfassenden ökonomischen Beziehungsnetz stehen wir selbst, soweit wir hierzulande nicht zu den

Ärmsten zählen, auf der Siegerseite, während die Flüchtlinge in ihrer großen Überzahl Verliererpositionen einnehmen. Das Gastfreundschaftsgeschwafel sollte daher durch einen Diskurs von Schuld, Mitschuld und Schuldabtragung ersetzt werden. Mit ihm hätten wir uns zwar in der ersten Phase der aktuellen Flüchtlingswelle weniger euphorisch gefühlt. Unsere Aufnahme- und Hilfsbereitschaft wäre aber vermutlich weniger rasch verflogen, als dies tatsächlich der Fall war. Wer sich einmal bewusst gemacht hat, wie groß die von uns und unseren Vorfahren aufgehäufte Schuld am Elend in vielen anderen Teilen dieser Welt ist, wird nicht so schnell nachlassen in dem Bemühen, wenigstens ein kleines Stück von ihr abzutragen. Denn er wird sich selbst dabei nicht als großzügigen Geber erleben, sondern als Teil derer, die sich seit langer Zeit allzu viel genommen haben - und noch immer nehmen (wie die neokolonialistische Wirtschafts- und Außenhandelspolitik der EU zeigt).

Ende Mai 2018 machen die Experten aller Sozialhilfeorganisationen darauf aufmerksam, dass die zur Abschreckung von Flüchtlingen geplanten Kürzungen bei der Mindestsicherung vor allem Kinder aus einheimischen Familien treffen werden.

(83) Dumm, dümmer, am dümmsten

Ursprünglich waren die Bürger von Schilda für ihre große Klugheit bekannt, weswegen Könige und Kaiser sie als Ratgeber begehrten. Da sich ihre Stadt auf diese Weise langsam, aber sicher entvölkerte, ersannen die Schildbürger eine List: Sie stellten sich dumm, und das mit so großer Konsequenz, dass die Dummheit allmählich zu ihrer zweiten Natur wurde, für die sie alle Welt verlachte.

Nun ist Dummheit zwar keine sehr gute Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, sie schließt ihn aber nicht grundsätzlich aus, weil manchmal auch die Dummen Glück haben. Und so gab es in der Geschichte von Schilda eine Epoche, in der es dieser Stadt besser ging als den meisten anderen ihrer Umgebung. Damals zogen viele Arme aus jenen Nachbargemeinden nach Schilda in der Hoffnung, dort leichter über die Runden zu kommen. Da aber die Schildbürger ihren Wohlstand nicht mit diesen Armen teilen wollten, stockten sie ihre Stadtmauern auf und verstärkten deren Bewachung.

Das führte dazu, dass immer mehr Arme vor den Toren der Stadt lagerten und auf Einlass drängten, was den Schildbürgern Angst machte. Da hatte ihr pfiffiger Jungbürgermeister eine Idee: Wir sind einfach noch nicht dumm genug, erklärte er seinen Mitbürgern. Wir müssen noch dümmer werden. Beschließen wir doch ein Gesetz, das alle Bürger unserer Stadt dazu zwingt, sich einmal pro Jahr ins Knie zu schließen. Dann will keiner mehr zu uns kommen, um Schildbürger zu werden.

Als seinem Vizebürgermeister diese Idee zu Ohren kam, wollte er nicht nachstehen und präsentierte einen Verbesserungsvorschlag. Wenn etwas so richtig dumm ist, erklärte er seinen Mitbürgern, dann muss es auch böse sein. Und so regte er an, dass die Schildbürger

im Zuge ihres Selbstbeschädigungsrituals jeweils auch ihren Kindern ins Knie schießen sollten. Dieses Konzept entsprach nun genau der Geistes- und Gemütsverfassung des durchschnittlichen Schildbürgers, weshalb man den Bürgermeister und seinen Vize mit dem für wirklich unfassbare Dummheit reservierten, höchsten Orden Schildas auszeichnete und bei den drei nächsten Bürgermeisterwahlen mit überwältigender Mehrheit wieder wählte.

Die in den Augen ihrer Wähler geniale Taktik des Bürgermeisterduos konnte übrigens aus verschiedensten Gründen die Zahl der vor den Toren der Stadt lagernden Armen nicht vermindern. Die Schildbürger verstanden keinen dieser Gründe. Aber sie ließen sich deshalb keine grauen Haare wachsen, denn sie waren schon längst viel zu dumm, um nach den eigentlichen Ursachen ihrer Probleme zu fragen.

Wir ganz normalen Leute verwechseln bei unserer Abgrenzung vom Mob gern Niveau mit Moral.

Zu einer Glosse im Kurier vom 5.6.2018

(84) Das Problem liegt nicht im Niveau

Ein FPÖ-Landesrat beschwert sich darüber, dass Köter mit Migrationshintergrund den inländischen Hunden die Plätze in den Tierheimen streitig machen, worauf eine Kurier-Kommentatorin derart "fatale Niveauabstürze" beklagt. Ich dagegen freue mich, wenn das geistige Niveau der Politik ihrem moralischen Level entspricht. Oder soll ich mir etwa eine menschenverachtende Politik mit Niveau wünschen?

Probleme mit dem Stellenwert von Moral und Ethik haben aber offenbar nicht nur wir ganz normalen Leute, sondern auch die einschlägigen Expertengremien.

Zu einer Notiz im profil vom 10.2.2014

(85) Schmalbrüstig

Das profil berichtet über die italienische Bischofskonferenz, "... die sich in der Regel aus der italienischen Politik heraushält, solange kein ethisches Thema auf der Tagesordnung steht, ..."

Wie schmalbrüstig muss eine Ethik sein, wenn sie nicht immer auf der Tagesordnung steht.

Selbst Philosophen tun sich recht schwer mit ethischen Fragen.

(86) Der Philosoph als Orakel

In der Sendung "Kulturzeit" am 18.12.2020 bemühten sich der Moderator Gert Scobel und der Philosoph Wolfram Eilenberger um einen philosophischen Rückblick auf das vergangene Jahr:

MODERATOR: Was ist die nächste große Aufgabe für Philosophen?

PHILOSOPH: Wir müssen den Menschen erklären, dass es die Weltgeschichte nicht persönlich mit ihnen meint, und dass es schwere Zeiten gibt, an denen niemand schuld ist. Diese Frage 'Wer ist jetzt daran schuld?' ist eine politisch sehr gefährliche Frage. Und wir sind in einer Situation, in der diese Frage der Therapie bedarf.

Eine weise Antwort. Sie fokussiert die Philosophie sehr richtig auf ein Therapieren unseres Fragens. Philosophieren ist tatsächlich weniger ein Antwortgeben als ein Fragenkorrigieren. Und tatsächlich trägt auch niemand im herkömmlichen Sinne 'Schuld' am Elend der Menschen. Diese umfassende Absolution hat aber etwas von einem Orakelspruch. Hier bleibt so viel offen, dass viele falsche Interpretationen möglich sind.

Natürlich sind Wirtschaftszusammenbrüche, Flüchtlingselend, Pandemien usw. nicht unmittelbare Folgen gezielten Handelns bestimmter Bösewichte bzw. böswilliger Eliten. Und selbstverständlich ist auch der Klimawandel kein von irgendjemandem mit böser Absicht in die Welt gesetztes Lügengespinst. Es gibt also keine Schuldigen im Sinne diverser Verschwörungstheorien. Wer ihnen anhängt, überschätzt die Einflussmöglichkeiten einzelner Individuen, hat also nicht begriffen, dass die vermeintlichen Strippenzieher nur Agenten der ihnen Macht verleihenden sozio-ökonomischen Strukturen sind.

All diese Katastrophen sind ebenso wenig Resultate eines hinter unserem Rücken waltenden, von höheren Mächten zu verantwortenden Geschicks. Die Schuld trifft daher auch nicht die Weltgeschichte oder gar die Götter. Um es am Beispiel der uns aktuell quälenden Pandemie auf den Punkt zu bringen: Götter haben vielleicht die Viren erschaffen, sind aber sicher nicht verantwortlich für jenes weltweit vernetzte Produktions- und Austauschsystem, das ihnen beste Ausbreitungsmöglichkeiten bietet. Wir selbst entwickelten diese von einer gnadenlosen Profitlogik gesteuerte Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, die den Ausbruch von Pandemien begünstigt, ihren Verlauf dramatisch beschleunigt und die von ihnen verursachten gesundheitlichen und sozio-ökonomischen Probleme drastisch verschärft. Analog verhält es sich bei allen anderen weltweit drohenden Krisen. Stets trifft die Schuld am größten Teil des von ihnen erzeugten Elends letztlich **uns alle**. Denn niemand anderer als wir selbst hat unsere Elend produzierende und Elend potenzierende Art des Wirtschaftens etabliert und niemand anderer als wir selbst duldet ihren Fortbestand.

Die Schuld an diesem Fortbestand trifft uns aber auf ganz unterschiedliche Weise. Denn zum einen hat jeder von uns verschieden geartete und verschieden große Möglichkeiten, Beiträge zur Veränderung jener Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu leisten. Und zum anderen profitieren wir von ihr in ganz verschiedenem Ausmaß und auf ganz verschiedene Art. Der eine kann sich über sein fettes Bankkonto freuen, der andere darf bloß froh sein, dass es ihm immer noch besser geht als seinem langzeitarbeitslosen Nachbarn,

und der wieder muss sich damit begnügen, dass er's richtig gut hat im Vergleich zu dem von Ratten benagten Flüchtlingskind im Zeltlager auf Lesbos.

Angesichts dieser hochkomplexen Verantwortungs- und Begünstigungslage darf sich Philosophie bei der Therapie unseres Fragens nach der Schuld am Elend unserer Welt nicht mit weisen Orakelsprüchen begnügen. Sie sollte vielmehr dabei helfen, die diesbezüglichen Fragen so differenziert zu stellen, dass entsprechend differenzierte Antworten möglich werden. Denn nur sie führen weder zu einer Versöhnung mit dem Elend noch zu seiner Abwälzung auf Sündenböcke, sondern eröffnen Perspektiven für die Auflehnung gegen seine strukturellen Ursachen.

Wer sich Schuld und Elend nicht stellen will, muss Lebensstrategien entwickeln, die ziemlich ekelhaft sind. Sosehr aber wir ganz normalen Leute hierzulande auch vor Ekelhaftigkeit strotzen, sollten wir uns doch nicht in der Illusion wiegen, wir hätten zumindest in diesem Punkt einen internationalen Spitzenrang erreicht.

Zur völkerverbindenden Rolle internationaler Forschungskooperationen

(87) Auf dem Weg zum Menschenfeind

Mit zunehmendem Alter lief ich ernsthaft in Gefahr, mich zu einem richtigen Österreich-Hasser zu entwickeln, der sich vor unserem Opportunismus und unserer Verlogenheit ekelt. Dann aber leiteten wir²⁷ ein EU-Forschungsprojekt, bei dem es galt, Wissenschaftler*innen aus Schweden, den Niederlanden, Frankreich, Spanien und Großbritannien zu koordinieren. Und dabei stellte ich dann überrascht fest: Alles Landsleute im Geiste.

Sind auch im europäischen Maßstab kaum Unterschiede im mittleren Niveau des Ungustl-Faktors festzustellen, so ist es doch lohnend, auf kleinräumige Besonderheiten zu achten. Als Pendler zwischen Wien und dem Innviertel habe ich Einblick in zwei ganz unterschiedliche Normalbürger-Biotope, in denen das Ekelhafte in so schrägen regionaltypischen Brechungen daherkommt, dass man vor lauter Schmunzeln aufs Kotzen vergisst. Hat man dann die Lippen lange und oft genug entsprechend gekrümmt, wird man sich vielleicht sogar dabei ertappen, das alles irgendwie liebenswert zu finden ...

_

²⁷ Das Stadt- und Regionalwissenschaftliche Zentrum - SRZ, ein selbstverwaltetes Forschungskollektiv

Beginnen wir mit einigen Beobachtungen im Innviertel.

(88) Kleine Innviertler Heimatkunde

K. U. K. - WETTBEWERB: WER IST DER BESSERE RASSIST?

Seit der Osterweiterung der EU verschlägt es den einen oder anderen Ungarn ins Innviertel. Einer davon hat kürzlich ein gut eingeführtes Gasthaus in unserer Nähe übernommen. Als ein Stammgast dem neuen Wirten bei der ersten Begegnung ein herzhaftes "Griass di Zigeinerbaron!" zuruft, erhält er von diesem auf der Stelle Lokalverbot. Sein Fehler: Er hatte nicht bedacht, dass die Roma in den Augen eines waschechten Ungarn noch viel tiefer stehen als die Ungarn in den Augen eines zünftigen Innviertlers.

Man verbindet den Rassismus hierorts völlig problemlos mit touristischem Internationalismus.

DER GLOBALISIERTE INNVIERTLER (aufgeschnappt am Baggersee)
Zerscht samma obe noch Laos,
dann samma umme nach Vietnam.

In einem der abgelegensten Dörfer einer der hintersten Provinzen eines durch und durch provinziellen Binnenzwergstaats ist derartige Weltoffenheit geradezu überlebensnotwendig.

MEER ODER WENIGER
Oiwei Weng im Innkreis
is a weng weng.
Weng am Mea
warat a weng mea.

Um originelle Formen der Vermittlung von Gegensätzen bemühen sich die Innviertler*innen auch im Bereich des Geschlechterverhältnisses

ZWEI MÄNNER ÜBER IHRE ABWESENDEN EHEFRAUEN (oder: die Gattin als transportable Stütze)

- Wo host'n die dei?
- Die mei is heit zammklappt, wia's aufsteh hot woin
- Ah geh! Hoit's nimma her?

ZWEI FRAUEN ÜBER IHRE ABWESENDEN MÄNNER

- Wos mocht da dei?
- Da mei? Ja mei ... !!!

Viele Probleme der Frauen mit den Ihrigen sind durchaus schichtund regions UN spezifisch.

Zum Beleg dieser These folgender Bericht im profil vom 2.1.2017 über einen Wiener Theaterregisseur.

(89) Bobo-Papa übt Fifty-Fifty

Er "studiert auch abseits des Theaters soziale Konstellationen, ihm wird alles zum Stoff. Seine Tochter wurde gerade eingeschult, vor einigen Wochen war er zum Elternabend eingeladen, wo er zunächst Angst hatte, es würde langweilig werden. 'Aber dann merkte man die Hackordnung: wer die Reicheren waren und wer die Ärmeren, wer die Führung übernahm und wer nur zuschaute. Das war ein unglaublich spannender gesellschaftlicher Raum.' Zu Hause habe ihn seine Frau dann gefragt, was an diesem Elternabend genau besprochen worden sei. Er habe keine Ahnung gehabt, hatte nur die Leute beobachtet, erzählte er amüsiert."

Ob da auch seine Frau amüsiert war? Und ob auch seine Tochter amüsiert gewesen wäre, würde sie schon verstehen, wie wichtig es für das Gelingen jeder Einschulung ist, dass die Eltern darüber Bescheid wissen, was in der Schule so läuft, was man dabei von ihnen erwartet und welche Mitsprachemöglichkeiten es für sie gibt? Mein Tip: Zum nächsten Elternabend soll besser wieder die Mama gehen.

Ein kurzer Abstecher in den Speckgürtel der Bundeshauptstadt macht dann aber deutlich, dass es doch auch einige sehr signifikante schichtspezifische Differenzen im Ungustl-Faktor gibt.

Über einen im profil vom 22.11.2020 erschienenen Leserbrief zu einem Kommentar von Elfriede Hammerl

(90) Geld will nicht nur verdient sein

Die unnachahmliche und unersetzliche Elfriede Hammerl kritisiert eine fundamentale Ungerechtigkeit in unserem Lohngefüge: "Manche Menschen können Dachrinnen reparieren, Lichtleitungen legen, Polsterbezüge nähen, Druckverbände anlegen, Kindern das Alphabet beibringen. Mehr Geld als Dachrinnenreparierer und Lichtleitungsleger machen jedoch diejenigen, die deren Fähigkeiten und Fertigkeiten verwalten und ihre Leistungen an dritte verkaufen."

Herr W. aus Klosterneuburg ist empört und rügt Frau Hammerl auf der Leserbriefseite der nächsten Nummer des profil: "Wieder einmal bejammern Sie die ach so armen Mitarbeiter, die in 'einfachen' Berufen tätig sind und schüren gleichzeitig den Neid gegen Besserter."

verdiener, denen Sie subtil unterstellen, eigentlich viel Geld für Unnützes einzusacken. ... Ja, manche Menschen können Dachrinnen reparieren, Verbände anlegen oder im Supermarkt die Kassa bedienen. Alles zweifellos (auch) notwendig, aber das meiste davon kann man binnen kurzer Zeit lernen. Um hingegen höhere Bildung zu erwerben, bedarf es wesentlich mehr: jahrelanges Lernen an höheren Schulen und/oder Universität, Fachhochschulen etc. Das ist mit viel Aufwand, Disziplin, Geld- und Freizeitverzicht in jungen Jahren verbunden. Das kann, will und schafft nicht jeder!"

Man darf Herrn W. nicht böse sein. Wahrscheinlich sieht die Welt wirklich so aus durch die leicht getönten Scheiben der Panoramafenster einer an den Hängen des Kahlenbergs gelegenen Villa mit Blick auf das blaue Band der Donau und den Steffel. Und ich würde ihn gern darauf aufmerksam machen, dass das wohl wichtigste Argument für seine Sicht der Dinge das folgende ist: Erst auf der höchsten Ebene unseres Bildungssystems wird dem Menschen jenes Wertefundament vermittelt, das ihn befähigt, seinen wohlverdienten Mehrverdienst in kulturell angemessener Weise wieder an die Gesellschaft zurückzugeben.

Empirisch untermauert wird dieses Argument durch eine Kurzmeldung im Kurier vom 27.11.2020. Hier lesen wir, dass ein "Wiener Akademikerpaar" dem Leopold Museum ein Klimt-Gemälde schenkt, welches es zuvor im Dorotheum um 475.064 Euro ersteigert hat. Selbst bei bester Vermögenslage würden sich wohl nur relativ wenige Dachrinnenreparateure zu einer so selbstlosen Hochkulturleistung entschließen.

Ich entschuldige mich aber sogleich bei allen wohlhabenden Akademikerpaaren der Bundeshauptstadt für dieses vergiftete Lob. International beobachtet man heutzutage noch viel ekelhaftere Weisen, den eigenen Reichtum spazieren zu führen.

(91) Wann bist Du so richtig alt?

So richtig alt bist Du erst dann, wenn Dir zum ersten Mal der Stoßseufzer "Waren das noch Zeiten!" entfährt. Heute war es bei mir so weit. Heute sah ich in einer Zeitung das Foto eines Mannes, der zwei auf allen Vieren kriechende Bikini-Schönheiten an der Leine spazieren führt. Neben dem Bild las ich, dass hier der australische Tabak-Millionär Travers Beynon mit seiner Frau und seiner Freundin äußerln geht.

Waren das noch Zeiten! Im guten, alten Achtundsechziger Jahr. Als die Vallie Export den in dunklem Anzug übers Pflaster kriechenden Peter Weibel an einer Hundeleine durch die Kärntner Straße zog.

Das Alter macht nicht nur wehmütig, sondern auch mild. Speziell als ein auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesener Stadt-Land-Pendler hat man sich jahrzehntelang in Nachsicht geübt. Während der Individualverkehr die Menschen gegeneinander aufbringt, ist das öffentliche Verkehrswesen, insbesondere dessen Fernverkehrssektor, so etwas wie die hohe Schule der Toleranz. Von den modernen Gesellschaften womöglich vor allem deshalb entwickelt, um uns zu domestizieren. Abgeschliffen wie die Bremsbeläge der uns täglich in den Schlaf rüttelnden Waggons, mürbe gemacht von ständigen Verspätungen unserer Züge, geübt im Gleichmut angesichts der niemals wartenden Anschlussverbindungen und der im ungünstigsten Augenblick immer auf Halt stehenden Streckensignale werden wir Pendler mit den Jahren völlig immun gegen jegliche Versuchung, der sich in uns aufstauenden Wut freien Lauf zu lassen.

Zur Eröffnung des neuen Wiener Hauptbahnhofs, der mit dem Fahrplanwechsel am Sonntag, dem 14.12.2014 zur internationalen Fernverkehrsdrehscheibe wurde. Starker Pendlerverkehr am darauf folgenden Montag brachte die erste Bewährungsprobe für das eindrucksvolle Bauwerk.

(92) Hauptbahnhof

Dramolett

für einen heimischen Stararchitekten und mehrere Pendler. Ort der nicht ganz frei erfundenen Handlung ist einer der Bahnsteige. Als Planer des Hauptbahnhofs schaut der Architekt bei seinem Rundgang durch das Bahnhofsgebäude hier kurz vorbei. Wegen des schlechten Wetters (minus 1 Grad, starker Wind, Schneetreiben) sind alle auf dem Bahnsteig wartenden Pendler dick vermummt. Der Architekt trägt einen eleganten dunklen Anzug, darüber einen locker geknüpften Schal.

ARCHITEKT (zu einem der Pendler): Grüß' Sie. Wieso warten Sie hier oben am Bahnsteig und nicht unten im beheizten Wartebereich?

ERSTER PENDLER: Wir sollten eigentlich schon im Zug sitzen. Der hat aber Verspätung wegen Getriebeschaden. Jetzt stehen wir da seit mehr als einer viertel Stunde.

ARCHITEKT: Und wie gefällt Ihnen der neue Bahnhof?

ERSTER PENDLER: Er ist sehr schön.

ARCHITEKT: Schönheit ist ja so wichtig in der Architektur. Meine Handschrift als Architekt ist die Reduktion auf das Einfache, das Wesentliche. Das darf aber nicht an Poesie verlieren; Poesie mit Leichtigkeit, ist mein Leitmotiv. Da gibt es natürlich viele Einschränkungen aufgrund der Funktionalität. Aber die kann man mit Poesie bewältigen. Nehmen Sie zum Beispiel das Dach dieses neuen Hauptbahnhofs: Seine spekta-

kuläre Formensprache mit den Rauten ist eine perfekte Lösung des Problems der Brandrauchlüftungen. Was sagen Sie zu dieser Dachkonstruktion?

ERSTER PENDLER: Sehr eindrucksvoll. Nur vor dem Schneetreiben schützt sie nicht, weil der Wind den Schnee zwischen den Dachrauten durchbläst. Das ist irgendwie suboptimal. Auch von der Seite her ist jetzt alles offen.

ARCHITEKT: Natürlich, Offenheit ist ja das Markenzeichen des neuen Hauptbahnhofs. Sie ist ein starkes Statement für die Öffnung Wiens gegenüber Europa und der ganzen Welt.

ZWEITER PENDLER: Da pfeift der Wind von überall her.

ARCHITEKT: Sie haben recht, die feingliedrige und dynamische Konstruktion des Bahnsteigdachs ist äußerst durchlässig und transparent. Deshalb ist das Gebäudeinnere bei jedem Wetter von Licht durchflutet. In der Nacht zeigt sich die Halle als hell erleuchtetes Faltwerk. Ein grandioses Licht-Schauspiel, dessen eindrucksvolle Bilder in Zukunft Millionen Reisende von ihrem Besuch am Hauptbahnhof Wien in die ganze Welt mitnehmen werden.

ERSTER PENDLER: Ein Wahnsinn, wie's da pfeift.

ARCHITEKT: Wenn man etwas so Großes wie den Wiener Hauptbahnhof plant, darf man nicht nur an das Gebäude selbst denken. Da sind auch die städtebaulichen Funktionen zu beachten. Hier beim Hauptbahnhof etwa galt es, den Südgürtel neu zu definieren. Genauer gesagt ging es um das Auflösen der Barriere zwischen dem 3. sowie dem 4. und dem 10. Bezirk. Und da spielt die Offenheit des neuen Bahnhofes und seiner Bahnsteige eine zentrale Rolle.

DRITTER PENDLER: Aber man ist hier halt doch ein bisserl ungeschützt.

ARCHITEKT: Dafür hat man bei der Einfahrt in den Bahnhof wegen der Hochlage der Geleise einen großartigen Überblick über ein tolles neues Wien. Und weil alle Bahnsteige nach allen Seiten hin offen sind, sieht man dann auch noch nach dem Aussteigen am Perron die schöne Kulisse des Südgürtels.

ERSTER PENDLER (blickt auf die Anzeigetafel): Jetzt haben sie die Verspätung schon wieder um 5 Minuten nach oben korrigiert und das Schneetreiben wird noch stärker.

ARCHITEKT: Mein Steckenpferd ist es, Luxus in den Alltag zu bringen. Jeder flaniert gerne über einen schönen Boulevard, denn dann geht es einem besser. Da müssen wir ansetzen. Die architektonischen Gesten sollen ein Beitrag zur Leichtigkeit sein, zur Musik, zu dem, was Kultur für uns bedeutet, zur Weltstadt Wien, einem der Hotspots Europas.

ZWEITER PENDLER: Und mir wird immer kälter.

ARCHITEKT (knüpft seinen Schal etwas enger und hebt beide Schultern, um ein leichtes Frösteln anzudeuten): Ja, ich muss jetzt auch wieder weiter. Grüß Gott dann.

Trotz jahrzehntelanger Abschleifung durchs Pendeln und andere Schleifmaschinen steckt tief drinnen in vielen von uns Alten noch ein gewisser Widerspruchsgeist. Ja, wir würden vieles besser machen, wenn wir nicht schon so alt wären.

Zur Beschränktheit der pseudolinken Identitätspolitik

(93) Trauriger alter weißer Mann

Ich bin nicht der klassische "alte weiße Mann". Denn das ist einer, der die eigenen Privilegien unter den Tisch kehrt und die strukturelle Diskriminierung anderer kleinredet oder nicht einmal mitbekommt. Einer für den Grapschereien, sexistische und rassistische Witze kein Problem sind. Ich dagegen bin mir der Vorteile wohl bewusst, die mir jenes Glückslos verschaffte, das ich vor rund 73 Jahren bei der großen Zeugungslotterie zog und bemühe mich daher, die Augen offen zu halten für die Benachteiligungen derer, die weniger günstige Lose in ihren Händen halten. Ich mag auch Machogehabe nicht verniedlichen und mache einen Bogen um politisch inkorrekten Humor.

Trotzdem darf man mich mit Fug und Recht einen "alten weißen Mann" nennen. Es gibt nämlich verschiedene Species dieser Gattung. Ich bin ein Exemplar jener Sonderform des "alten weißen Mannes" für den das System, das ihm zwar keine Machtposition zubilligt, aber doch einen gewissen Wohlstand bietet, ein **Scheißsystem** ist. Und zwar deshalb, weil es ihm sein angenehmes Dasein auf Kosten umso schlechterer Lebensbedingungen der meisten anderen Menschen dieses Planeten ermöglicht. Ich weiß, dass das eine moralisch angreifbare Position ist. Denn es zwingt mich ja niemand, die Vorteile, die mir unser System gewährt, weiterhin zu genießen. Aber wegen dieser moralischen Zweifelhaftigkeit bin ich eben letztlich auch nur ein Exemplar der Gattung der "alten weißen Männer".

Diesen alten weißen Mann macht es sehr traurig, dass viele der jungen bunten Benachteiligten jeglichen Geschlechts, die sich jetzt so lautstark zu Wort melden, scheinbar um nichts anderes kämpfen, als um einen besseren Platz in diesem Scheißsystem. Damit sie eines fernen Tages, wenn auch sie alt sind, von ihm in all Ihrer Vielfalt anerkannt werden als in Ehren verblasste Repräsentant*innen seiner dann vermutlich unübertrefflichen Buntheit.

Gleichgültig, ob bunt oder weiß, aufstrebend oder aufmüpfig letztlich enden wir normalen Leute alle als brave Biedermenschen.

(94) Biedermänner gestern und heute

Wir kennen einander nun bereits seit sechs Jahrzehnten, denn bei unserem Eintritt ins Gym schrieb man noch das letzte der Fünfzigerjahre. Als wir dann ein Jahr vor der Matura im neuen Festsaal der Schule das Theaterstück "Biedermann und die Brandstifter" von Max Frisch aufführten, hatten die Auslese- und Spezialisierungsmechanismen des heimischen Bildungswesens aus der einst großen Klasse schon eine kleine Truppe von nur mehr zwölf Schülern gemacht. Das Elend der Unterstufenjahre mit seinen mörderischen Konkurrenzkämpfen und Mobbingepisoden war da längst überstanden, und es verband uns gute Kameradschaft, die sich in manchen Fällen zu enger Freundschaft vertieft hatte. Nach der Reifeprüfung trennten sich unsere Wege zwar, das gemeinsame Durchleiden und Genießen der Pubertät hatte aber so starke Bindungen erzeugt, dass wir den Kontakt nicht abreißen ließen. Die anfangs jährlich veranstalteten Gruppentreffen wurden allmählich seltener, es vergingen aber nie mehr als drei Jahre bis wir einander alle wieder sahen. Und auch zwischen diesen Zusammenkünften hatten einzelne von uns immer wieder Begegnungen, wobei sich der persönliche Austausch hier oft mit beruflichen oder geschäftlichen Kooperationen vermischte - wie das eben so ist bei klassischen Netzwerken.

Weil unser Gym seinerzeit noch als Bubenschule geführt wurde, sind wir eine reine Männerrunde. Bei unseren Treffen geht es daher selten um familiäre Themen oder Beziehungsprobleme. Dergleichen wird immer nur am Rand registriert und höchstens im Fall von akuten Krisen etwas näher erörtert. Solange wir noch im Erwerbsleben standen, drehten sich die meisten Gespräche um Beruf, Hobbys, Wirtschaft oder Politik. Es kam dabei immer wieder zu teils sehr lebhaften Diskussionen, die jedoch nie in echten Streit mündeten. Ein die gesamte Gruppe erfassender, tiefer Konflikt konnte nicht entstehen, weil es zu wenige kontinuierliche Verschränkungen unserer Lebens- und Berufswege gab. Unter solchen Bedingungen haben die in Gesprächen vertretenen Standpunkte immer nur den Stellenwert unverbindlicher Meinungsäußerungen, die man als Andersdenkender für einen Abend gut tolerieren kann. Darüber hinaus sind wir bei allen Unterschieden hinsichtlich Herkunft, Berufslaufbahn und Lebensstandard doch durchwegs Angehörige jenes sogenannten "Mittelstands", der hierzulande auch noch die einstelligen Euro-Millionäre einschließt. Und als solche Mittelstandsbürger wissen wir uns eins im gemeinsamen Interesse am möglichst reibungslosen Weiterfunktionieren jenes Ganzen, das jedem von uns bisher ein alles in allem recht schönes Leben ermöglicht hat. Spätestens seit unserer Pensionierung schließlich fegt auch noch das Alter als der große Gleichmacher über uns hinweg, sodass sämtliche Unterschiede in Lebensform und Lebensstandard immer unwichtiger werden.

In unserer Runde sollte es daher eigentlich immer gemütlicher zugehen. Doch es scheint anders zu kommen. Schon das fünfzigjährige Maturajubiläum endete mit einer höchst erregt geführten Auseinandersetzung über die jüngste Migrationswelle, wobei sich die 'klassische' Frontbildung zeigte: Auf der einen Seite die Flüchtlingsversteher, auf der anderen die Grenzen-Dicht-Fraktion. Während die einen für großzügige Integrationsangebote plädierten, die eine Win-win-Situation sowohl für die Migranten als auch für die einheimische Bevölkerung erzeugen könnten, sahen die anderen in der Mehrzahl der Migranten bloße Wirtschaftsflüchtlinge, die in unseren Sozialstaat einwandern, um sich hier als

Schmarotzer einzunisten. Und nun, zwei Jahre später, als wir im Zuge von Email-Kontakten erste Terminsondierungen für unser nächstes Treffen durchführten, brach plötzlich etwas zwischen uns auf, das in seiner emotionalen Stärke alle Beteiligten überraschte. Anlass war diesmal aber nicht das leidige Flüchtlingsthema. Alles begann vielmehr mit unserem guten alten Biedermann und seinen Brandstiftern.

Um den weiteren Ablauf der Ereignisse verstehbar zu machen, möchte ich kurz an den Inhalt dieses Stücks erinnern. Es geht darin um den Eigenheimbesitzer und Haarwasser-Fabrikanten Gottlieb Biedermann, und eine Gruppe von Brandstiftern, bestehend aus einem Kellner, einem Zirkusringer und einem im Hintergrund agierenden "Dr. Phil." Herr Biedermann nimmt trotz der Häufung von Bränden in der näheren Umgebung zwei dieser zwielichtigen Fremden in sein Haus auf und übersieht aufgrund einer opportunistischen Grundhaltung die von ihnen ausgehende Gefahr so lange, bis es zu spät ist und sein Haus abbrennt. Max Frisch wollte mit dieser im Jahr 1958 uraufgeführten Parabel über die verhängnisvollen Folgen von feigem Konformismus wohl eine Erklärung für den seinerzeitigen Aufstieg des gerade erst überwundenen Faschismus liefern. Dabei machte er sich wenige Illusionen über das emanzipatorische Potential des Theaters und gab deshalb seiner Parabel den Untertitel "Lehrstück ohne Lehre". Wenn ich aber heute, angesichts der im Folgenden protokollierten Email-Diskussion über jenes Stück und unsere Rollen bei seiner damaligen Aufführung nachdenke, kommt es mir fast vor, als ob wir alle sehr wohl unsere Lehren aus ihm gezogen hätten. Erstaunt stelle ich fest, dass man aus diesem in seiner Botschaft scheinbar sonnenklaren Stück heutzutage ganz unterschiedliche Schlüsse ziehen kann. Und mit einiger Beklemmung wird mir klar, dass die Art dieser von meinen Schulkameraden und mir gezogenen Schlüsse sehr viel über den aktuellen Zustand unserer Gesellschaft aussagt.²⁸

Den Anfang unserer Diskussion macht Heinz, der seinerzeit den Zirkusringer mimte. Er heiratete noch während des Studiums und setzte in kurzer Folge vier Kinder in die Welt. Sobald es die finanziellen Verhältnisse zuließen, zog er mit seiner Familie in ein Häuschen am Stadtrand und gründete dann irgendwann in den Neunzigern ein gut gehendes IT-Beratungsunternehmen, das mittlerweile sein Sohn leitet. Wir hatten ihn bei unserem letzten Treffen gebeten, die nächste Zusammenkunft zu organisieren, und er will nun die damit verbundenen Koordinierungskontakte mit einem kleinen Kulturtipp anreichern.

HEINZ:

Liebe Freunde.

Ich möchte euch vor der Inszenierung des Biedermann im Volkstheater warnen. In vor-seniler Naivität und aus Neugierde habe ich mir heute diese Inszenierung angesehen, die meine positive Erinnerung an unsere Aufführung schwer besudelt hat. Ich habe eh nicht die Qualität unseres Vorbildes von 1963 mit Muliar, Qualtinger und Sowinetz erwartet (- ich hab's auf DVD). Aber hier hat der ungarische Regis-

-

²⁸ Die folgende Diskussion fand tatsächlich fast wortgleich in der hier dargestellten Weise statt. Namen und Lebensläufe der Diskussionsteilnehmer habe ich dagegen verändert, weil es mir nicht um konkrete Personen geht, sondern um allgemeine Denk-, Sprech- und Handlungsmuster.

seur das Stück kaputt inszeniert. Einerseits grimmige Striche (z.B. den kompletten Epilog und damit die Auflösung), andererseits Hinzufügung von sinnlosen Sportszenen, Filmzitaten, Brutalität, Reserve-Ballett, Pantomime und einer grauenvoll plärrenden Musik. Die Parabel ist bei ihm zu einer ordinären Groteske verkommen. Dass der Kellner die Hausfrau vernascht und sich der Doktor dabei einen runter holt, finde ich auch entbehrlich. Das hat mit der Botschaft wohl nichts zu tun. Dass heute Schauspieler kaum noch artikulieren und klar sprechen können, ist mir in den letzten Jahren schon öfter auch auf namhaften Bühnen begegnet. Hier war es besonders schlimm. Statt Tantiemen hat das Theater wahrscheinlich Schmerzensgeld bezahlen müssen.

Ich hab euch gewarnt!

Servus, Heinz

Die erste Reaktion auf diese Theaterkritik kommt von Christian, der in unserer Schulaufführung einer der Feuerwehrleute war, die in Frischs Stück als ein das Geschehen kommentierender Chor in der Tradition der griechischen Tragödie auftreten. Er hatte damals Sätze zu sagen wie "Bürger der Vaterstadt, seht wachen uns, Wächter der Unschuld. Spähend, Horchend, dass nicht ein Feuer aus traulichen Dächern lichterloh tilge die Vaterstadt uns".

Als zupackender Mann der Praxis war er der einzige von uns, der nach der Matura seine Zeit nicht mit einem Studium verplempern wollte, und sich gleich in die Arbeit stürzte. Er begann als kleiner Kundenbetreuer in einem großen Versicherungskonzern und schaffte dann tatsächlich ganz ohne akademisches Diplom einen Durchmarsch bis in eine der oberen Direktionsetagen dieses Unternehmens sowie in den Vereinsvorstand eines exklusiven Yachtelubs. Seine Antwort auf das Mail von Heinz spielt auf den jüngsten Opernball an, bei dem der Justizminister Conchita Wurst in seine Loge eingeladen hatte. Und sie zeigt, dass Christian noch immer wachsam ist, wo manch arglose Bürger das zwielichtige Fremde in uns selbst übersehen.

CHRISTIAN:

Danke lieber Heinz, aber die Gefahr, das pleitebedrohte Volkstheater zu besuchen, ist bei mir relativ gering.

Da gehe ich schon lieber in ein schönes und erfolgreiches Haus wie die Wiener Oper. Wie wir jüngst erleben mussten, ist aber die Leitung auch dieses Hauses ebenso wie der Hr. Bundesjustizminister leider nicht in der Lage, dort eine ordentliche Reputation aufrecht zu erhalten. Vielmehr wird trotz (aus meiner Sicht) kultivierter Rahmenbedingungen und Bekleidungsvorschriften die Zurschaustellung eines grauslichen latexbekleideten Wixxers toleriert. Gottseidank haben sich wenigstens in diesem Falle die Medien überwiegend den positiven Aspekten eines einzigartig schönen Abends gewidmet und kaum der vorgegaukelten Europawerbung einer widerlichen Schwuchtel. Mir graust heute noch vor diesen Bildern. ...

Trotzdem einen schönen Abend, Christian

Das ist nun für mich selbst der Moment, an dem ich mich gern sofort in die Diskussion einschalten würde. Mir fällt bloß nicht ein, wie das gehen könnte, ohne mit der Faust auf

den Tisch zu schlagen. Genau das müsste ich nämlich tun, weil ich völlig andere Schlussfolgerungen aus dem Biedermann gezogen habe als Heinz und Christian. Während die beiden denken, es gelte heutzutage besonders wachsam zu sein angesichts gestiegener Brandgefahr vor unserer Haustür, in unserem Haus und in uns selbst, fürchte ich, dass aktuell die größte Gefahr von den Feuerwehrmännern ausgeht. Die haben nämlich so große Angst vor all dem Fremden, das in und um uns brandgefährlich lauert, dass sie unser Haus lieber eigenhändig anzündeten, als es diesem Fremden zu öffnen. Ich bin auch überzeugt, dass Max Frisch, lebte er heute noch, niemanden anklagte, der unbekannte Fremde in sein Haus aufnimmt. Er richtete seine spitze Feder wohl viel eher gegen eine Feuerwehr, die am liebsten alle unbekannten Fremden in Sicherungsverwahrung nähme, weil sie in ihnen Brandstifter vermutet.

Ein solcher Faustschlag auf den Tisch scheint mir aber doch etwas zu grob für unsere Altherrenrunde. Und so bin ich noch beim Nachdenken über einen salonfähigen Kommentar als zwei weitere Diskussionsbeiträge auf meinem Bildschirm erscheinen. Der erste kommt von Heinz, der sich von Christian bestens verstanden fühlt.

HEINZ:

Hallo Christian.

Passt ja voll ins Bild. Wir haben unser Opern-Abo nach vielen Jahren auch storniert, weil es immer mieser geworden ist (inklusive Publikum). Leider ist es mit der Burg um nix besser. Der von Dir angesprochene Auftritt war absolut ungustiös und entbehrlich.

Servus, Heinz

Dann meldet sich Bast, der die gute alte Bürgertugend der Toleranz auf seine Fahnen geschrieben hat und nun mit feiner Ironie die verbale Schärfe der von Christian angeschlagenen Kulturkritik wieder etwas dämpfen möchte. Bast konnte immer schon sehr gut dämpfen mittels verbaler Ironie. Neben Loyalität und Prinzipientreue war besagte Fähigkeit daher einst ein wichtiges Startkapital für seine politische Karriere im bürgerlichen Lager. Diese brachte ihn bis in den Bundesrat und hatte nach ihrem Ende noch ein schönes Nachspiel in einer leitenden Funktion bei der Bundeswirtschaftskammer. In unserer Biedermannaufführung wirkte er nur im Hintergrund mit, weil überraschenderweise nicht jeder Politiker auch ein passionierter Schauspieler ist.

SEBASTIAN:

Lieber Heinz, lieber Christian,

seit das sogenannte Regietheater (leider auch –oper) dominiert, vermeide ich unnötige Aufregungen durch Eigenbesichtigung. Ich habe von den "Klassikern" gute Erinnerungen und brauche keine Dekonstruktionen durch geld- (extra Tantiemen) und mediengeile Egozentristen. Was soll man von "Regisseuren" halten, die damit protzen, die Partitur nicht lesen zu können bzw. vom Autor nichts gelesen zu haben. Meist wiegen die erstklassigen Sänger und Musiker den Ärger nicht auf. Gott sei Dank gibt es hervorragende Tonträger. Heißt aber nicht, dass es nicht auch hervorragende Aufführungen gibt, z.B. in Salzburg.

Ad "ungustiös und entbehrlich": Das waren einige bei diesem Event, die anderen aber wenigstens camoufliert. Altersmilde geworden, ist mir die private sexuelle Orientierung egal, ich verabscheue aber das demonstrative "Heraushängenlassen" – gleichgültig ob Testosteronbombe oder Hinterlader (bitte um Entschuldigung, mir ist der politisch korrekte Ausdruck nicht geläufig). Das Outfit dieser Person war immer schrill, allerdings muss diesmal der Visagist ein Phantombild für eine Terroristenfahndung vor Augen gehabt haben.

Huch, war ich jetzt wieder konservativ und verklemmt!

Votre serviteur, Bast

Der Hinterlader und sein verklemmter Serviteur bringen mich zum Schmunzeln und erzeugen so jene innere Lockerheit, die mich endlich die Worte für meine Antwort auf Christians Beitrag finden lässt. Lockerheit ist nämlich ganz und gar nicht meine Stärke, weshalb mir die bei unserer Biedermannaufführung übernommene Rolle des "Dr. Phil" geradezu auf den Leib geschrieben war. Letzterer ist ein etwas anämischer Weltverbesserer, der dann im Zuge des Stücks zum Schreibtischtäter wird und am Ende furchtbar bereut, was er mit seinen Theorien angerichtet hat. Schreibtischtäter in einem positiven Sinne wäre ich als Soziologe auch immer gern gewesen. Da aber kaum jemand meine Studien lesen wollte, muss ich nun wenigstens nichts bereuen und kann unbelastet von schlechtem Gewissen in Email-Diskussionen meine Scherze treiben.

KARL:

Achtung, achtung liebe Freunde!

Offensichtlich hat sich da ein homophober Troll (vermutlich russischer Herkunft) der Emailadresse unseres bekanntermaßen humanistisch-liberal gesinnten Klassenkameraden Christian bemächtigt.

Gebt also acht bei euren weiteren Stellungnahmen. Wer weiß, wer da noch aller mitliest und mitschreibt ...??!!

Karl

Unmittelbar darauf lässt erstmals Peter von sich hören. Er war seinerzeit ebenfalls Mitglied des Chors der Feuerwehrmänner und ist als Mathematiker kein Freund vieler Worte. Auch jetzt spendet er nur ein einziges für unsere Diskussion. Das aber sitzt.

PETER:

Touché, lieber Karl! Beste Grüße, Peter

Kurz darauf eine erste Reaktion von Heinz:

HEINZ:

Hi,

Mir ist ziemlich egal was andere Personen privat tun. Ich lehne es aber ab, wenn mir SO WAS unter dem Deckmantel "Freiheit der Kunst" und ähnlicher "Freiheiten" aufgezwungen wird. In die Richtung bin ich persönlich stock-konservativ. Und fühle mich angegriffen.

Und auf "Political Correctness" und "Neusprech" verzichte ich im Privatleben. Ansonsten herrscht mittlerweile auch Gesinnungsterror. Biedermann lässt grüßen. Und im Landtmann trinke ich weiter einen gr/kl SCHWARZEN und keinen "stark Pigmentierten".

Servus, Heinz

Dann tritt eine sechsstündige Pause ein, während der Heinz offenbar auf Beiträge wartet, die ihn und Christian unterstützen. Als keine entsprechenden Meldungen eintrudeln, ergreift er nochmals das Wort und zeigt mit einer eindrucksvollen Grundsatzerklärung, dass er kein Herr Biedermann sein will, der zu feige ist, das eigene Haus und die darin beheimatete Familie mit Zähnen und Klauen gegen alle von außen oder innen kommenden Gefahren zu verteidigen.

HEINZ (unter dem Betreff "Klarstellung"):

Ich habe für mich selbst eine Reihe von Werten, Grenzen und Limits in Bezug auf Moral, Ethik, Kultur, Ethnien, ... festgelegt, an denen ich seit > 50 Jahren eisern festhalte und die meine Privatsphäre wie eine Schutzmauer umgeben. Der Schutz funktioniert nur mit einem entsprechenden Vorfeld (Glacis), wo ich mögliche Gefährdungen scanne und gegebenenfalls abwehren kann.

Ein Teil dieser Werte überdeckt sich offensichtlich auch mit denen von Christian. Wenn man für das offene Deklarieren dieser Werte taxfrei als psychisch gestört (Phobie: https://de.wikipedia.org/wiki/Phobie) eingestuft wird, dann bin ich hier in der falschen Gesellschaft.

Von dir Karl als einem notorischen Gutmenschen hat es mich nur bedingt überrascht. Peter, dein Applaus dazu war die wirklich große Enttäuschung. Und der Rest hat dazu geschwiegen und sich entspannt zurück gelehnt. Findet doch wen andern, der euch ein Treffen arrangiert. Ich lege den Auftrag zurück. Mit diesem Klub bin ich zu wenig kompatibel.

Werdet happy mit dem, was ihr euch so offensichtlich bieten lasst. Meine Welt ist das nicht. Heinz

Ab jetzt bemühen sich alle Beiträge um Beruhigung. Auch das Schlusswort wird versöhnlich sein wollen. Und doch wird erst in diesem Schlusswort richtig Klartext geredet werden.

PETER (Eine Stunde nach der "Klarstellung" von Heinz):

Hallo Leute.

Ich glaub, es ist Zeit, einen Gang zurück zu schalten in diesem Sturm im Wasserglas. Wir werden uns wohl nicht nach 60 Jahren über eine Theaterkritik überwerfen.

Ich vermute, das Problem liegt nicht im Inhalt (ich tu mir mit dem modernen Regietheater auch schwer) sondern in der Wortwahl (widerliche Schwuchtel etc.). Die Replik von Bast fand ich da passender in Wortwahl und -witz.

Und wenn wir schon bei Werten sind: Freunde, die hier anderer Meinung sind, als notorische Gutmenschen zu bezeichnen, ist wohl auch entbehrlich...

Beste Grüße Peter, um Versöhnung bemüht

P.S.: zu Wikipedia: Phobie mag ein Krankheitsbild sein, ist aber nur im Wortstamm mit der Endung "phob" verwandt, welche im kritisierten Zitat aber nur "Abneigung" bedeutet. https://de.wikipedia.org/wiki/Homophobie ...um Aufklärung bemüht

Nun schaltet sich auch Sascha ein, der in Sachen Biedermann völlig unbelastet ist, da er wegen einer längeren Krankheit seinerzeit nicht an unserer Schulaufführung teilnahm.

SASCHA

Hallo Leute, hallo Mitmenschen.

Einige frühere Versuche, mich in derartige schriftliche Diskussionen einzubringen, sind fast immer schiefgegangen. Irgendwie kam das, was ich ausdrücken wollte, nicht bei allen an. Ich habe den Verdacht, es wird dieses Mal nicht anders sein. Aber vielleicht geht es euch auch so.

Dann habe ich mir gedacht, ich kann nicht immer schweigen, das ist eigentlich auch keine Lösung. Außerdem, wie kann ich erwarten, dass man in der Welt friedlich zusammenlebt, wenn wir paar Hanseln das nicht schaffen.

Nein, seit Christians Kommentar geht es nicht mehr um eine Theaterkritik. Ich war maßlos überrascht, aber vielleicht hätte ich es seit unserer Flüchtlingsdiskussion nicht sein sollen. Eine harte Einstellung zu diesem Problem ist eine Sache, eine respektlose, hasserfüllte Beschreibung eines halt "anderen" Mitmenschen ist eine andere Sache. Ich bin kein Conchita-Fan und man kann über das Outfit geteilter Meinung sein - aber doch nicht so!

Falls ich eure Zeit über Gebühr beansprucht habe, sorry. Heinz du hast den letzten Anstoß dazu gegeben. Vielleicht legst du die Koordinationstätigkeit doch nicht zurück und gibst uns paar Hanseln die Chance, uns zivilisiert zu versöhnen.

Aber - das ist wahrscheinlich wieder nur die Ansicht eines naiven Gutmenschen! Trotzdem - oder gerade deswegen - liebe Grüße. Sascha

Das letzte Wort hat die Feuerwehr, die "Brand aus" meldet, bei mir aber neues Feuer legt.

CHRISTIAN:

Liebe Freunde,

also ich schließe mich dem ersten Satz von Peter durchaus an. 60 Jahre Freundschaft sind schon was, und das sollten wir nicht aufs Spiel setzen. Viele die ich kenne, beneiden uns darum ...- und einmal zerstört, werden wir es in diesem Leben nicht mehr so leicht haben derartiges wieder aufzubauen.

Aber meine Zustimmung umfasst eben nur diesen 1. Satz. Hier geht es wohl nicht um die Theaterkritik, meines Erachtens aber auch nicht um die Wortwahl. Denn diese ist ja nur Ausdruck einer Einstellung, die man haben kann und gottseidank in diesem Land auch haben darf. Vielmehr wurden Weltanschauungen und persönliche Empfindungen zum Ausdruck gebracht - auch meinerseits.

Ich halte es da seit jeher eher mit der Naturwissenschaft, die uns zeigt, wie sich eine Spezies (und sei es auch nur der Homo sedens) erhält und seit Jahrtausenden evolutionär weiterentwickelt. Für mich (und offenbar auch Heinz) ist das ein funk-

tionierendes, sinnvolles und aus meiner Perspektive auch schönes und anstrebenswertes Modell.

Das andere hingegen bestenfalls ein Laune der Natur, (man könnte auch sagen Fehlbildung oder Degenerationserscheinung), die sich ohne die moderne Medizin wohl selbst richten und ausrotten oder zumindest auf einen geringen statistischen Wert reduzieren würde. In der Produktion spräche man wohl von Ausschuss.

Diese naturwissenschaftliche Minderheit kann man tolerieren (was ich grundsätzlich auch tue) solange sie nicht von Medien oder auch Politikern zu etwas hochstilisiert wird, um irgendwelche Geschäfte oder politische Ziele zu unterstützen, wie offenbar auch im "Wurst"-falle. Ich bin nämlich sicher, dass dieses (für mich rein subjektiv) ungustiöse Thema in der Realität weit weniger Bedeutung hat, als es uns geschäftstüchtige Medien glauben machen wollen.

Also lassen wir uns nicht zum Opfer der Medien machen, es reicht schon, wenn uns die NSA nach Kräften zu beeinflussen versucht ... Aber die werden an meinen Daten ersticken ohne den gewünschten Steuerungseffekt zu erzielen ...

Schöne abendliche Grüße, Christian (ebenfalls um cool down bemüht) PS - nach kurzer Nachdenkpause:

Nehmen wir das alles nicht zu wichtig. Aber immerhin haben wir schon seit Jahrzehnten nicht so intensiv diskutiert wie jetzt. Und das ist gut so. Denn im vorhergehenden Geschäftsmodell (vor 80 Jahren) hat man da weniger tolerant gehandelt. Solange es nur nicht unsere Maturatreffen gefährdet ;-)

Also nochmals: Messer zurück in den Küchenblock und einen gemütlichen Abend Lg Christian

Ich schlafe schlecht in dieser Nacht, weil ich einerseits erneut mit der Faust auf den Tisch schlagen möchte, andererseits aber berührt bin durch Christians Beschwörung von lebenslanger Freundschaft. Schon um 7 Uhr früh werde ich dann unsanft aus dem Schlaf geläutet. Vor der Tür steht die Feuerwehr!

Nein, schon wieder bloß ein Scherz. Aber es handelt sich tatsächlich um den Vertreter einer mit der Kontrolle des Feuers befassten Zunft. Heute ist nämlich Hauptkehrung und der Mann, der jetzt meine Wohnung betritt, ist Rauchfangkehrer. Das Kamintürl, das er öffnen muss, befindet sich hinter dem Küchentisch und auf dem Küchentisch liegt das Magazin 'profil', in dem ein Artikel mit dem Titel "Migrationszirkus" aufgeschlagen ist. Der Rauchfangkehrer, will anscheinend nicht nur kehren, und sagt:

"A Zirkus ist des aber eigentlich net, diese ganze Migrationsgschicht."

Darauf ergibt ein Wort das andere, und ganz schnell sind wir in eine Migrationsdebatte verstrickt, in der ich natürlich, wie immer in derartigen Auseinandersetzungen, die Position des Migrantenverteidigers zu übernehmen habe. Es wird ziemlich wild zwischen uns, aber plötzlich tritt der Rauchfangkehrer innerlich einen Schritt zur Seite und meint:

"A Wahnsinn, was diese Gschicht aus uns macht. I kann seit einem Jahr net mehr mit mein eigenen Bruder reden. Verstehens', was i mein'?" Seit dem Vortag und der vergangenen Nacht weiß ich genau, was er meint. Und das ergibt am Schluss doch noch ein schönes Einverständnis zwischen mir und dem Rauchfangkehrer.

VI. Kotzkübel

		Seite
(95)	In der Kürze liegt die Würze	118
(96)	stolzdrauf	118
(97)	Grenzschutz neu	119
(98)	Julius und sein Moor	120
(99)	Kleine Huldigung für Norbert Hofer	120
(100)	Wahlkampfmaschinen und Wichte	121
(101)	Ich werde diese Synagoge beschützen!	121
(102)	Für Thomas Bernhard	122

Immer öfter - vermutlich eine Alterserscheinung - machen mich Medienberichte so sprachlos, dass ich nur mehr zwei Worte stammeln kann: "Unbeschreiblich widerlich". Manchmal raffe ich mich dann aber doch zu dem Versuch auf, das Unbeschreibliche zu beschreiben.

Zu einer Meldung im Kurier vom 27.2.2014

(95) In der Kürze liegt die Würze

Der inzwischen zurückgetretene ÖVP-Bürgermeister von Gföhl (NÖ), Karl Simlinger, hat laut Staatsanwaltschaft den Tatbestand der "Verhetzung" nicht erfüllt, weil er den folgenden Satz nur in einem kleinen Kreis von sich gab.

"Mir gehen die Scheiß-Asylanten sowieso am Oasch, aber Schuld sind die Pressefritzen, die gehören aufgehängt, die sind wie die Juden."

Dafür bekommt er aber von mir den ersten Preis im Wettbewerb: Kumulierung eines Maximums an widerlichen Ressentiments in einem einzigen Satz mit nur 20 Worten.

Die fünf Sätze ...

Ich fürchte mich vor den vielen Fremden.

Ich hasse die Juden.

Ich misstraue allen kritischen Journalisten.

Ich bin für die Beschränkung der Pressefreiheit.

Ich befürworte die Todesstrafe.

... würden ganze siebenundzwanzig Wörter benötigen und viel weniger elegant klingen als

"Mir gehen die Scheiß-Asylanten sowieso am Oasch, aber Schuld sind die Pressefritzen, die gehören aufgehängt, die sind wie die Juden."

Noch kürzer und präziser wäre nur

"Heil Hitler!"

Zu einem Radio-Bericht vom 12.11.2014 über unsere Praxis der Asylgewährung vor dem Hintergrund der **stolzdrauf**-Kampagne des Integrationsministeriums

(96) stolzdrauf

Heute berichtete das Morgenjournal von Ö1, dass Syrer wesentlich rascher Asyl bekommen als Somalier, obwohl auch in Somalia Krieg herrscht. Besonders rasch ging es bei einem syrischen Anästhesisten. Er konnte schon nach 11 Monaten seine Familie nachkommen lassen.

Ich bin stolz auf Österreich, weil wir es schaffen, sogar den Ablauf der Asylverfahren nach den bewährten Grundsätzen der Rassen- und Klassenjustiz zu gestalten.

Wir errichten den Schutz unserer Territorien zwar auf einem traditionsreichen Wertefundament, bedienen uns dabei aber durchaus innovativer Methoden.

Zu einer Meldung im Kurier vom 10.2.2017

(97) Grenzschutz neu

Die Linzer ÖVP hat eine phantastische Idee zum Vergraulen von Sandlern, die das gute Einkaufsklima am Hauptbahnhof der Landeshauptstadt stören: Klassische Musik aus Lautsprechern soll "herumlungernde Alkoholiker" vom Bahnhofsgelände fernhalten.

Wirklich ein tolles Konzept. Genial um die Ecke gedacht. Und sicherlich auch ganz im Geiste von Ludwig van Beethoven, dessen Schöpfungen uns als Inbegriff aller klassischen Musik gelten. Als dieser nämlich die Schiller-Zeilen "Seid umschlungen Millionen" vertonte, meinte er natürlich nur Menschen mit festem Wohnsitz und ohne Alkoholproblem. Wie sinnvoll, dass man jetzt die anderen mit seiner Musik zu vertreiben versucht. Neuerlich zeigt die ÖVP unübertreffbare Meisterschaft bei der Verknüpfung der höchsten Werte des Abendlands mit den profanen Erfordernissen des Geschäftsbetriebes und beweist damit einmal mehr, wie zielsicher sie das Beste am Geist unserer Zeit erfasst.

Musik, die keine Grenzen kennt und Grenzen überwindet, war gestern. Heute brauchen wir Musik, die Grenzen setzt und ausgrenzt. Unverbesserliche Träumer wie jene jungen israelischen und palästinensischen Musiker, die mit dem "West-Eastern Divan Orchestra" gegen den Krieg ihrer beiden Völker anmusizieren, wollen das zwar nicht wahr haben. Aber unsere Nazi-Rocker haben es längst erkannt, und nun ist auch die Linzer ÖVP draufgekommen.

Mutig weiterentwickelt und leicht modifiziert wird dieses Konzept vielleicht schon bald einen Weg zum gewaltlosen Schutz der österreichischen Staatsgrenzen vor neuen Flüchtlingsströmen weisen. Denn was könnte dieses Land wohl wirkungsvoller gegen das Einsickern kulturfremder Massen abschotten als eine bundesweite und flächendeckende Dauerbeschallung des gesamten öffentlichen Raumes mit den Hits von Andreas Gabalier und anderen Spitzenvertretern unserer modernen Volksmusik? Wer weiß: vielleicht sucht sich dann sogar der eine oder andere heimische Gutmensch ganz freiwillig eine neue Heimat ...

Am 21.3.2019 veranstaltete die Julius Meinl Industrie Holding ein weltweites Poetry Event. Unter dem Motto "Bezahle deinen Kaffee mit einem Gedicht" kam man an diesem Tag in 1.153 Kaffeehäusern in 27 Ländern in den kostenlosen Genuss einer Tasse Julius Meinl Kaffee. Das ist der mit dem Mohrenkopf auf dem Packerl und der Kaffeetasse.

(98) Julius und sein Moor

Der Mohr auf der Tasse
ist eine eigene Rasse:
Immer brav
wie ein Schaf,
immer putzig,
nie schmutzig,
immer allein auf der Tasse
und nie in der Masse,
immer vergeltsgott und Handkuss
ganz nach dem Geschmack von Julius

Im Finale des Wahlkampfs im Jahr 2019 wurde die Dauerberieselung durch eine Endlosschleife von Rededuellen und Elefantenrunden mit anschließender "Analyse" durch Politik- und Kommunikationsexperten so unerträglich, dass ich beschloss, mit ganz persönlicher Wahlkampfpoesie einen völlig undiskursiven, nicht-analytischen Kontrapunkt zu setzen. Die zwei folgenden Gedichte entstanden in Kooperation mit einem Gedichte-Algorithmus. Dieser würfelte auf der Basis von Zufallszahlen Worte und Satzstrukturen aus, kombinierte sie mit meiner Vorgabe von jeweils drei bis vier Sprachbausteinen und mixte daraus ein 'Gedicht', das ich anschließend noch ein wenig überarbeitete.

Von mir vorgegebene Sprachbausteine: Norbert Hofer, Hass, Stöckehen schwingen, schleimig

(99) Kleine Huldigung für Norbert Hofer

Du Stöckchen schwingender Hass.
Dein Hassen ist schleimig,
ein schleimiger Brei
aus Hass und Verbindlichkeit.
Norbert Hofer. Ja, schleimiges Früchtchen du!
Schwing Dein Stöckchen.
Du musst es leben - gichtig in Raum und Zeit!
Wie dein Hassen und dein Schleimen
und meine zischende Verachtung.

-

²⁹ Es handelt sich dabei um den "Poetron-Generator", der unter folgendem Link aktiviert werden kann: https://www.poetron-zone.de/

Von mir vorgegebene Sprachbausteine: Sebastian Kurz, Wahlkampfmaschine, aalglatt

(100) Wahlkampfmaschinen und Wichte

Wahlkampfmaschinen sind reich, reich und somit grausam.

Wären sie nicht aalglatt, vielleicht nur grausam, wie streng wären die Wichte. Lasst euch nicht knacken, Wichte, von Wahlkampfmaschinen wie Sebastian Kurz.

> Nach Angriffen auf eine Synagoge lässt der Innenminister den Schutz jüdischer Einrichtungen verstärken. Was sind das für Menschen, die da nun vor den Synagogen Wache schieben werden?

Mit eigenen Worten ergänzte Montage von Textbausteinen aus einem Bericht im Standard vom 23.8.2020 über die Aussagen eines Polizisten im Zuge von Ermittlungen in einer Grazer Polizeiinspektion, die in der Nähe der zuletzt beschädigten Synagoge liegt.

(101) Ich werde diese Synagoge beschützen!

Sie wollen wissen wer ich bin? Vielleicht fang ich am besten mit meinem Hund an. Der heißt Idolf. Manche sagen, dass ich Ihn in Wirklichkeit Adolf nenne. Aber das ist eine Lüge. Ich werde demnächst per Notariatsakt bezeugen, dass er Idolf heißt, weil er genau so aussieht wie dieser Ikea-Stuhl, der Idolf heißt. Jetzt kursiert da zwar so ein SMS an meine Schwester, in der ich gefragt hab "Wo sind die Entwurmungstabletten für Adolf?". Aber da hab ich mich natürlich nur vertippt. Auch dafür, dass meine Schwester früher mal Kontakt zu dem angeblichen Neonazi Gerd Honsik hatte, kann man mich doch wohl nicht verantwortlich machen. Wir haben ja keine Sippenhaftung. Gut, ich geb's zu, ich hab auf meinem PC mehr als vierhundertmal den Namen "Adolf Hitler" gegoogelt. Aber was heißt das schon. Ich bin eben sehr interessiert an Zeitgeschichte. Jetzt wollen sie mir sogar einen Strick daraus drehen, dass ich einen Pullover mit dem Aufdruck der "Schwarzen Sonne" hab, die von der SS benutzt worden ist. Woher soll denn ich das wissen? Ich bin doch bloß ein Fan von Shakira. Die kennen Sie nicht? Na diese Pop-Sängerin. Im Fan-Shop von der gibt's Ketterln mit der Schwarzen Sonne. Und dann erst die Sache mit der Gruppeninspektorin R. Was kann ich dafür, dass diese Frau mir ein Hitlerbild mit dem Aufdruck: "Du bist lustig, dich vergas' ich als letzten" schickt? Erstens ist das Versenden von Hitlervideos bei uns in Polizeikreisen Usus. Das wird ihnen jeder Experte bestätigen. Und zweitens ist die R. doch eine alte Drecksau, die die Pappn halten soll, weil sie selbst vergast gehört. Tschuldige, das ist mir jetzt so rausgerutscht. Sowas sag ich normal höchstens nach ein paar Vierterln beim Heurigen. Da hab ich vielleicht auch schon mal gesagt, dass Frauen dem 3. Reich nach nur Rasse zweiter Klasse sind. Aber so würd ich am Arbeitsplatz nie reden. Das weiß jeder, der mich kennt. Beim Prozess, den sie mir jetzt wegen dieser alten Drecksau machen, haben neun Kollegen ausgesagt. Und alle haben bezeugt, dass sie bei mir von Rechtsextremismus oder Frauenfeindlichkeit nichts, aber auch schon gar nichts mitbekommen haben.

Zum Neunziger von Thomas Bernhard am 9.2.2021

(102) Für Thomas Bernhard

EINE WÜRDIGUNG IN ANGEMESSENER DIKTION

Er war ein Arschloch, das in Wahrheit selbst gern Teil des von ihm attackierten Großbürgertums gewesen wäre, sich aber mit der Rolle des Hofnarren begnügen musste. Er war jämmerlich, weil er keine Sekunde an Widerstand im realen Leben dachte und sich nicht einmal präzise formulierte Kritik abrang. Wie alle Arschlöcher, speziell die jämmerlichen, war er daher zu bemitleiden. Er konnte aber wie kein anderer über unser aller jämmerliches Arschlochsein schimpfen. Und seine rhythmischen Tiraden waren eine nie davor gehörte Wortmusik, die uns zu seinen Lebzeiten in zwei Lager teilte. Das eine der beiden nahm die Beschimpfungen beim Wort, fühlte sich ertappt in der eigenen Jämmerlichkeit und protestierte aufs schärfste gegen dieses Arschloch, das sich über alle anderen Arschlöcher erheben wollte, indem es ihnen seine Tiraden sang. Die andere Hälfte der Arschlöcher, und zwar die mit den Allerjämmerlichsten, beschloss, nur auf die musikalische Qualität der Schimpftiraden dieses Arschlochs zu achten und liebte es dafür. Wenn wir schon allesamt jämmerliche Arschlöcher sind, dachte man, ist es doch ein gewisser Trost, zum Gegenstand so schöner Wortmusik zu werden. Und wie immer in diesem Arschlochland setzte sich die jämmerlichere Hälfte gegen die etwas weniger jämmerliche durch. Deshalb lieben wir heute alle diesen Arschlochpoeten und sonnen uns in dem Bewusstsein, dass nur ein Land von unfassbarer Jämmerlichkeit und geradezu überirdischer Arschlochhaftigkeit eine derart jämmerliche Arschlochpoesie hervorbringen konnte.

Deren Genialität zeigte sich ja nicht nur und nicht einmal in erster Linie in ihrer bezwingenden Rhythmik, sondern darin, dass sie auch uns, die ganz gewöhnlichen Arschlöcher jahrzehntelang dazu provozierte, in unnachahmlicher, auch schon wieder fast genialer Jämmerlichkeit über diese Poesie zu lästern. So konnte man zum Beispiel jüngst in einer der vielen Gedenksendungen zum neunzigsten Geburtstag unseres Arschlochpoeten hören, wie sich ein anonym bleibendes Mitglied jener Ohlsdorfer Stammtischrunde, in welcher unser Jubilar regelmäßig verkehrte, zu folgendem Urteil über seine Arschlochpoesie aufschwang: "Er wäre vielleicht ein besserer Schriftsteller gewesen, wenn er sich ein bisserl anders ausgedrückt hätte."

Man kann das Banausentum der heimischen Stammtische wohl nicht jämmerlicher auf den Punkt bringen als dieses Arschloch.

VII. Open End

	Seite
(103) Hochaktuelles Altpapier	124
(104) Und so könnte einst alles zu Ende gehen	126
(105) Ein letzter Wink dem Genossen	126

Nach dem Kotzen fühlt man sich erleichtert. Und das ist gut so. Wenn nämlich ein Zeitalter zu Ende geht, ist es in jedem Fall wichtig leicht zu sein.

Wer sich leicht fühlt, stirbt leichter, falls es ans Sterben geht ...

Wer sich leicht fühlt, kann sich auch leichter verwandeln. Und wir werden uns alle verwandeln müssen, falls nicht das Ende sondern bloß ein neues Stadium des Prozesses der Kapitalverwertung vor der Tür steht. Gerade sollten wir noch grenzenlos flexibel und marktreagibel sein. Schon demnächst werden aber vielleicht Persönlichkeiten gefragt sein, die sich bereitwillig ein- oder gar unterordnen. Womöglich ist die unfassbare Gelassenheit, mit der wir all das hier geschehen lassen, gar kein Zeichen von Trägheit, sondern schon der Beginn unserer Verpuppung, bei der wir die von der Ökonomie geforderte Persönlichkeitswandlung vollziehen ...

Wer sich leicht fühlt, dem könnte es aber auch leichter fallen, dies alles hinter sich zu lassen und abzuheben in etwas ganz Neues hinein ...

Zu einem Artikel in der ZEIT vom 21.2.2013; gelesen mit fast dreijähriger Verspätung im Dezember 2015 - also vor inzwischen auch schon wieder mehr als fünf Jahren

(103) Hochaktuelles Altpapier

Als Pensionist habe ich genug Zeit, in Stapeln ungelesener Zeitungen zu schmökern, bevor ich sie endgültig zum Altpapier entsorge. Unlängst fällt mir dabei DIE ZEIT vom 21.2.2013 in die Hände. Im FEUILLETON stoße ich auf einen Artikel mit dem Titel "Und er triumphiert doch!" von Alexander Cammann. Wer hier triumphiert, ahne ich schon bei der Lektüre des Vorspanns, denn der verkündet:

"Seit Jahren ist kaum etwas populärer als die Kritik am Kapitalismus. Anmerkungen zu einem überreizten Diskurs."

"Überreizter Diskurs" klingt nach so hohem Unterhaltungswert, dass ich ganz einfach weiterlesen muss. Und dabei erfahre ich dann, dass wir in den letzten Jahren Zuseher eines historischen Siegeslaufs waren. "Denn es gehört zu den faszinierenden historischen Schauspielen, wie erfolgreich das kapitalistische Ordnungsmodell nach 2008 gerettet werden konnte. ... Selbst in schwer gebeutelten Ländern wie Spanien und Griechenland mit brutaler Arbeitslosigkeit wurde mitnichten die Systemfrage gestellt, Protestbewegungen blieben marginal. Bequeme Arroganz mag darin rätselhafte Apathie sehen. In Wahrheit spiegelt sich in der Ruhe womöglich ein tiefes Vertrauen in die Lösungskompetenz des Systems ...".

Letztere zeigte sich für den Autor nicht nur in der Ökonomie sondern auch auf militärischer Ebene. Denn hier gelang dem Kapitalismus ein grandioser Sieg über Osama bin Laden, der mit dem Anschlag vom 11.9.2001 "noch einmal die herrschende kapitalistische Moderne angegriffen (hatte). Das System jagte ihn und brachte ihn zehn Jahre später zur Strecke. Nur noch zwei Terroranschläge hatte Al-Kaida bis dahin zustande gebracht, in Madrid und London, der geplante Weltbürgerkrieg fiel aus.

Beides, die Abwehr des Terrors und die Abwehr der Krise, ergibt jenen Doppeltriumph des Kapitalismus, dessen Zeuge wir gegenwärtig sind. Und es ist daher überfällig, den wohl meistverspotteten Denker der Gegenwart zu rehabilitieren. Francis Fukuyama hatte 1992 vom 'Ende der Geschichte' gesprochen und damit gemeint, dass nach dem Untergang der Totalitarismen nur mehr die liberale Demokratie weltweit als konkurrenzloses Ordnungsmodell übrig geblieben sei. Zwanzig Jahre später bestätigt ihn unsere Epoche eindrucksvoll. Populismus und Kommunismus haben nicht erneut ihr Haupt gehoben. Selbst die Rede vom 'asiatischen Modell' - autoritärer Kapitalismus ohne Demokratie - ist verstummt, seit der dramatische Systemwandel in China zaghafte Freiheiten nach sich zieht. Und CEOs sind heilfroh, dass sie die Demokratie haben, deren legitimierte Entscheidungen die Rechtssicherheit für Geschäfte erst schaffen - und daher auch mal systemrelevante Unternehmen retten können. Nirgendwo taucht mehr eine Alternative auf, das System ist momentan - horribile dictu - tatsächlich alternativlos."

Die reale Geschichte hat nicht einmal drei Jahre gebraucht, um diese voreilige Einschätzung in praktisch jedem Detail zu widerlegen. Der Terrorismus-Hydra ist nach dem Niedergang von Al-Kaida mit dem IS sofort ein neues Haupt nachgewachsen, die Populisten laufen europaweit von Wahlsieg zu Wahlsieg, die CEOs fürchten sich inzwischen so sehr vor der Demokratie, dass das Wort 'Volksabstimmung' Panik bei ihnen auslöst, das Vertrauen in die Lösungskompetenz des Systems ist "tief" nur im Sinne eines neuen Tiefststands, und in Griechenland kam inzwischen tatsächlich vorübergehend die Systemfrage auf die Tagesordnung.

Warum stimmt mich die Lektüre dieses Artikels seltsam heiter?

Weil ich schadenfroh bin? Ja sicher, aber nur ein bisserl. Und nur klammheimlich.

Weil die Dinge eine positive Wendung zu nehmen scheinen? Nein, natürlich nicht. Die Systemfrage wurde mittlerweile wieder vom Tisch gefegt und wer mag sich schon freuen über militärische Siege des Islamischen Staats oder über rechtspopulistische Wahlerfolge.

Der Artikel macht Mut aus einem ganz anderen Grund: Er zeigt in unfreiwilliger Komik und daher besonders eindringlich, dass die Geschichte nicht am Ende angelangt, sondern **offen** ist, weil jene sozio-ökonomischen und politischen Gleichgewichte, auf die unsere Eliten ihre Herrschaft stützen, so labil sind, dass sich immer wieder Ansatzpunkte für ein an Alternativen orientiertes politisches Handeln auftun.

Mir ist zwar nicht bekannt, was demnächst kommt, weil so Vieles offen ist. Ich habe aber gewisse Vermutungen, wie dann eines Tages schließlich doch alles zu Ende gehen wird.

12.6.2015: Heute teilte mir eine Lektorin mit, dass ihr Verlag einen meiner Texte nicht publizieren werde, weil sie es nicht geschafft habe, "kurz und bündig mit einem Satz zu sagen, was das für ein Buch werden könnte".

(104) Und so könnte einst alles zu Ende gehen

Eines Tages wird die Menschheit womöglich deshalb aussterben, weil die Leute, die wissen, wie es zu verhindern wäre, den Entscheidungsträgern nicht in einem Satz sagen können, was zu tun wäre.

Vermutlich werden Maschinen und die sie steuernden Algorithmen das allerletzte Wort haben. So soll es daher auch in diesem Buch sein.

Zum Jahreswechsel 2019/2020 habe ich wieder den Gedichte-Generator angeworfen³⁰. Während ich beim letzten Mal die beiden vom Algorithmus erzeugten Texte im Anschluss noch ein wenig überarbeitete, wurde das folgende Gedicht ganz allein von der Maschine fabriziert. Und mir ist ziemlich unheimlich zumute beim Gedanken daran, wie gut sie mich zu kennen scheint. Offenbar weiß sie sogar, dass ich SPÖ-Mitglied bin.

Von mir vorgegebene Sprachbausteine: Karl, Zukunft, Gestalten

(105) Ein letzter Wink dem Genossen

Ach Karl, verirrtes Wesen du, Wozu die Welten jetzt bewahren? Der Herbst erglüht, Es gestalten die drallen Zukünfte, Und ewig droht dir Verderben!

30 Vgl. die Protokollnotizen Nr. 99 und Nr. 100

Liste aller Texte

Die Ökonomie ...

- (1) Zur ökonomischen Dimension der COVID-19-Pandemie
- (2) Wer oder was ist schuld am Wachstumszwang
- (3) Die neue Konvergenz

... und was sie mit uns macht

- (4) Sterbebegleitung (Dialog)
- (5) Täter und Opfer in einer Person
- (6) It's the economy, stupid
- (7) Der Zwang zum Überschreiten aller Grenzen
- (8) Bestes Return on Investment
- (9) Kapital und Wertschätzung
- (10) Vorauseilende Integration durch Spracherwerb
- (11) Markt stimuliert Intelligenz
- (12) Wortsuche
- (13) Zukunft mit Ausschlussmengen
- (14) Bevölkerungsaustausch eine verlogene Wahrheit

Politik im Zwergenland und anderswo ...

- (15) Zum 100. Jahrestag der Entscheidung
- (16) Die Ruhestifter
- (17) Vom Wesen der österreichischen Lösung
- (18) Ballade vom Drei-Groschen-Vorsitzenden
- (19) Der kleine Unterschied
- (20) Vom Fuatschritt
- (21) Hurra!
- (22) Meine Gegenthese
- (23) Da ist noch Luft nach oben
- (24) Der Bringer
- (25) Think Big
- (26) Mindestens einmal in seinem Leben ...
- (27) Die neue Transparenz (Dialog)
- (28) Was geschah an diesem Tisch?
- (29) Das kann doch nicht gut gehen!
- (30) NEO-(liberale) LOGIK

... am Rande des Abgrunds

- (31) Liberale Demokratie am Ende?
- (32) Kleiner Vorgeschmack
- (33) Wo beginnt der demokratische Unrechtsstaat?
- (34) Es geht schon wieder bergab
- (35) Sein Coup
- (36) Er hört sich selbst nicht zu
- (37) Beim Bühnenpersonal der Schmierenkomödie

- (38) Sie kennt keine Parteien mehr
- (39) Fallensteller

... mit unbewältigter Vergangenheit

- (40) Wir hatten keinen eigenen Faschismus (Dramolett)
- (41) Anerkennung oder Erkennung?
- (42) Totes Gedenken
- (43) Danke für die Klarstellungen
- (44) Recht gschicht eana
- (45) Auch Herr Kurz liebt es ordentlich
- (46) Nur ein paar Schritte
- (47) Dieser Schoß ist fruchtbar noch
- (48) Sobotka sorgenvoll
- (49) Was wir vergessen sollen

... und ohne Zukunft

- (50) Der Verlust der Utopie
- (51) Lernverweigerung
- (52) Die Herren S. und L. begegnen der Hoffnung
- (53) Und keiner geht hin
- (54) Utopie auf österreichisch

Die gewalttätige vierte Gewalt

- (55) Die Lügen der Lügenpresse
- (56) Ein Lemming will nicht der erste sein
- (57) Hokuspokusökonomie und seriöse Wirtschaftswissenschaft
- (58) Ein Leitartikler entdeckt die Dialektik
- (59) Die Profiteure
- (60) Ein ausbaufähiger Plan
- (61) Der Weg der scheinheiligen Könige
- (62) Lügen mit Marktforschung
- (63) Lügen mit Bildern
- (64) Lügen zulasten stummer Opfer
- (65) Lügen mit Taschenspielertricks
- (66) Lügen mit Druckfehlern
- (67) Preisrätsel für TIPS-Leser*innen
- (68) Regierungswechsel
- (69) Äußerst investigativ
- (70) Experten als Magier
- (71) Ö1: Wie immer völlig ideologiefrei
- (72) Fürchtet Euch vor Forschungsbienen
- (73) Lügen durch Skandalisierung
- (74) Lasset die Kindlein zu mir kommen

Der Mob ...

- (75) Wien, eine Stadt voller Depperln
- (76) Billiger geht nicht!
- (77) Versuch einer Ehrenrettung des Mobs

... und wir ganz normalen Leute

- (78) Unsere Erbsünde
- (79) So gut waren wir schon lange nicht
- (80) Ein Jahr später: schon wieder nicht mehr so gut
- (81) Gedankenspiele in der Quarantäne
- (82) "Willkommenskultur"
- (83) Dumm, dümmer, am dümmsten
- (84) Das Problem liegt nicht im Niveau
- (85) Schmalbrüstig
- (86) Der Philosoph als Orakel
- (87) Auf dem Weg zum Menschenfeind
- (88) Kleine Innviertler Heimatkunde
- (89) Bobo-Papa übt Fifty-Fifty
- (90) Geld will nicht nur verdient sein
- (91) Wann bist Du so richtig alt?
- (92) Hauptbahnhof (Dramolett)
- (93) Trauriger alter weißer Mann
- (94) Biedermänner gestern und heute

Kotzkübel

- (95) In der Kürze liegt die Würze
- (96) stolzdrauf
- (97) Grenzschutz neu
- (98) Julius und sein Moor
- (99) Kleine Huldigung für Norbert Hofer
- (100) Wahlkampfmaschinen und Wichte
- (101) Ich werde diese Synagoge beschützen!
- (102) Für Thomas Bernhard

Open End

- (103) Hochaktuelles Altpapier
- (104) Und so könnte einst alles zu Ende gehen
- (105) Ein letzter Wink dem Genossen